Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 256 18. NOVEMBER 1978 1,50 DM D 1870 CX

Unser Bild zeigt die löbliche Gestaltung des Würzburger Arbeitsamtes – es führt kein Weg hinein (aus Pupille – Würzburger Illustrierte, 11/78)

Der 'Frankfurter Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten' erscheint wöchentlich.
Er ist gegen Vorauskasse im Abonnement erhältlich;
für ein Vierteljahresabonnement sind DM 18 auf unser Postscheckkonto
Nr. 52 52 28 – 602
Postscheckamt Frankfurt zu überweisen.
Bei einer Bestellung bitte die genaue Lieferadresse angeben.

Für alle, die uns Nachrichten, Träume, Bilder oder anderes zur Veröffentlichung schicken wollen:
Redaktionsschluss ist am Donnerstag um 16 Uhr.
Die Postadresse lautet: ID, Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90
Die Telefonnumer: 0611 / 704 352

Inhaltsverzeichnis auf der Rückseite !

SPENDET FÜR DEN ID !

— Eine Hausmitteilung —

Im Moment noch ist der ID ein eingetragener Verein (e. V.). Diese Organisationsform stellt mit wachsendem Umsatz ein Hindernis dar, was die ökonomische Beweglichkeit anbelangt; zum Beispiel gibt es nicht die Möglichkeit, Maschinen und Einrichtungen abzuschreiben. 1977 betrug unser Umsatz ca. 300.000 DM, dieses Jahr wird er bei 450.000 DM liegen. Wir wachsen aus dem Korsett des e. V. heraus und brauchen ein neues. Daher sind wir dabei, eine GmbH zum 1. Januar 79 zu gründen, der Verein wird dann nur noch ideeller Träger sein.

Ohne Investitionen kein "Großer Sprung nach vorn" !

Wie in den letzten IDs schon angekündigt, haben wir uns aus unserer inhaltlichen und politischen Erfahrung mit dem ID und seinen Benutzern zu einer ganzen Reihe von Veränderungen entschlossen, die auch Investitionen, Neueinstellungen und Erweiterung von Umfang und Auflage des ID betreffen. Diese sollen noch im einzelnen dargestellt werden.

Der wohl teuerste Bereich dieser Neuinvestitionen ist die Weiterverarbeitung. Während Druck und Repro (= Reproduzieren der gesetzten Vorlagen auf Druckplatten) vom Druckladen gemacht werden, machen wir die Weiterverarbeitung nach dem Druck (Falzen, Heften und Schneiden) selbst. Das läuft bisher mit reichlich primitiven Maschinen. Ein Engpaß dieser Weiterverarbeitung war bei ständig wachsender Auflage das Schneiden der gefalzten und gehefteten IDs mit einer normalen Schneidemaschine. Das erfordert drei Arbeitsgänge nacheinander, die sehr zeitraubend sind. Wenn wir es manchmal freitags abends nach einem zehnstunden-Tag (für manche am Fließband) bis 22 Uhr nicht geschafft haben, den ID zur Post zu bringen, dann lag das oft an dieser Schneiderei. Wir wollen daher einen sogenannten Dreischneider anschaffen, eine Maschine, die die drei Seiten eines Heftes in e i n e m Arbeitsgang schneidet. Auch ein neuer Sammelhefter (mit dem die gefalzten Bogen zusammengelegt und geheftet werden) muß her. Der jetzt vorhandene ist zu langsam und seine Reparaturanfälligkeit nimmt mit steigender Belastung (sprich: Auflage) zu. Diese beiden Maschinen werden — gebraucht — etwa 40.000 DM kosten.

Für einen besseren Versand haben wir schon jetzt eine Verpakkungsmaschine geleast (wie das so schön heißt), die Buchladenpakete und andere verschnürt.

Dann die Abonnentenbetreuung: Schon ein paar Jahre lang benutzen wir einen Computer, der die Abonnentenbuchhaltung und den Ausdruck der Adreßetiketten besorgt. Diesen Ansatz wollen wir weiter entwickeln und einen Bildschirm für die Dateneingabe mieten,wodurch Buchhaltung und Abo-Betreuung wesentlich vereinfacht würden. Viel Ärger wegen falsch oder zu spät gebuchten Adressen und Zahlungen würde wegfallen. Diese Umstellung des Programms wird etwa ein halbes Jahr dauern und monatlich etwa 1.000 DM kosten.

Das sind die Investitionen im eigentlichen Sinn, also die Anschaffungen von Maschinen etc. Damit ist aber noch nicht alles gesagt über die finanzielle Seite der anstehenden Veränderun[illegible]. Wenn wir den Verbreitungsgrad des ID über den bisherigen engen Interessenkreis hinaus steigern wollen, bedeutet das eine Auflagensteigerung. Wir denken, daß etwa 10.000 Leute hier in der Bundesrepublik (die's zum Teil noch nicht wissen) den ID pro Woche brauchen. Außerdem soll der Umfang von bisher maximal 32 Seiten auf maximal 48 Seiten zunehmen. Dies können wir nicht aus den laufenden Einnahmen vorfinanzieren. Das gleiche gilt für die neuen Aktivitäten der Redaktion, Telefonieren, Diskussion mit Lesern, Korrespondenten und Benutzern organisieren. Zusätzlich zu den bisher acht fest Angestellten sollen noch drei weitere bezahlt werden: je einer für den Versand, für den Bilderdienst und die Redaktion.

Ein Spendenaufruf ? Ein Spendenaufruf ! Ohne Ach und Weh und ohne moralischen Klimbim.

In der Regel zeichnen sich Aufrufe zu Spendenaktionen durch ihren hohen Moralingehalt aus. Es wird dann auf die abgezielt, 'die bei hohem Einkommen ein verbliebenes linkes Restgewissen haben und sich für mangelnde Aktivitäten einen Ablaß kaufen wollen'. Diese Unterstellungen, was die Beweggründe der Spender betrifft, zwingt diejenigen, die nun Geld brauchen, dazu, taktisch vorzugehen und kräftig in solchen Farben zu malen, die nach allgemeiner Menschenkenntnis ein schlechtes Gewissen wecken. Damit i[illegible] dann aber — in der Regel — dem politischen Gehalt der jeweiligen Aktion, die der Finanzierung bedarf, kein Gefallen getan. Eine moralische Darstellung geht auf Kosten der politischen und auch finanziellen Klarheit, die aber notwendig ist, um sich zu entscheiden, welche Pläne, Projekte etc. unterstützt werden sollen. Oft ist es z.B. auch so, daß über Geld hinaus andere Formen der Unterstützung notwendig und sinnvoll sind, nur erfährt keiner von diesen Möglichkeiten, weil es an der Transparenz fehlt.

Wir haben versucht, mit dieser Reihe von Hausmitteilungen eine offene Darstellung unserer Situation und Vorhaben zu geben und dabei auch unsere Unklarheiten und Schwächen zu benennen.

Wir bitten um Unterstützung bei dem Versuch, den ID besser zu machen, und da gibt es vielfältige Möglichkeiten. Bei der Finanzierung zu helfen ist nur eine Möglichkeit. Aber es ist eine.

Heraus zum 1. Mai – die Kohle
Heraus zum 24. Dezember – die Kohle

Es gibt viele Möglichkeiten der Unterstützung.

1. *Die Aktion „Ein Weihnachtsgeld als Darlehen für ein Jahr". Ein Weihnachtsgeld oder ein Teil davon, als zinsloses Darlehen über ein Jahr. Wer diese Möglichkeit gut findet, soll bitte anrufen oder schreiben.*
   Ansonsten gibt es bei Beträgen ab 5000 DM die Möglichkeit einer besonderen 'stillen Beteiligung' an der GmbH, die auch Verlustzuweisungen ermöglichen, welche von der Einkommenssteuer abgesetzt werden können. Auch in diesem Fall bitte anrufen oder schreiben !
2. *Geldspenden in jeder Höhe. Bitte auf unser* **Postscheckkonto Nr. 525228-602, Postscheckamt Frankfurt, Frankfurter Informationsdienst mit dem Vermerk „Spende" überweisen.** *Der Vermerk ist wichtig, wenn gleichzeitig Abo-Beträge mitüberwiesen werden und dann nicht klar ist, welcher Teil die Spende ist.*
3. *Sachspenden, wie z.B. elektrische oder mechanische Schreibmaschinen, tragbare Tonbandgeräte, Mikrofone, Diktiergeräte, graphisches Material aller Art vom Lineal bis zur Schere. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.*
4. *Abonnenten vermitteln. Das kann durch Geschenk-Abos oder durch Ansprechen von Freunden und Bekannten geschehen. Auch hier bei Überweisungen auf dem Zahlkartenabschnitt zwischen Bezahler und Abo-Empfänger trennen.*
   Wer ein Probeexemplar verschicken möchte, kann uns die Adresse mitteilen, wir schicken dann eine Ausgabe des ID.

Ausweitung der Auflage und Ausdehnung der ID-Benutzer über den bisherigen engen Kreis hinaus bedeutet auch, daß wir den ID mehr Leuten bekannt machen als ihn jetzt schon kennen, daß wir den Kontakt zu den Lesern intensivieren. Wir sind bis jetzt noch nie von uns aus aktiv geworden, um den ID irgendwem bekannt zu machen. Jetzt probieren wir zum ersten Mal das Mittel einer Anzeigenserie, um die Verbreitung auf neue Interessentenkreise auszudehnen.
Die Ausweitung erzeugt selbst wieder neue Kosten: der Materialverbrauch und die Versandkosten werden lange bevor das Geld wieder reinkommt steigen. Damit kein Elefant auf Giraffenbeinen dabei herauskommt, glauben wir, daß diese zusätzlichen Kosten wenigstens für ein halbes Jahr abgesichert sein müssen.

Der Kern dieses ganzen „großen Sprungs nach vorn" ist, daß es effektiver ist, alle diese Dinge gleichzeitig anzugehen und nicht scheibchenweisen, denn die Nachteile treten immer sofort auf, während die Vorteile sich nur ergeben, wenn alles zusammenkommt.

HOCH die Betroffenen OHNE Bereiche !
Zur Hausmitteilung im letzten ID

An dem, was in der letzten Hausmitteilung stand, ist mir aufgefallen, daß der konkreteste Teil der Veränderungsabsichten in der Suche nach den „restlichen Betroffenen" besteht. Auch wenn es so nicht ganz geschrieben ist, fange ich da einfach an.

Da gibt es also verschiedene gesellschaftliche Bereiche. Aus einem Teil davon berichten bereits Betroffene, und ein anderer ID brauchte nur auch noch andere Bereiche zu umfassen. Die Gesellschaft, fein säuberlich aufgeteilt, Anti-AKW-Bewegung, Betrieb, Jugendzentren, Knast...
Auf der Ebene gäbe es sicherlich noch eine Reihe von Bereichen zu entdecken, aus denen noch keine Betroffenen berichten. Was würde sich damit verändern? Gibt es einen Bereich, der nicht auf die gleiche Konfliktstruktur reduziert werden könnte wie alle anderen?

Ich denke, daß für eine Veränderung dessen, was – jedenfalls als allgemeines Bild – ID-Nachrichten sind (der knochige Repressionsfinger mit rotlackiertem Widerstandsfingernagel), nicht so sehr die Bereiche ohne Betroffene wichtig sind, sondern vielmehr Betroffene ohne Bereiche.

Wir haben aufgehört, große Politik machen zu wollen. Wir haben aufgehört, uns auf der Ebene von großer Politik überhaupt zu bewegen. Wir haben das Kleine entdeckt, den Bereich, in dem wir uns bewegen, den wir überschauen und vielleicht sogar gestalten können. Entsprechend sind die Informationen, die wir austauschen. Wir sagen, es wäre der Alltag, über den wir uns und andere informieren. Wir sagen, unsere Kommunikation würde einfach nach ganz anderen Maßstäben funktionieren wie die über die amtliche Öffentlichkeit.

Aber der Alltag, über den wir dabei reden, ist immer noch der politische Alltag. Wir strukturieren unseren Alltag, vielleicht sogar in unserer eigenen Sichtweise, auf jeden Fall aber in dem, was wir von diesem Alltag für mitteilenswert halten, danach, was wir für „politisch relevant" halten. Die „politische Relevanz" filtert und strukturiert das, was und wie wir uns mitteilen. Sie definiert auch die gesellschaftlichen Bereiche, aus denen Mitteilungen registriert werden. Und damit in Zukunft wohl auch die Ereignisse, nach denen wir uns auf die Suche begeben werden, um auch über Sachen schreiben zu können, zu denen sich niemand von selbst gemeldet hat. Und da die Korrespondenten auch so eine Vorstellung von politischer Relevanz haben, kriegen wir nichts anderes rein.

Die Definition der politisch relevanten Bereiche ist nicht mehr das Schema "F" der eingetragenen Arbeiterbewegung. Betrieb und Gewerkschaft stehen nur noch gleichrangig neben Jugendzentren und Ökologie. Der Haken ist aber, daß die „politische Relevanz" das Raster abgibt, nach der die Gesellschaft oder unser Alltag überhaupt in Bereiche aufgeteilt wird.
Das Raster besteht aus all den Bereichen politischer Arbeit, die seit den Zeiten der späten 60er als jeweils neues, „relevanteres" Betätigungsfeld entdeckt wurden: Betriebsarbeit, Jugendarbeit, Stadtteilarbeit... neuerdings sogar politische Arbeit in Bürgerinitiativen, und was als neuester Hit auch immer dazukommen mag.

Ich weiß, daß ich jetzt arg in die Nähe des Mißverständnisses komme, als ginge es mir um das ID-Inhaltsverzeichnis. Das meine ich höchstens mit.

Ich denke, daß das Raster, durch das wir den Alltag sehen, nicht nur zu eng ist, es sich also erweitern ließe. Ich denke, daß es eine Abstraktifizierung des Alltags bedeutet, Eingrenzungen und Ausgrenzungen. Daß es Erfahrungslinien, Anknüpfungen, Brüche individueller und kollektiver Art gibt, die durch dieses Raster nicht einmal zu ahnen sind. Wir präformieren die Mitteilungen über unseren Alltag politisch – und kriegen deshalb das dürre Gerippe der Abstraktion heraus.

Karl, vom ID

Der ID im Knast:

EIN DUNKLES KAPITEL SOLL HELLER WERDEN

FRANKFURT
14, November

Was viele ID–Leser nicht wissen: von fünftausend IDs gehen jede Woche drei- bis vierhundert in die bundesdeutschen (und ein paar französische und niederländische) Knäste. Das ist eine ganz schöne Menge. Jeder, der im Knast sitzt und dementsprechend „normalerweise" kein Geld hat, bekommt von uns seinen ID kostenlos zugeschickt. Und weil der ID im Gegensatz zu anderen (auch Linken) Medien die Wirklichkeit in den Knästen nicht verschweigt, weder die alltägliche Unterdrückung und Schikane, noch die wenigen Erfolgserlebnisse (übrigens: die Strafverfahren gegen die Meutererinnen von Preungesheim, ID 253, sind eingestellt worden!) – deswegen sind viele in den Knästen auf den ID angewiesen.
Um es gleich zu sagen: wir wollen unsere Praxis, daß niemand im Knast auf den ID verzichten muß, weil er (sie) kein Geld dafür aufbringen kann, auch unter unseren bekannten finanziellen Schwierigkeiten fortsetzen, solange wir auch nur eine müde Mark haben. Das ist ganz selbstverständlich. (Übrigens auch, daß wir keinen Unterschied zwischen sogenannten politischen und „anderen" Gefangenen machen.)
Aber setz Dich mal ins ID-Büro, lies die Briefe aus den Knästen, hol mal tief Luft, tipp in den Computer „Freiabo" ein, und laß es damit geschehen sein. Das hältst du nicht lange aus!
Auch wenn wir uns keine Illusionen machen über die Möglichkeiten, so von außen Kontakte aufrecht zu erhalten oder gar Gefangene unterstützen zu können. Jeder stößt dabei an seine Grenzen, nicht nur wegen der großen Zahl. Aber schlimm ist es schon, wenn zum Beispiel IDs aus den Knästen zurück kommen , etwa mit dem Vermerk „unbekannt verzogen" bei Leuten, über die du genau weißt, daß sie noch jahrelang sitzen müssen und allenfalls in einen anderen Knast verlegt sind. Oder mit dem Vermerk „Annahme verweigert", ohne

die gesetzlich vorgeschriebene Begründung, gegen die wir dann gerichtlich vorzugehen hätten. (Ihr habt sicher hinten auf der letzten Seite den „Eigentumsvorbehalt" gesehen, mit dem wir seit einiger Zeit wenigstens erreichen wollen, daß wir erfahren, wenn ein ID dem Gefangenen nicht zugestellt wird. Das wird auf die Dauer was helfen, aber reichen tut's absolut nicht. Wir können die ganze Arbeit, sich mit dem Gefangenen in Verbindung zu setzen und gegen die meistens illegale ID–Anhalterei Tod und Teufel in Bewegung setzen, für ein paar hundert Knastabos einfach nicht **schaffen.**

Wir fänden's auch gespenstisch, wenn wir das schaffen könnten: eine Art Extra–Verwaltung für Gefangenen–Abonnements, eine anonyme Einrichtung . Wir sprechen stattdessen die ID-Leser an: setzt euch über ein angerostetes Revolutionspathos („Caritas bringt's nicht") und über eine schiefe Politik in erster Person („Was hat das mit mir zu tun? ") getrost hinweg. Versucht eine konkrete aber kontinuierliche Unterstützung, kümmert euch –auch wenn's begrenzt ist– um einen „Fall ", der Namen und Adresse und Geschichte hat.

Wir schlagen vor, daß ID–Leser Paten–Abonnements für Gefangene übernehmen.

Daraus kann sich was entwickeln: Briefe, Besuche, oder was weiß ich. Aber nicht gleich unter einem Berg von Ansprüchen begraben. Die erste, konkrete Unterstützung ist: das Abonnement bezahlen, das der Gefangene nicht bezahlen kann, dem Gefangenen mitteilen, wer du bist, und bereit sein, sich (mit unserer Unterstützung natürlich) mit der Justizverwaltung rumzuschlagen, damit der Gefangene den ID auch regelmäßig bekommt. Was haltet ihr von dem Vorschlag?

Wer ein Spenden–Abonnemnt übernehmen will, soll bitte mit der Überweisung (ab 18DM auf unser Postscheckkonto Frankfurt 52 52 28, Bankleitzahl 500 100 60) oder in einem Brief vermerken:

1. Für welche(n) Gefangene(n) soll das Abonnement sein? (Vielleicht habt ihr im ID von jemand gehört, oder sonst einen Bezug zu ihm/ihr, vielleicht ein euch unbekannter Gefangener oder Gefangene in einem bestimmten Knast oder in eurer Nähe.)

Wir können auch Name und Anschrift von Gefangenen weitergeben . . .

2. Die eigene Anschrift, sodaß wir informieren können, wenn IDs nicht zugestellt werden und was dagegen zu tun ist.

Zum Schluß noch einmal: die Frei–Abos für Gefangene bleiben bestehen, ob sich „Paten" finden oder nicht. Aber gut wär's, es würden sich viele finden.

OGs 13 u. 14/78

OBERLANDESGERICHT STUTTGART
- Ermittlungsrichter -

Verfügung vom 10. Nov. 1978

in dem Ermittlungsverfahren gegen

Dorit Brücher
z.Zt. in U-Haft in der VA Stuttgart

wegen Verdachts eines Vergehens
nach § 129 a StGB.

Das Druckwerk "Informationsdienst" Nr. 253 wird beanstandet und von der Beförderung ausgeschlossen.
Es ist an den Absender zurückzugeben.

Gründe:

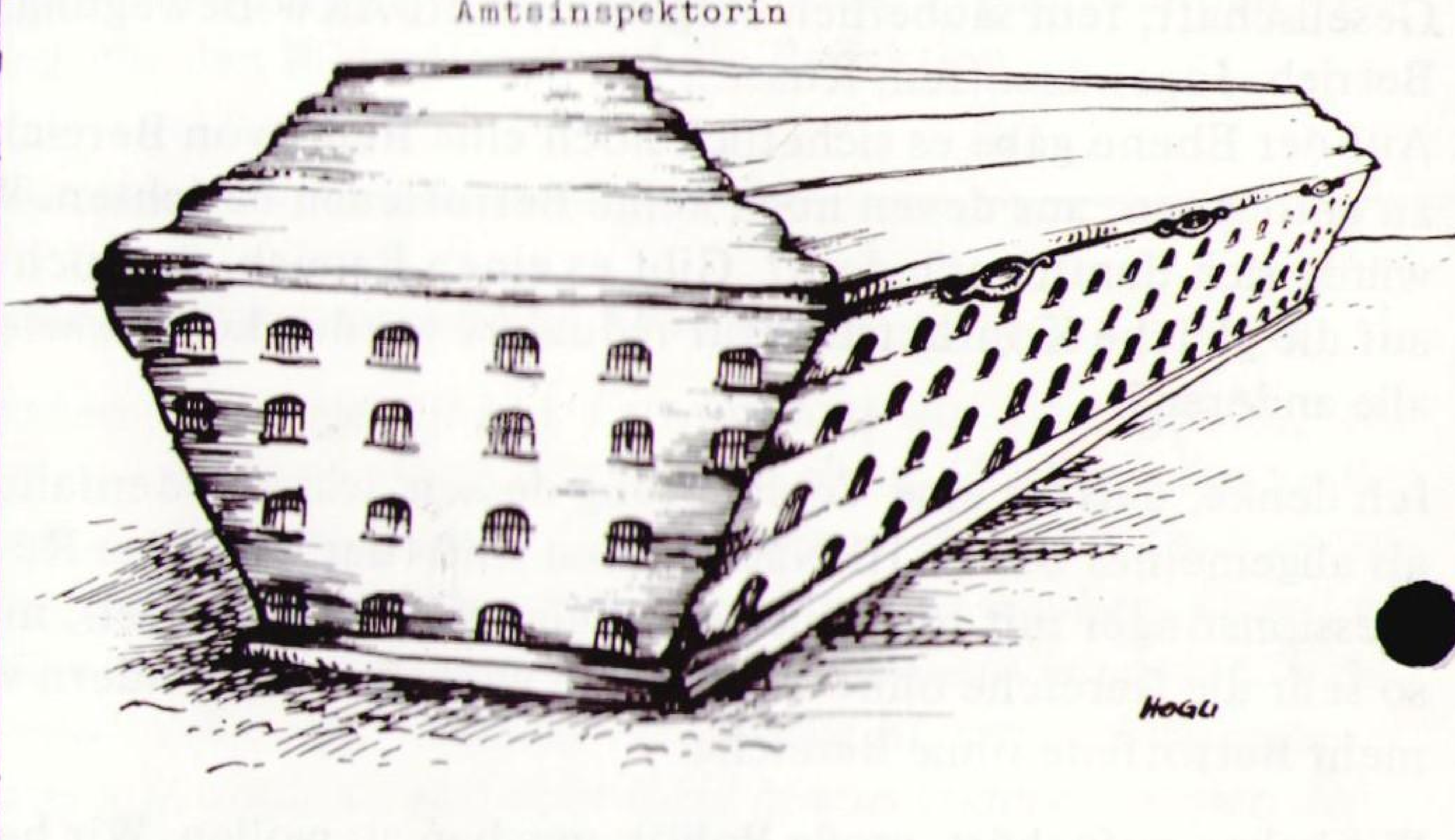
Das Druckwerk enthält eine den Strafvollzug diffamierende Zeichnung einer Haftanstalt (Seite 2). Ferner enthält das Druckwerk agitatorische Berichte über Haftbedingungen, so auf Seite 27 die Textstelle "unmenschliche Haftbedingungen". Ebenso enthält es agitatorische Berichte zu Strafverfolgungsmaßnahmen auf Seite 14.

Es ist insgesamt geeignet, die Ordnung in der Anstalt zu stören.
Das Druckwerk ist an den Absender zurückzusenden, da dieser im Falle der Nichtaushändigung an den Empfänger hierum gebeten hat.

Bertsch
- Dr. Bertsch -
Richter am AG

Ausgefertigt! 14. NOV 1978
Stuttgart, den
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle des Oberlandesgerichts

- Rendsburg -
Amtsinspektorin



HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortlicher Redakteur : Thomas Meusert

Der wöchentlich erscheinende ID ist zu abonnieren beim

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90

Postadresse :
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von 18 Mark für 12 Hefte = ein Vierteljahr. Entsprechend 36 Mark = halbes, 72 Mark ganzes Jahr. Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
postscheckkonto 52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)

bitte bei bestellung stichwörter angeben : "NEUABO", "Verlängerung", Adresswechsel" etc. ausserdem die genaue Adresse (bzw. die Abonnementsnummer)

AUFRUF AN ALLE ANTI-ATOMDORF-BEWOHNER

GROHNDE
15. November 78

Ich suche Zeugen (Bilder), die am 13.7.77 von einem Spitzelauto auf dem Kiesgrubengelände belästigt wurden, schreibt Armin B. aus Hamburg, und weiter:

„Am 25.10.78 finde ich, Armin B., eine Anklage wegen Landfriedensbruch pp. Der Gerichtstermin vor dem Amtsgericht Hameln sollte am 13.11.78 sein. Er wurde verschoben. Der neue Termin wird noch bekannt gegeben.

Am Sonnabend, dem 13.7.77 gegen 14 Uhr befand sich auf dem Kiesgrubenplatz, gegenüber dem Anti-Atom-Dorf, (Grohnde) ein Fahrzeug mit zwei Personen, die offensichtlich Spitzel waren,

(Aus dem Spitzelbericht von A. und W. Feldmann)
"Nach kurzer Zeit näherte sich dem Fahrzeug eine Gruppe aus dem Lager, bestehend aus ca. 12 – 15 Personen. Einige von ihnen waren mit Spaten, Spitzhacken u.a. Schlagwerkzeugen ausgerüstet. Wortführer dieser Gruppe war der Armin B. Er forderte uns unmißverständlich auf, sofort das Gelände zu verlassen, ansonsten könne er für unsere Gesundheit nicht mehr garantieren".

Am selben Tag (nachmittags) fuhr ich mit einem Kollegen nach Hameln. In Kirchohsen wurden wir von einer Zivilstreife angehalten, kontrolliert und ich bekam eine Anzeige. Alle Leute, die sich an diesen Vorfall erinnern, ihn gesehen oder miterlebt haben, sollen sich melden beim

Rechtsanwalt Dieter Magsam, 2 Hamburg 50, Ottensener Hauptstr. 41, Tel. 040/3900103

Neues aus der Bilderecke

Von den seit Wochen anhaltenden Auseinandersetzungen am frankfurter Abendgymnasium haben sich eine ganze Menge von Bilder angesammelt.
(Streik;Demos;Polizeieinsätze;Schulbesetzungen;VVs und andere Aktionen)
Der fleißige Max Watts war auf dem Kongress gegen Atomare Zusammenarbeit mit Südafrika in Bonn.
Dazu hat er auch einige Bilder gemacht.
Bestellbedingungen:
(ur bestellta) telefonisch 704352
b)postalisch ID -Bilderdienst
6 Frankfurt 90
Postfach: 900343

Tüsch———Klick

DOKUMENTATION ZUM NPD-PARTEITAG

MANNHEIM
4. November

Trotz der Zersplitterung der Linken bildete sich in Mannheim eine Aktionseinheit zur Verhinderung des NPD-Parteitags, an der sich über 20 linke Gruppen und viele Einzelpersonen beteiligten. Für Mannheimer Verhältnisse haben wir eine große Demonstration (über 2000 Antifaschisten) zusammengekriegt, die zwar den Parteitag nicht verhindern konnte – vor allem wegen der Brutalität der Polizei – aber dennoch einen Teilerfolg erzielte.

Näheres dazu sowie über Entstehung, politische Differenzen innerhalb der Aktionseinheit, Aktivitäten und über den Terror der Polizei gegen die Demonstranten sind in einer „Dokumentation zum NPD-Parteitag" zu lesen. Sie kostet 1,50 DM und kann bei folgender Adresse bestellt werden: **Dachkammer, Vertrieb für freiheitliche Literatur, Postfach 1545, 6800 Mannheim 1, Postscheckkonto Nr. 67257-670 Lshfn. Porto: bis zu 2 Stück 40 Pf./ bis zu 4 Stück 60 Pf./ bis zu 8 Stück 1,10, ab 9 Stück zahlen wir das Porto selbst!**

DIE NACHTZEITUNG - AUS ÄRGER ÜBER DIE TAGESZEITUNG

Frankfurt
16. November

„Die Nachtzeitung - lustiger Einfall? - Nein, das ist unser Ärger über die pfiffige Reporterflattrigkeit, mit der in der Buchmessenausgabe der "Tageszeitung' das Thema Amnestie behandelt wird", schreiben die beiden Herausgeber des achtseitigen Extra-Blattes in Zeitungsformat, Düx und Knöss. Themen: Sylvia Herzinger und Marion Folkerts in U-Haft; der Preungesheimer Knast: Kindergarten und Isolierzellen; Amnestie für die Guten, Freiheit für die Bösen; Auch uns ist jedes Datum recht; Chronik der Todesschüsse u.a.m.
Die beiden rechteskundigen Herausgeber wickeln den Vertrieb persönlich ab, Bestellungen an : ID „ die Nachtzeitung ".

FASCHISTEN DROHEN BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ

RENDSBURG
7. November

Nachdem vor etwa drei Wochen bei der Bürgerinitiative Umweltschutz Rendsburg (BUR) ein Schreiben der „Neofaschistischen Allianz Rendsburg", Kommando Richard Menzel auftauchte, in dem die Auflösung der BUR gefordert wird, haben sich die Nazis nun erneut gemeldet. Schließlich war die BI der Forderung nach sofortiger Auflösung nicht nachgekommen...

In dem Schreiben, das wieder mit Nazi-Symbolen versehen ist, heißt es u.a.:„Ihr haltet es anscheinend nicht nötig, dem Befehl der Neofaschistischen Allianz Rendsburg Folge zu leisten. Diese Weigerung werden die Mitglieder der BUR noch bitter büßen. ..Mit eurer terroristischen Propaganda ist es bald vorbei. In den nächsten Monaten werden wir, wenn Ihr es nicht vermutet, überraschend schnell und unbarmherzig mit unserer Kampftruppe zuschlagen. Wir werden nicht eher ruhen, bis ihr euren bolschewistischen Verbrecherverein aufgelöst habt oder der letzte von euch in seinem Blute verreckt."

Kontakt: BUR, Laden und Büro: Obereiderstraße 18, 2370 Rendsburg (Neue Adresse!!)

DIE HESSISCHE LANDJUGEND FEIERT IN OFFENBACH

13. November

Der 'hessische Landbote', die Zeitung der Jugendzentrumsbewegung im hessischen Lande und Umland, lädt für den 9. Dezember nach Offenbach in die Fabrik IV in der Bismarckstr.78. Dort soll über den 'Landboten' informiert werden und Stadtzeitungs-, Umwelt- und andere Gruppen sollen zu Wort kommen.

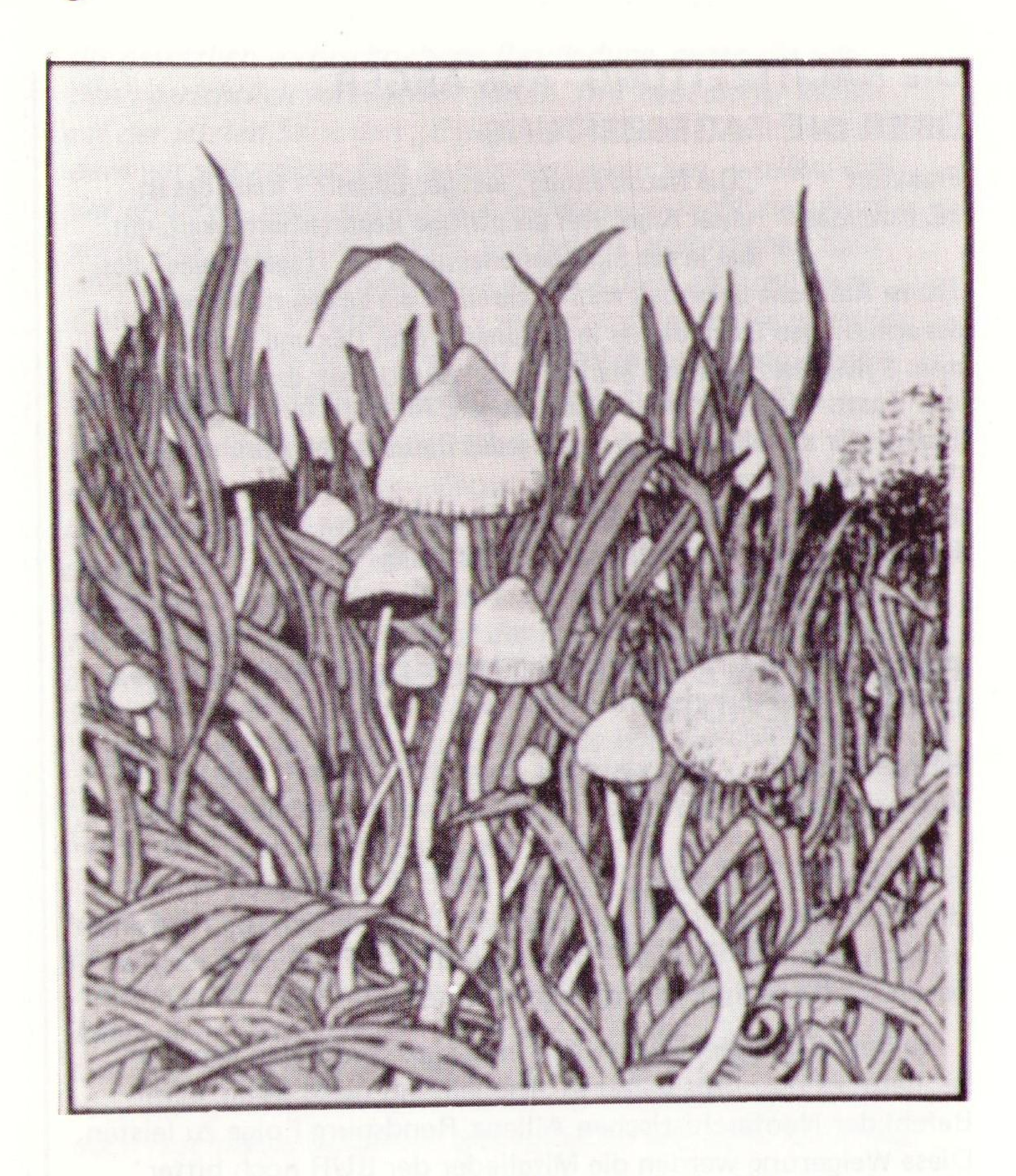
Kontakt: Erwin Maul, Wasserfall 12, 6114 Groß-Umstadt-Heubach

ZEITUNG VON UND FÜR BUCHHÄNDLER

BERLIN
8.November

Zu einer ersten öffentlichen Redaktionssitzung trafen sich während der Frankfurter Buchmesse im Oktober Leute, die mit Büchern zu tun haben. Sie überlegten, daß ein Diskussions-,Organ' für den linken Buchhandel nötig und eine gute Sache sei. Schwerpunkt der Zeitschrift: die kontinuierliche und systematische Auseinandersetzung mit dem Sortiment. Es geht vor allem um die inhaltiche Auseinandersetzung innerhalb der Buchläden. An der Diskussion nahmen SOVA, Karl-Marx-Buchladen, Internationalismus-Buchladen, Hälfte des Himmels und der Basis-Verlag. Wer was dazu sagen, schreiben,sich informieren will, wende sich an

Meino Büning, c/o Basis-Verlag,Crellestraße 22,1 Berlin 62



Zum Glück geht's den Pilzen entgegen.

Was hat es mit diesen Pilzen auf sich? ID enthüllt

Kleine Pilzkunde

AUS ALLEN ERDRITZEN WACHSEN DIE SCHÖNSTEN RÄUSCHE

FRANKFURT 13. November *Vom mykologischen Beirat des ID:* Gestern mußte ich mich mal wieder ganz scheußlich über die bürgerliche Presse ärgern. Und über mich! Das kam so: seit ich im Sommer in Wales Psilobycin, ‚magic mushrooms', berauschende Pilze gefuttert habe, erzähle ich allen Leuten begeistert von dieser neuen Entwicklung im Drogenleben. Seit ich die Dinger nun auch auf deutschen Wiesen gefunden habe, halte ich den Vorgang für eine mitteilenswerte Nachricht. – Und da kommt dann so ein Dieter Stäcker daher und schreibt in der Frankfurter Rundschau aus London:

> „Viele Liebhaber ‚weicher' Drogen besorgen sich ihren Stoff außerdem schon seit langem aus der heimischen Erde. Hier ist der im Sommer und im Herbst entlang von Kuhtrampelpfaden wachsende ‚Psilocybe Semilanceata', ein in Gruppen auftretender harmlos aussehender kleiner Pilz, der absolute Favorit. Das Gewächs, das wegen seiner Ähnlichkeit mit der in der französischen Revolution getragenen Jakobinermütze als ‚Liberty Cap', Freiheitsmütze, bezeichnet wird, kann gelegentlich auf Londoner Märkten zu horrenden Preisen gekauft werden. Der dem LSD-Rausch verwandte Trip in die Welt der bunten Bilder, der drei bis sechs Stunden dauert und für den mindestens 20 Pilze verzehtt werden müssen, kann so eine ziemlich teure Sache werden. Von schädlichen Nebeneffekten (wie beim LSD) ist nichts bekannt."

Da steht's! Ich wette, etliche FR-Leser haben leuchtende Augen gekriegt bei dieser Frühstückslektüre, und ich möchte schwören, Dieter Stäcker hat an dem Zeugs selber genascht. Auch der deutsche Drogenmarkt bietet schon seit einiger Zeit englische Import-Pilze feil. Als Exclusiv-Rausch zu Wahnsinnspreisen. Der gute alte ID jedoch enthüllt: Sprengt den Markt! Pflückt euch eure Pilze selber! Sie wachsen gleich vorne links um die Ecke!

Wir können davon ausgehen, daß diese Pilze, wie so viele andere unterbliebene Naturkräfte auch, bis zu den Hexenverfolgungen im Mittelalter hierzulande wohlvertraut waren. Die Teufelschristen, die damit Schluß gemacht hatten, fuhren dann mit ihrer Missionswut in alle Welt, z.B. nach Mexico, und was fanden sie dort? Hochentwickelte Drogenkulturen, extatische Feste und rätselhafte Mythen. (Neben anderem, Gold z.B.). Ein Bruder Bernadino de Sahagun (1547 – 1569) notierte über den sakralen Genuß von Psilocybin bei den Azteken, die den Pilz „Gottesfleisch" nannten: „Die sich ihm hingeben, sehen Bildvisionen, spüren eine Schwäche im Herzen und werden zur Geschlechtslust verführt." Bruder Bernadino und seine ganze Brut verfuhren mit den kundigen Azteken nicht anders als mit den kundigen Frauen und Hexern im eigenen Land. Was übrig blieb, ist heute unsere schöne neue Welt. Nun schlecht, wo machen wir weiter? Am besten systematisch. Unser Pilz gedeiht hier in der Zeit zwischen August und Dezember. Er wächst in losen Grüppchen vornehmlich auf Viehwiesen; egal ob Schaf oder Rind, Hauptsache sie scheißen kräftig. Die Wiese soll gut feucht und sonnenbeschienen sein, das Gras mittellang. Jetzt folgt ein kleiner Steckbrief, aus einer englischen Broschüre übersetzt.

PSILOCYBE SEMILANCEATA

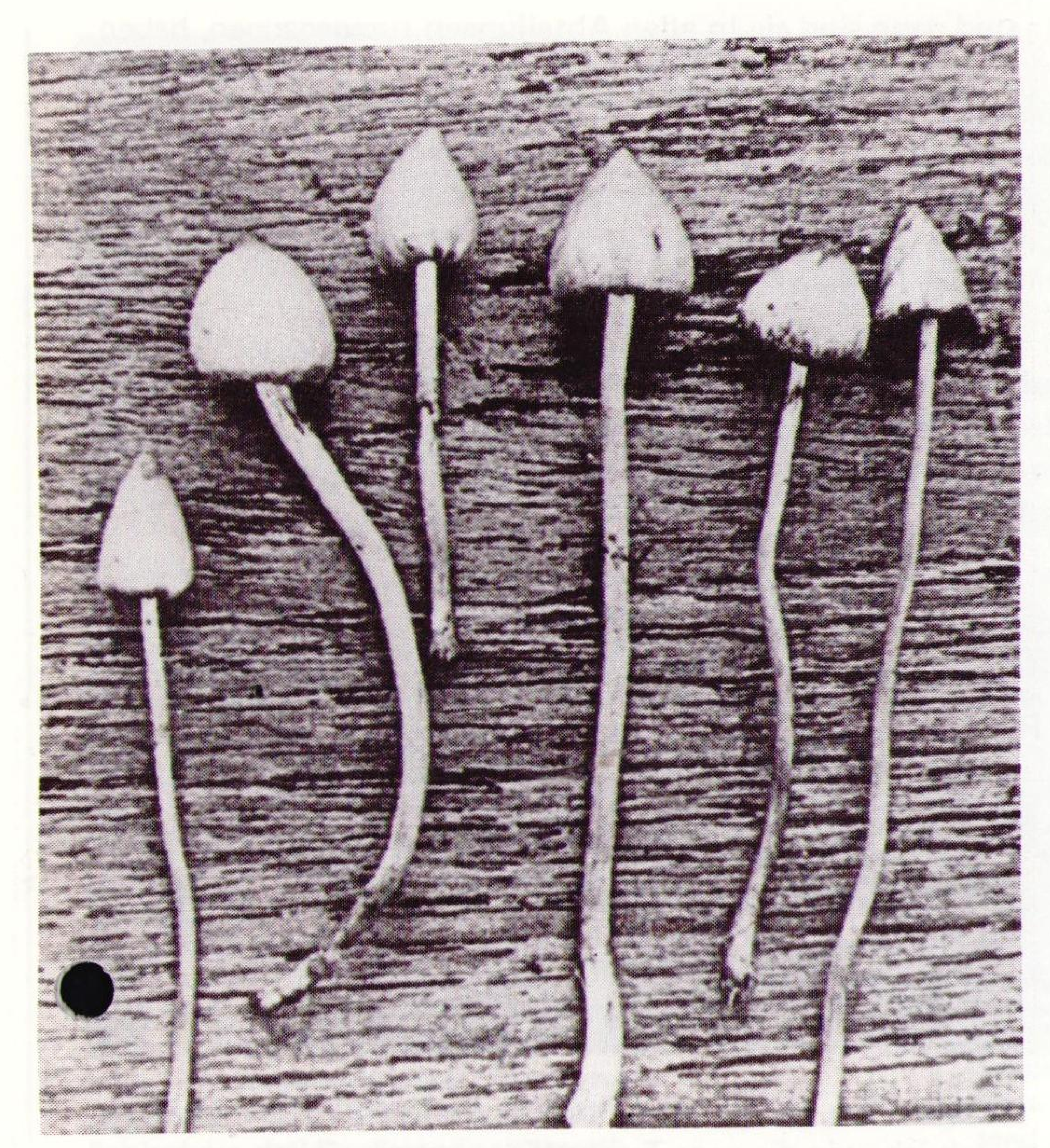
Hut: **0,5 - 2,5 cm im Durchmesser, ca. 1 1/2 mal so hoch. In der Form glockig, konisch, mit einer kleinen Warze ob. Farbe hell-beige bis ledergelb bei Trockenheit, gelbbraun bis oliv bei Nässe.**

Stil: **2,5 - 8 cm lang, dünn, leicht gebogen, unten etwas verdickt; weiß bis beige, zum Hut hin blasser. An Druckstellen und an der Wurzel erscheint ca. 30 min. nach dem Pflücken eine bläuliche Färbung. (Test!)**

Lamellen: **weiß-beige im jungen Zustand, schwarzbraun bei älteren Gesellen.**

Nun dürft ihr euch die Pilzwiese nicht wie einen gutsortierten Drogen-Supermarkt vorstellen, wo Preis und Name artig ausgeschildert sind. Die Identifizierung des Pilzes ist nicht ganz einfach, da wachsen die absurdesten Gestalten rum und manche sehen so aus, als könnten sie eine gewisse Ähnlichkeit haben. Jugend, Alter, Trockenheit, Feuchtigkeit, Mutationen, Bodenbeschaffenheit usw. tun ihr übriges, um Verwirrung zu stiften. Aber das ist ja gerade die Chance: daß ihr euch mal näher darauf einlassen müßt, ein wenig im Gras stöbern, schnüffeln, zögern, staunen und freuen. Ganz Faule werden einfach solange die Wiesen abfahren, bis sie einen Haufen langhaariger Hippies in gebückter Haltung durch die Büschel schleichen sehen. Da könnte dann was sein. Mit bloßem Auge aus dem Spazierschritt sind die Dinger kaum auszumachen, am besten, ihr bückt euch mal alle zwei, drei Meter und fusselt die Halme auseinander; werdet ihr dann fündig, sofort „Halt" oder „Juhu" rufen und die unmittelbare Umgebung intensiv durchsuchen. Die Pilze sind nämlich rhizomatisch (na also!) mit einander verbunden und so ein unterirdisches Geflecht kann mehr Verbindungen haben als ein menschliches Gehirn und sich über hunderte von Quadratmetern ausbreiten. Beim Pflücken unbedingt darauf achten, den Pilz kurz über dem Boden sauber abzutrennen, damit das Mycelium nicht zerstört wird und weiter leben kann, im eigenen Interesse! Unser Freund ist leicht zu verwechseln mit einem Pilz namensPanaeoluscampanulatus, der im Ganzen etwas rötlicher ist, einen kugeligeren Hut und einen leicht franseligen Hutrand hat. Dieser Kollege ist ein Verwandter des Psilocybe sem... hat aber nicht so berauschende Wirkung. Die Mykologie (Lehre von den Pilzen) bezeichnet diese Spezies als „zuweilen halluzinogen", was soviel heißt, daß wir ihn essen können, aber nicht gesagt ist, daß er was bringt.

Ihr könnt euch denken, daß ich hier nicht den Papi spielen will, aber Leute, macht langsam! Rupft nicht alles Zeug raus wie die Bulldozzer, stopft sie nicht rein wie Pommes frites mit Majonaise. Aus allen Erdritzen wachsen die schönsten Räusche, man muß sich nur darum bemühen. Das gilt es neu zu lernen, denn wir haben seit 400 Jahren den Kontakt verloren, ausgetrieben gekriegt. „Gift" ist da gar nicht mal das Problem. Alle Pil-



So sieht der kleine Pilzfreund seine
Psilocybe sem. im trockenen Zustand

ze sind giftig, weil sie Cadmium und andere Industriegifte speichern, genauso wie Petersilie, Kopfsalat und gespritzte Tomaten giftig sind. Am besten, ihr futtert erstmal so 10 Pilze, wenn ihr euch echt über ihre Identität im Klaren seid. Selbst hartgesottene Pilzfreaks halten Dosen von mehr als 40 Stück für riskanten Unfug. Soviel werdet ihr beim ersten Mal sowieso kaum finden, stellt euch auf eine spannende Suche ein, nehmt euch viel Zeit und übt euch in Geduld. Ansonsten gute Fahrt!

(Wer über das Thema irgend etwas weiß, soll sich bitte melden, Stichwort, ID — mykologischer Beirat. In englischer Sprache ist eine sehr gute Broschüre erschienen, der wir auch die Bilder und die meisten Informationen entnommen haben. Sie heißt: „A Guide to British Psilocybin Mushrooms, von Richard Cooper, Hassle Free Press, London 1978". Kühne und erhellende Gedanken zum Thema Drogen und Geschichte hat sich auch Hans Peter Duerr gemacht. Sein Buch heißt „Traumzeit. Über die Grenze zwischen Wildnis und Zivilisation, Frankfurt Syndikat Verlag 1978, 25,— DM.)

Unendlich viele und unterschiedliche Erfahrungen stecken in dem Pilz, hier:

EIN RAUSCHPROTOKOLL AUS WALES, AUGUST 1978:

„... am Ende der Pflückung hatten wir ungefähr 6 Naturräusche gefunden. Kaum zu hause werden sie roh verzehrt, oder auch mit Honig. Ich hatte mir zwar vorgenommen, die Dosis nicht nachzuzählen, aber eine innere Uhr hat ungefähr 20 Jollies registiert. Nach gut 20 Minuten läuft das erste Rauschgefühl durch den Rücken; ich packe ein Stück Käse und einen Riegel Schokolade in Staniolpapier (!) und begebe mich mit dieser symbolischen Wegzehrung auf die Reise. — Sapperlot, ihr Waliser Berge, ihr grünscharfen Büsche, ihr aufmerksamen Schafe, was schaut ihr mich auf einmal so an? Meine Schritte haben eine ziemlich klare Vorstellung von der vorgeschlagenen Richtung, können diese aber nicht rückhaltlos verwirklichen. Immer wieder bringt mich ein einfältiger Binsenstrauch auf abweichende Wahrheiten und ein vorher klar gefaßter Entschluß verliert sich fließend im erweiterten Gegenteil. Das soll nicht heißen, daß ich keine Fortschritte mache, falsch, nur liegen zwischen den jeweiligen Fort-Schritten enggestaffelte Querstreifen, die ich erst seitlich der Länge nach ausloten muß. Konstant bleibt ein über-blauer Himmel, eine über-gelbe Sonne und ein über-grünes Wales, aber an den Übergängen stoßen sich die Farben gegenseitig die Hörner ab, daß es nur so stiebt und funkt. Ich lande nach allerlei Serpentinen in einer vorzeitlichen Steinanlage, dort rinselt ein Bach durch und sanfte Gras- und Mooshügel sind in weichen Körperformen ausgelegt. Ich lege mich dazu und und passe prima rein — gar kein Problem; den Käse deponiere ich irgendwo. Beim Augenschließen merke ich, daß die Pumpe peest und noch nicht ganz auf Trip ist, der Kopf liefert aber schon 1a Halluzinationen. Ich verstehe sie als ein reichhaltiges und buntscheckiges Angebot, das irgendwer mir vorführt, wie einen Katalog zur gefälligen Kenntnisnahme, daß es sowas gibt. Gefällt mir ein Stück — z.B. eine ägyptische Statue aus Marmelade mit orangenen Bewegungen, dann halte ich die Show eben mal an und gehe mehr ins Detail. Aber nicht allzu sehr! Denn sonst ist das Gesamtbild verschwunden. Macht aber nichts, denn die neu eingetroffenen Bilderbögen stehen den vorangegangenen in nichts nach. Der Körper beruhigt sich auch langsam und erfreut sich des pilzigen Kribbelns quer durch die Nervengänge. Schon seit etwa der letzten hundert Bildern fallen mir gewisse sexuelle Anzüglichkeiten im Programm auf; das fing schon mit der Statue an und taucht dann turnusmäßig in anderen mythischen Zusammenhängen wieder auf. Meine Lusterwartung merkt sich so etwas natürlich, im Moment steht die Lockung noch etwas unentschlossen neben qualitativ anderen Entdeckungen. Ein Blinzeln überzeugt mich von der grün-gelb-blau überspannten 360° Wirklichkeit um mich herum, die ich schon fast vergessen hatte, aber gerade die langgezogenen Hügelketten mit ihrem gedrungenen Buschwerk, haben sie nicht auch deutliche Beziehungen zu ägyptischer Marmelade und statuenhafter Weiblichkeit? Das wird meine feste Überzeugung und langsam aber sicher fange ich an, mir einen runterzuholen. Es vergehen noch Lichtjahre, bis ich vorankomme, immer wieder zieht ein lächerlicher grüner Kobold einen Vorhang zwischen mich und allerlei sexuellem Getümmel, das da fleischig, orange, lila, grün und hügelig vor sich hin zuckt und wabert. — Na gut, den möchte ich mal sehen, der einen Orgasmus aufs Papier gebracht hat — schon der Versuch eine Vermessenheit! Irgendwann stehe ich mal auf und unterhalte mich intensiv mit den umliegenden Bergen. Ich schaue sie so stark und willensmächtig an, daß sie meine Zeichen eigentlich gar nicht ignorieren können. Das Flüßchen rauscht so einladend da unten rum, da muß ich mich gleich mal dran laben. Ich höre eine erzählende Stimme im Märchenstil meine Erquickung beschreiben. Alle Stellen der Weltliteratur, wo irgend ein Schwachkopf sich am Bachwasser labt, scheinen jetzt ganz komprimiert auf mich angewandt. Ich bin mächtig stolz auf diese Beachtung und verhalte mich so, wie sich eben die Literatur das Verweilen am Bache vorstellt. Erfrischt und vergnügt fahre ich dann in meiner eigenen Geschichte fort und begebe mich auf eine Wanderung in unbekannte Fernen, wie das nach literarischen Vorlagen eben so geht. Mein bisheriger Lagerplatz kommt mir konservativ und altbacken vor — „he du" sagt der Erzähler zu mir, „jetzt mußt du hinaus, sei wohlgemut und schreite munter fürbaß!" Das sage ich mir nicht zweimal und folge pfeifend dem Lauf des Flüßchens. Zweihundert Meter weiter gelange ich in ein weit entferntes, neues Land, wo

Und hier ein Gruppenbild mit Pilzen bei naß-feuchtem Wetter



alles ganz anders ist. Hier, in dieser schönen Gegend, etwas näher an einem kleinen Wäldchen als vorhin, hier lohnt es sich nach langer Wanderschaft sich niederzulassen. Ich lege mich mit dem Bauch auf die Erde und starre auf das Bächelchen. Im glitzernden Durchfluß erkenne ich kleine Goldstückchen, Anker, Bisamratten und seltsames Werkzeug. Das Wasser veranstaltet rechts und links eine raffinierte Stereo-Akustik Show mit erstaunlicher Trennschärfe. Ich kann mit geschickten Hörverschiebungen die Höhen und Tiefen regulieren und die raffiniertesten Wasserklänge belauschen. Außerdem ist da ein ständiges Gequassel unter den Steinen; irgend ein geschäftiges Völkchen werkelt da eifrig mit den Gerätschaften herum. Meine Bitte an sie, sich deutlicher auszudrücken, wird ignoriert. Ich frage immer wieder: was habt ihr mir denn nun zu erzählen? Was ist denn nu los da im Geplätscher? Schade! Die Wasserwesen kapieren von mir soviel, wie ich von ihnen. Das ist schon eine ganze Menge, aber es hätte mehr sein könne. Wiederum ist ein großer und wichtiger Lebensabschnitt abgeschlossen! Ich stehe auf und wandere weiter, stochere in den langen Schatten der Abendsonne herum und mache mich mit dem kleinen Wäldchen vertraut. Dort kommt das erste Mal für einen kurzen Moment ein Gefühl von Distanz zu dem Trip an mich heran, macht dann aber wieder die Flatter beim Anblick der glühend grunzenden Abendsonne. Die eine Sekunde Selbsterkenntnis hat gereicht, um mir über meine Umgebung ein paar flüssige Gedanken zu machen! Moment! Ich bin doch gar nicht allein; — Tommi und Bil haben doch auch Pilze gefressen, was machen die eigentlich so? Ich kann es gar nicht erwarten, die anderen Leute zu sehen, aber der Rückweg gestaltet sich unendlich mühsam, holprig und verworren. Meine Ungeduld steigert sich von Schritt zu Schritt, parallell dazu rasen hochfahrende Gedanken durch meinen Schädel: dieser Pilz wird unser Wirtschaftssystem umkrempeln, das steht fest. Über derlei Reflexionen bin ich leider in einen unwegsamen Sumpf geraten. Ich denke an Moor und frage mich, warum dort keine Moorrüben wachsen. Meine Rückkehr ist ein glorienreicher Einzug. Tommi hat eine knallrote Nase, Faltengebirge über den Backen und lacht aus allen Fässern. Die Leute spielen alle Ball, reden mir freundlich zu und hüpfen ziemlich unkonzipiert über die Wiese. Mit wachsweichen Fingern machen wir Musik, eine Zigeunermelodie will und will nicht vorankommen, klingt auch etwas wattig. Dann gibt es zwei Hühner zum Abendessen und viele andere gute Sachen. Mir ist vollkommen rätselhaft, wie die Berauschten das zuwege gebracht haben. Tommi liest ein herrlich besemmeltes Märchen vor, das wir für die Kinder englisch umdichten. Ich bin zwar noch meilenweit vom Normalwesen entfernt, aber die individuellen Halluzinationen haben den Albereien im Freundeskreis Platz gemacht. Hüpf! Nun rollen wir schon im Auto dem kitschigen Abendrot entgegen, fahren in grünen Heckentunneln Achterbahn, helter skelter, und im Pub kommt die Kiste wieder zum Stehen..."

MAGNETITIS – EIN TRAUM

TRAUMLAND
15. NOVEMBER

Ein Basisträumler träumte einst:

„Liebe Freunde, vergangene Nacht hatte ich einen eigenartigen Traum: Ihr kennt doch sicher alle die netten, vollklimatisierten Kaufhäuschen von Quelle, Zweckermann usw. — die haben da so 'ne Sache eingeführt mit Registrierkassen, die auf den Preisschildern der Waren kleine, dunkelbraune Magnetstreifen mit Tastköpfen aufnehmen und gleichzeitig die Bestellnummern in einen Datenspeicher eingeben. Das spart natürlich eine ganze Menge Personal ein, sowohl an der Kasse, weil es schneller geht als Eintippen, als auch im Bestellwesen und bei der Inventur, weil keiner mehr irgendwelche Zettel ausfüllen muß. Nun zu meinem Traum: Da sind ein paar Typen in die Spielwarenabteilung gegangen, haben kleine Hufeisenmagnete gekauft — ja und dann sind sie in allen Abteilungen rumgegangen, haben sich die schönen Sachen angesehen und die kleinen Magnete über den Preis-Bestell-Magnetstreifen drübergezogen. Nachdem sie das einige Stunden so getrieben hatten, sind sie mit einer „behandelten" Tafel Schokolade zur Super-Elektronik-Kasse gegangen und haben mit einem mir ganz unerklärlich verschmitzten Grinsen gewartet, was da passieren würde....

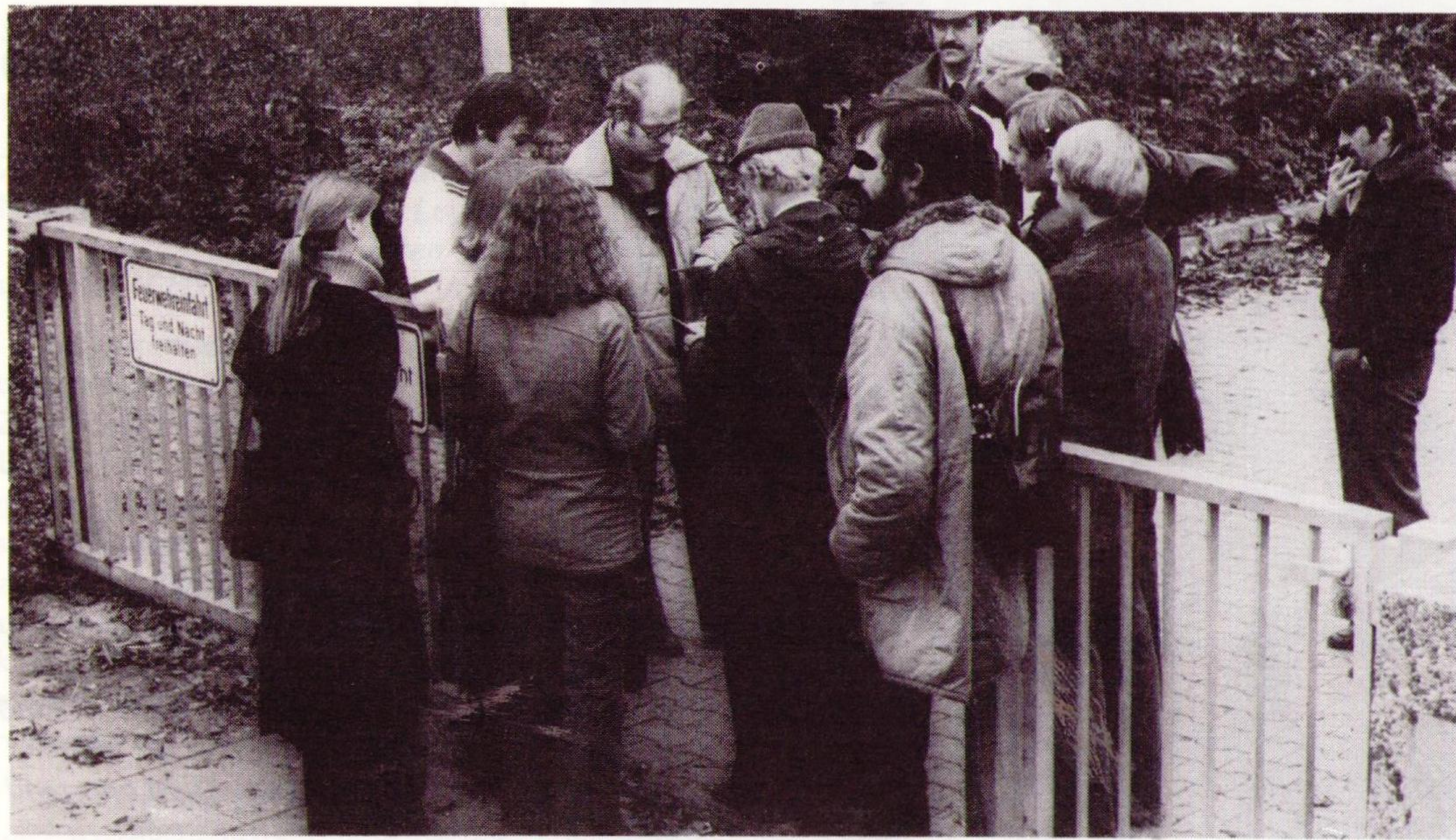
Ihr könnt euch denken, was da geschah: Die Kasse blieb ruhig — Modell „Tunix"? ! Naja, dann hat die Verkäuferin gedacht, die Elektronen sind wieder mal kaputt (was gar nicht so falsch war) und hat die Sache von Hand getippt — nur hat es da viel länger gedauert und auch im Bestellcomputer gab es einige Löcher — so träumte mir.



Ja und dann, ganz unvermittelt und mir völlig unverständlich, sah ich, wie die paar Typen (Frau war natürlich auch dabei, versteht sich) diese Sache überall herumerzählten. Ich kann das nicht mehr so genau rekonstruieren — ich weiß auch nicht mehr, ob sich die „Magnet-Aktion" nun in Bonnz, Krankfurt oder Lahmstadt abgespielt hat — sicher ist jedenfalls, daß im weiteren Verlauf dieses Traums immer mehr Menschen mit kleinen Magneten in die Kaufhäuser gegangen sind und dort ganz gedankenverloren die schönen Waren mit ihren Magnetfingern betastet haben. An den Kassen, da gab es bedauerlicherweise ganz, ganz lange Schlangen von Menschen, die waren oft sehr böse, weil sie ja den ganzen Tag gearbeitet hatten und schnell nach Hause wollten. Die haben dann verlangt, daß mehr Kassen mit mehr Verkäuferinnen aufgemacht werden, sonst könnten sie gleich woanders einkaufen. Einige riefen sogar: „Bezahlt wird nicht" und sind einfach gegangen mit den Sachen, könnt ihr euch sowas vorstellen? !

Jedenfalls wurden dann in den Kaufhäusern viele Verkäuferinnen eingestellt, um diesen „Magnetbazillus" (oder Virus—) zu bekämpfen, der sich in meinem Traum in ganz schrecklicher Weise, fast epedemischer Weise ausbreitete. Auch die Buchhaltungen der Kaufhäuser schrieben wieder Stellen aus. Es gab sogar Stimmen unter den maßgeblichen Herrschaften in den Vorstandsetagen, die meinten, das „Electronic"-Zeitalter berge offensichtlich ganz schöne Tücken in sich. Aber es gab auch Verkäuferinnen, die diese „Magnetitis" als Beitrag zur Behebung der Arbeitslosigkeit bezeichneten. Traum hin, Traum her, ich finde, das ist eine ganz schöne Sauerei, diese schöne Elektronik einfach so kaputt zu machen — schließlich ist das ja der Fortschritt, der mit so ein paar altertümlichen Magneten zurückgedrängt wird. Und gegen den Fortschritt sind wir doch wohl alle nicht, oder?

Auf jeden Fall war ich ganz schön froh, als dieser Traum zu Ende war! Da bin ich ganz fix losgegangen und habe in der Spielwarenabteilung eines Kaufhauses die Teddybären, Legokästen und den anderen Krempel ganz versunken angeschaut — an der Kasse habe ich dann feststellen müssen, daß die Elektronik kaputt war — meine Güte, habe ich gedacht, wie gut, daß „Träume nur Schäume sind", wie der vielzitierte „Volksmund" zu berichten weiß. Wenn ich in eine so lange Schlange mit magnetisch infizierten Leuten geraten wäre — ich glaube, da hätte ich mich klammheimlich verpißt — denn so viel Zeit habe ich doch nicht. Laßt die Träume nicht zu Alpträumen werden, denn wer zu lange träumt, schläft schlecht!"



ABENDGYMNASIUM FRANKFURT

Hier an der Carlo-Mierendorff-Schule: Ausweiskontrollen durch die Schulaufsicht bei ständiger Anwesenheit von Polizei. Gelegentlich werden auch die Handtaschen kontrolliert. („Es könnte ja ein Sprengsatz drin sein.")

Bisher haben sich an obengenannter Schule sechs Leute dieser Prozedur unterzogen. An der Heinrich-Kraft-Schule (Fechenheim) sitzen fünf Leute im Unterricht. An der August-Henze-Schule und der alten Liebig-Schule haben bisher alle „Lernwilligen" ihren Lernwillen zurückhalten können. (Bravo!)

Weitere besondere Vorkommnisse waren zum Beispiel an der Carlo-Mierendorf-Schule folgende: Ständige Beobachtung durch Zivile, die sich sämtliche Autonummern notierten und die Leute fotografierten. Da die Bullen offensichtlich nicht ausgelastet sind, suchen sie sich täglich ein anderes Auto aus, dem sie dann mit wachsender Begeisterung folgen (am Mittwoch zum Beispiel eine Stunde durch die Außenbezirke Berkersheim, Eckenheim bis an die Elisabethen-Schule in der Nähe der Frankfurter City).

Heute, Donnerstag 9.11., fanden sich nach einem Hilferuf des kommissarischen Leiters (Wade) wieder mal ca. 20 Grüne in dem Verwaltungsbau des Abendgymnasiums 1 (Elisabethen-Schule) ein. Willkürlich wurden drei Studierende rausgegriffen und mußten die Personalien angeben. Herr Wade fühlte sich offenbar von ihnen genötigt.

Die Zweigstelle Griesheim (3er Kurs) ist am Mittwoch, 8.11., in den unbefristeten Streik getreten, nachdem die Schülervertretung bei einer Gesamtkonferenz anwesend sein wollte und durch Polizeieinsatz mit Hunden rausgeschmissen worden ist.

WARUM ICH MICH AM STREIK BETEILIGE

Frankfurt 16.11.78 Als direkt vom Abbau des 2. Bildungsweges Betroffener möchte ich über die momentane Situation am Sogenannten "Abendgymnasium oder Dependance Griesheim" berichten.

Nach den Herbstferien wurde für den 10.11.78 eine Vollversammlung (Thema nach Vorstellung der Schulleitung: Wahl einer Schülervertretung) beantragt, die an diesem Tag auch in der Gesamtschule Griesheim stattfand. Im Verlauf dieser Vollversammlung wurde die Wahl einer Schülerverwaltung mit großer Mehrheit abgelehnt und aufgrund der katastrophalen Zustände (laufende Sheriff-Einsätze, kein Eingehen der Lehrer auf die besondere Situation der Schüler des AG's, das schulmeisterliche Verhalten des Schulleiters Preuss, keinerlei Mitbestimmung für die Schüler etc.) beschlossen, über Gegenmaßnahmen gegen diese Zustände zu diskutieren.

Da viele die Nase von Griesheim vollhatten, gab es für sie nur noch ein Gegenmittel, nämlich Streik! Um den Streik demokratisch zu legitimieren, wurde am Montag, 13.11.78, in der Mozartschule eine Urabstimmung durchgeführt. Von verbliebenen 107 Schülern (Erklärung für das "verbliebene" kommt später im Text) stimmten 68 für Streik, 36 dagegen. Eine Enthaltung und zwei ungültige Stimmabgaben waren auch noch dabei. Nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses stellte sich jedoch heraus, daß einige (10-15) aktive "Demokraten" nicht bereit waren,sich an diesen Mehrheitsbeschluß zu halten, und in verschiedenen Klassenräumen den Unterricht aufnahmen. Diese Klassen wurden von den streikenden Schülern besetzt, und wieder mal wurde die ganze Schule von Sheriff's geräumt. Begeistert durch das nicht so eindeutig erwartete Ergebnis wurde anschließend über Streikmaßnahmen beraten. Als wichtigster Punkt stellte sich heraus: "Wie können wir die Streikunwilligen daran hindern, den Streik zu brechen?" In der Nacht nach dem Polizeieinsatz regnete es Farbe. Dieser Farbregen nahm an den Wänden der Mozartschule folgende Formen an: Wir streiken, Ein AG für alle, Abendgymnasium si, Freisein oder nicht sein.

Am nächsten Abend hatten Streikposten die Türen verschlossen (Fahrradschlösser) und Transparente aufgehängt. Als die ersten Streikbrecher auftauchten, bildeten wir vor dem einzigen noch offenen Tor eine Menschenmauer und verhinderten so deren Eintreten. Es dauerte auch gar nicht lange und die Sheriffs (fünf Mannschaftswagen voll) räumten die Kette in wohlbekannter Freundlichkeit aus dem Weg und verschafften den 12 Streikbrechern Eintritt in die "Polizeischule Griesheim". Das Öffnen der übrigen mit Fahrradschlössern verriegelten Türen nahm noch einige Zeit in Anspruch (der Umgang mit dem Bolzenschneider ist wohl ein größeres Problem als der mit dem Knüppel). Die Transparente wurden abgerissen und verhaftet.

Mittwoch passierte dann das gleiche Theater, wieder damit 10 - 15 Leute hinein konnten.Nachdem sie drin waren, gingen wir nicht gleich nach Hause, sondern in der Atmosphäre eines Straßenfestes (es gab Kaffee, Tee, heißen Apfelwein, sowie Musik von Ton Steine Scherben über Megaphon) kam die Stimmung zum Ausdruck, daß im Moment der Streik sehr gut läuft. Er wird von mehr als 80% der Schüler, die noch nicht sowieso die Flucht ergriffen haben (mit den Füßen abgestimmt) unterstützt und getragen, da wir alle wissen, daß uns nichts schlimmeres passieren kann, als uns in Griesheim täglich passiert. Wir werden uns noch einiges einfallen lassen, um unseren Streik erfolgreich zu bestehen. Frei sein oder nicht sein.

Ich bin aktiv am Streik beteiligt, da ich und meine ursprünglich 270 Mitschüler, die sich im Laufe der Auseinandersetzungen seit dem 1.2. auf ca. 120 reduziert haben, sich am AG Elisabethenschule mit Nachmittagsunterricht angemeldet hatten, was sich jedoch als Bluff herausstellte. Als neue Zweigstelle wurde für uns Griesheim mit Abendunterricht eingerichtet. Nach dem Vorkurs nahm ich mit einem großen Teil meiner Mitschüler selbstorganisierten Unterricht in der Elisabethenschule auf.

Nachdem sich aufgrund zahlreicher Drohbriefe seitens des staatlichen Schulamtes des Geschehen immer mehr nach Griesheim verlagerte, ging ich auch dorthin, um mir das Ganze an-

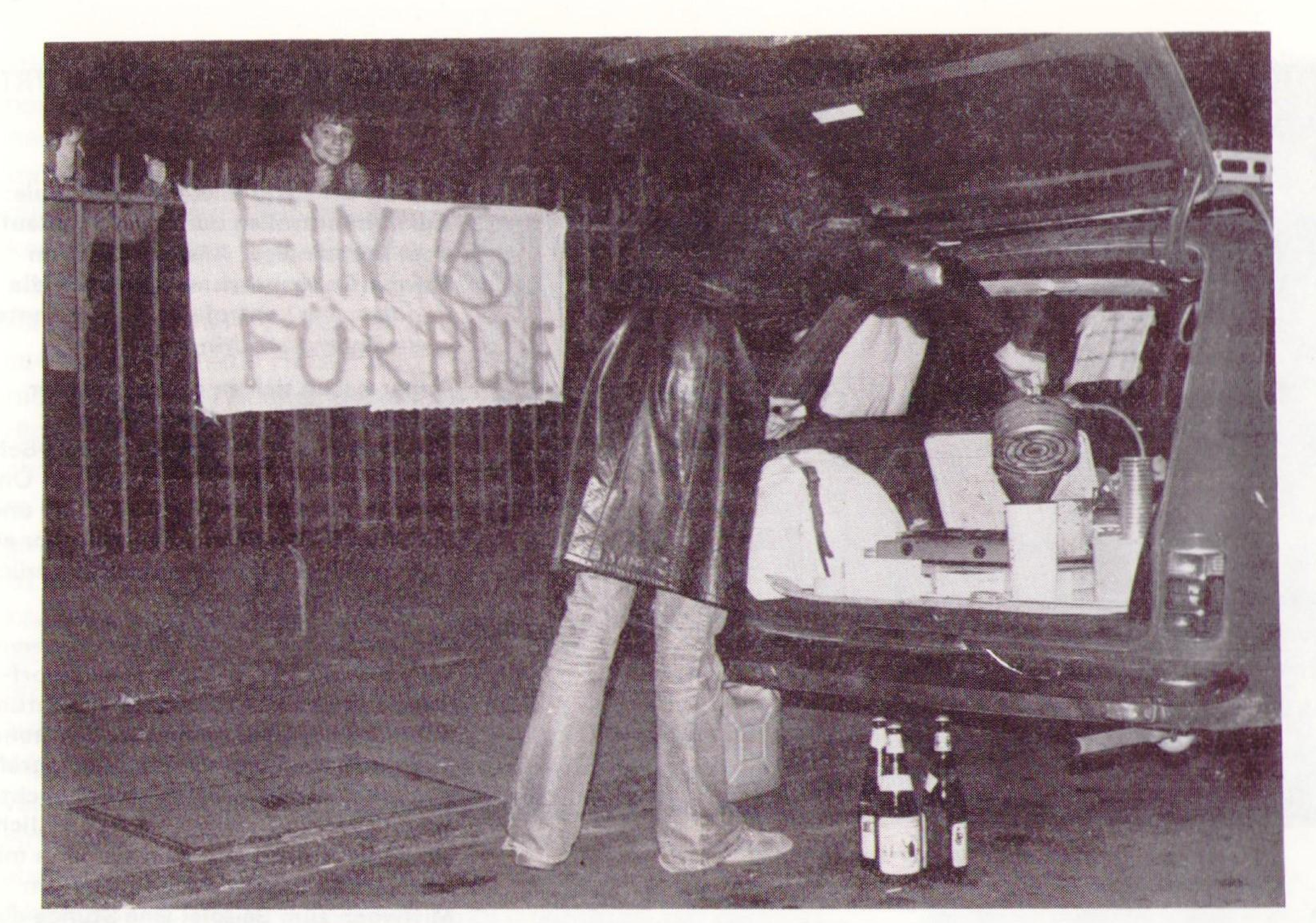


Bild links:
Der Kaffeeausschänker vom Abendgymnasium - weil er keinen „Gewerbeschein" besaß, soll er eine Anzeige kriegen.

Bild unten:
Nach Aussagen eines beteiligten Polizisten waren nur Freiwillige an diesem Einsatz beteiligt. Sie hatten die Wahl: Einsatz beim Fußballspiel oder am AG.
Der einzige Einsatz für den Hund blieb eine ältere Frau, die zufällig vorbeikam, geifernd und knurrend auf die andere Straßenseite zu jagen.

zusehen und die bereits Unterricht machenden Schüler zum Mitstreiken zu bewegen. Was nicht immer gelang. Nach einigen durch Sheriffs gesprengten Vollversammlungen, einer Personenüberprüfung (17 Leute) auf dem Polizeipräsidium und den Drohbriefen mit der Aufforderung, regelmäßig zu erscheinen, brach der Streik zusammen, und die meisten ließen sich in Anwesenheitslisten zwecks Kontrolle eintragen. Ich nicht, da ich diese permanenten Kontrollen ablehne. Als Folge davon wurde ich vom staatlichen Schulamt (was laut Verwaltungsgerichtsbescheid überhaupt nicht existiert) aus der Schülerliste gestrichen. Gegen diese Streichung aus der Schülerliste habe ich Widerspruch eingelegt. Zwar will ich nicht nach Griesheim in den Abendunterricht, möchte aber die Kontakte zu meinen Mitschülern, mit denen ich gemeinsam ans AG Elisabethenschule will, nicht aufgeben. Deshalb betrachte ich mich auch als Schüler des AG Elisabethenschule und werde aktiv für meine Rechte eintreten. D.h., ich möchte mit Lehrern lernen, die speziell mit Erwachsenenbidlung zu tun haben, die Rücksicht auf die Situation der Schüler nehmen etc., also so, wie es im AG Elisabethenschule der Fall war und bleiben wird. Nicht in so einer Kadettenanstalt mit einem Gefängnisdirektor a la Preuss.

Deswegen steh ich auch voll hinter den Forderungen, die in der auf der Vollversammlung mit einer Gegenstimme beschlossenen Presseerklärung stehen:

WIR FORDERN:

- *Öffnung des Abendgymnasium zu unseren Bedingungen*
- *Mitentscheidungsrecht bei allen die Zukunft des Zweiten Bildungsweges in Frankfurt betreffenden Fragen*
- *eine eigene Schule für alle Abendgymnasiasten*
- *ein eigenes Lehrerkollegium für das gesamte AG*
- *Rücknahme der Zwangsabordnungen und Versetzungen der Lehrer*
- *Rücknahme der bereits ausgesprochenen Schulverweise gegenüber Schülern*
- *Entfernung der Lehrer H. Preissler und K. Blömker vom AG*
- *Beibehaltung des Nachmittagsunterrichts und wahlweise Abendunterricht*
- *Aufhebung des Aufnahmestopps*
- *keine Anwesenheitslisten*
- *keine schriftlichen Leistungstests im Vorkurs*

Wir werden solange streiken, bis die verantwortlichen Stellen in öffentlichen Diskussionen zu unseren Forderungen Stellung beziehen und uns Vorschläge über den weiteren Ablauf unterbreiten.

Am Samstag, 18.11.78, findet eine Demonstration zu unserer Unterstützung statt, zu der ebenfalls die Veranstalter AG, TAT, KITA, Fachhochschule und der ASTA der Frankfurter Universität aufrufen. Ort: RÖMER — 11 Uhr.

Die Studierenden des Abendgymnasiums, "Dependance" Griesheim, Mozartschule;
Das AG wird frei sein oder nicht sein!!!
Kontakt: Helmut Ulshöfer, Luisenplatz 25-27, 6000 Frankfurt 1



SECHSMAL MEHR ERKRANKUNGEN AN LEUKÄMIE SEIT INBETRIEBNAHME DES REAKTORS LINGEN

ZÜRICH November '78 *Diesen Artikel von Walter Soyka, in dem er über seine Leukämie-Untersuchungen um das AKW Lingen berichtet, haben wir der Zeitschrift FOCUS, Nr. 102 Nov. '78 entnommen:*

Als statistisch interessierter Staatswissenschaftler erfuhr ich, daß im Emsland im Juni 1975 schlagartig eine unerklärlich große Zahl von Kinder in Meppen, 20 Km nördlich vom Atomkraftwerk Lingen, an Leukämie erkrankt sind. Nur eine außerordentlich geringe Wahrscheinlichkeit sprach für Zufall. Um die viel wahrscheinlichere gemeinsame Ursache zu ermitteln, bezog ich eine zunehmend größer werdende Zahl von Orten in meine Ermittlungen ein. Inzwischen bekam ich Hinweise auf rund 230 Leukämie-Fälle, davon nur 30 aus der Zeit vor dem März 1968. Bei etwa 60 Fällen handelt es sich um Erwachsene, bzw. um Personen älter als 15 Jahre.

Das zeitliche Zusammenfallen von sechsmal häufigeren Hinweisen auf Neuerkrankungen an Leukämie seit der Inbetriebnahme des Plutoniumreaktors in Lingen im März 1968 stimmt überein mit den meteorologischen Ausbreitungsrechnungen, bzw. den im Jahresdurchschnitt vorherrschenden Hauptwindrichtungen: von zur Zeit 192 in die Berechnung einbezogenen Fällen befinden sich 133 Fälle — vom Reaktor Lingen her gesehen — zwischen „Nord" und „Ost" (vgl. Karte).

Wenn meine Annahme zutrifft, das Plutoniumemissionen aus dem Reaktor Lingen seit dessen Inbetriebnahme im März 1968 für die schlagartige Zunahme strahlenbedingter Erkrankungen die Ursache sind, dann müßte es im Raum Bremen ebenfalls signifikante Unterschiede zwischen der Zahl der Erkrankten vor und nach dem März 1968 geben. Auch muß es, wenn die viel größere „Trefferwahrscheinlichkeit" von Ionisationsereignissen auf Grund der in Bremen höheren Besiedlungsdichte berücksichtigt wird, eine viel größere Zahl von strahlenbedingten Erkrankungen geben, als mir bisher aus dem Raum Bremen bekannt wurde. Außer Blutkrebs kommen in Betracht Lymphosarkom, Hodgkinsche Krankheit, Nierenkrebs, Blasenkrebs, Darmkrebs, Lungenkrebs und Knochenkrebs sowie Augenlinsentrübung.

Wie ich stichprobenweise feststellte, ist beim Tod von Leukämiepatienten im Totenschein als Todesursache mehrfach „Herzversagen" oder „Lungenentzündung" oder eine andere Krankheit vermerkt, die bei der statistischen Weiterverarbeitung keinen Rückschluß auf Leukämie mehr zuläßt. Da Leukämie keine meldepflichtige Krankheit ist, kann deshalb aus der amtlichen Todesursachenstatistik keine annähernd wirklichkeitsgetreue Erklärung für das regional gehäufte Auftreten von Leukämie oder anderen strahlenbedingten Erkrankungen gewonnen werden.

Am 29. August gab ich im Weserkurier eine Kleinanzeige auf, um Kontakt mit Angehörigen von Leukämiepatienten zu bekommen, die ich mit hoher Gewissheit im Raum Bremen zu finden erwartete. Hierdurch bekam ich Kontakt unter anderem mit Frau Waltraut E. und Frau Ursula G., deren Kinder am 6.11. 1971 (Anja E., geb. 28.8.1966, erkrankt im April 1969) bzw. am 14.8.1975 (Mario G., geb. 3.5.1967, erkrankt im Mai 1974) trotz aufopfernden Bemühungen ihres Arztes starben. Beide Mütter wiesen daraufhin, daß zugleich mit ihrem eigenen Kind vom selben Arzt noch zahlreiche weitere behandelt wurden. Frau E. erinnerte sich an 17 weitere Fälle, Frau G. an vier Fälle, die etwa zugleich mit Mario starben, und weitere drei oder vier, deren weiteres Schicksal sie nicht verfolgte. Insgesamt erfuhr ich auf Grund der Kleinanzeige vom 29.8.1978 von 30 Leukämiepatienten, darunter drei, die älter als 15 Jahre waren. Drei Kinder bekamen die Krankheit 1953, alle anderen erst nach dem März 1968: hier wäre das Zahlenverhältnis sogar 1 : 9 für die Zeit vor und nach Inbetriebnahme des Lingener Plutoniumreaktors.

Die wissenschaftliche Literatur unterscheidet folgende Stufen von Schäden aus radiaktiver Strahlung:

1. Akute Sofortschäden,
2. Schleichende körperliche Spätschäden und
3. Genschädigungen, die sich bis zur 40. Nachkommengeneration verdeckt in einer Bevölkerung ausbreiten können, ehe sie zu sichtbaren Erbschäden führen.

Wegen der um vieles größeren Zellteilungshäufigkeit bei heranwachsenden Kindern führen solche Strahlenbelastungen früher als bei Erwachsenen zu sichtbaren Schädigungen. Insofern befinden sie sich in der Rolle einer „biologischen Voreilprobe", die das ahnen läßt, was mit zeitlicher Verzögerung auch bei Erwachsenen an Folgen eintreten wird. Pro Leukämiefall werden zudem 7 Knochenbrüche erwartet, die jedoch mit viel längerer zeitlicher Verzögerung auftreten.

Nicht unerwähnt möchte ich hier lassen, das sich seit der Inbetriebnahme des Reaktors Lingen die Tierärzte über eine früher unbekannte „Ammerlander Schweineseuche" Gedanken machen, die mit Leukämiesymptomen einhergeht. Die ebenfalls seit 1968 zu beobachtende sprunghafte Zunahme von Binnenhoden, Zwitterbildung und Afterverschluß bei Ferkelwürfen muß als Beweis von Erbschädigungen ebenso ernst genommen werden, wie die gehäuft auftretende Geflügelleukämie und die Rinderleukose in dem von mir stichprobenartig bereisten Gebiet mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Folge der radioaktiven Emissionen des Plutioniumreaktors Lingen ist.

Wieweit nachträglich eine physikalische Untersuchung von Knochenproben verstorbener Kinder, bzw. von Bewuchs- und Bodenproben aus unmittelbarer Nähe der Aufenthaltsorte von Leukämiepatienten zum Nachweis von signifikant erhöhter Häufigkeitsverteilung bestimmter Radionuklide führt, kann ich jetzt noch nicht beantworten. Ich habe von Lingen weg bis Bremen im Abstand von jeweils 8 — 10 km solche Proben (mehr als 100) eingesammelt und einer Diplomphysikerin an der Universität Bremen zur Auswertung übergeben. Da jedoch zeitraubende andere Untersuchungen von ihr vorher durchgeführt werden müssen, liegen diesbezüglich noch keine Ergebnisse vor.

Möglicherweise gab es aber einen Wirkungsmechanismus dergestalt, daß bei paketweisen, durchaus nicht kontinuierlichen Radionuklidabgaben aus dem Reaktor Lingen auch große Mengen von kurzlebigen Radionukliden über den Kamin oder das Abwasser in die Biosphäre gelangt sind. Je kürzer die Halbwertzeit (= Zeit, in der sich die Strahlungsstärke eines radioaktiven Stoffes halbiert, d. Red.) eines Isotopes, umso größer die Zahl der pro Zeiteinheit bewirkten Ionisationsereignisse. Dies hat beim Vorbeistreichen einer Abgasfahne mit kurzlebigen Radionukliden eine plötzliche Strahlenbelastung mit zahlreichen Bindungsbrüchen (Schäden an Körper- oder Keimzellen durch radioaktive Strahlung, d.Red.) in möglicherweise lebenswichtigen Zellbereichen zur Folge.

Liste von Papieren zur Atomenergie, mitgeteilt auf dem Treffen zur wissenschaftlichen Arbeit gegen Atomenergie in Bremen vom 15./16. Juli:

Kinderleukämie in der Umgebung des AKW Lingen, W. Soyka, U. Klose, Institut für Biologische Sicherheit, Wendtstr. 22, 2800 Bremen

Die Wahrheit über den Atomunfall in Brunsbüttel, AK Polit. Ökologie, Lutterothstr. 33, 2000 Hamburg 19

Allgemeine Störfalldokumentation, W. Soyka s.o.

Hyder: On diapirs and diapirism– Möglichkeit von Instabilität in Salzstöcken infolge eingebrachter Wärme durch hochaktiven Müll, Erhältlich über J. Scheer, Universität Bremen.

Asse-Gruppe: Zur Kritik an der Atommüll-Lagerung in der Asse, erhältlich über Jörg Albrecht, Braunschweig, geplant Veröff. in der SAIU-Reihe (K. Bätjer, Uni Bremen)

Radioökologische Probleme, Transferfaktoren für verschiedene Pflanzen und Isotope: D. Teufel Diplomarbeit Botan. Insititut der Uni Heidelberg

Ichikawa: Verschiedene Arbeiten zur Mutation durch Bestrahlung bei Tradescantia, erh. bei K. Bätjer, Uni Bremen (engl.)

Katastrophenplan Esenshamm, mit Kommentar erhältl. bei BBA, Fedelhören 14, 2800 Bremen

SAIU-Reihe „Informationen zu Energie und Umwelt" (erhältl. bei K. Bätjer, Uni Bremen)

- Strahlenbelastung von Arbeitern in der Kerntechnik
- Kommentare zum Urteil des OVG-Lüneburg zum AKW Stade (in dem wesentliche Argumente der AKW-Gegner aufgenommen und eine Verringerung der Abgabemengen angeordnet wurde)-
- Blei- und Cadmiumbelastung der Bevölkerung von Nordenham
- Plutonium als Umweltproblem
- Protokolle des Fachgesprächs „Quantifizierung des Strahlenrisikos" zwischen Befürwortern und Gegnern, Juni 77 Uni Bremen

Das Märchen von der Wirtschaftlichkeit des Atomstroms, J. Franke, Elsäßerstr. 24, C. Clausen, Uhlandstr. 5, 2800 Bremen

Radioaktive Stoffe aus Kohlekraftwerken, – Strahlenrisiko 100 mal so groß wie Atomenergie? ? ? Manuel Kiper, Bödekerstr. 86, 3000 Hannover

Energieprognosen,Bedarfsabschätzung, und dessen Deckungsmöglichkeit unter besonderer Berücksichtigung des Strombedarfs (zur Einschätzung der Notwendigkeit von AKWs) Hartmut Euler, Harkortstr. 63, 4600 Dortmund 50

Belastung der Umwelt durch Kernkraftwerke: somatische Effekte geringer Strahlendosen, Holger Fuchs-Bolle, Bülostr. 67, 1000 Berlin 30

Gericht bestätigt:

AKW SICHER NUR DURCH STILLEGEN

H annover 15. November *Im Grohnde-Prozess gegen Karl Winter lehnte das Landgericht Hannover einen Beweisantrag der Verteidigung ab, mit dem Fritz Storim als Gutachter geladen werden sollte - nichts Besonderes mehr in den Grohnde-Prozessen - aber bemerkenswert ist die Begründung:*

Darin unterstellt das Gericht nämlich als wahr, **„daß die Gefährlichkeit, die von Atomkraftwerken ausgeht, (...) derart groß ist, daß allein der Widerstand gegen sie (...) verhindern kann, daß diese Gefährdungen zur vollen Realität werden."** (Wohlgemerkt: allein der Widerstand, und nicht etwa Sicherheitsmaßnahmen können die Gefährdung durch AKW's verhindern!)

Und weiter wird als wahr unterstellt, **„daß diese genannten Gefährdungen zum großen Teil bereits Realität sind, etwa durch Austritt von Radioaktivität aus angeblich intakten KKW's und noch mehr durch die Häufigkeit von Unfällen, denen KKW's ausgesetzt sind, weiterhin durch die Zunahme strahlungsbedingter Krankheiten in der Nähe von KKW's."**

Diese Formel **„als wahr unterstellt"** bedeutet, daß das Gericht eine Beweisaufnahme in diesem Punkt für überflüssig hält, da es auch ohne weitere Beweise davon ausgeht, daß diese Aussagen stimmen, also daß aus intakten KKW's Radioaktivität austritt, und daß es in der Nähe von AKW's eine Zunahme strahlungsbedingter Krankheiten gibt!

Etwas weniger umständlich formuliert heißt das, daß das Gericht als wahr unterstellt, daß AKW's SICHER NUR DURCH STILLEGEN werden.

Albrecht wird sich freuen!

„FRANKFURT WIRD KURORT"

Eine Frankfurter Bewohner-Initiative gegen Krach und Lärm schreibt:

FRANKFURT 15. November Im Frankfurter Westend, schräg gegenüber von Alter Oper und Taunusanlage, paßt hervorragend ein See mit Liegewiesen für die Allianz-Angestellten,Plantschbecken, Schwimmbad und Enten zum Füttern für uns Ältere hin. Dort soll ein Hochhaus für (vermutlich) leerstehenden Büroraum von, rund gerechnet, 14o m Höhe (das wäre der Rekorc in Frankfurt) in zwei Türmen entstehen. Vom frühen Morgen bis in die Nacht donnern die Lastwagen durch die engen Straßen des südlichen Westends, schrecken die Bewohner (es gibt noch viel mehr als ihr denkt), die es zwischen Versicherungspalästen und Bankhochhäusern ausgehalten haben, aus dem Schlaf oder vom Schreibtisch, Eßtisch, Babywickeltisch. Eine Bewohnerinitiative sammelt ihre Erfahrungen mit Presse, Bauherrn und Behörden – Ergebnis: bisher alle Sympathien auf unserer Seite, alle Paragraphenreiter auf der anderen Seite.

Zur Zeit soll wenigstens ein Mietminderungsprozeß (ausführlich in der Frankfurter Rundschau vom 10.November) Linderung im Portemonnaie bringen; um die Ruhe zurückzubringen und das große Bauloch zum Anlagensee zu machen, müssen wir uns noch viel einfallen lassen.

Zur Information über das Ganze gibt es ein Pamphlet „Frankfurt Ortsteil Westend – Wohnen, wo sich Gegenwart und Vergangenheit harmonisch ergänzen". Ihr bekommt es bei der **Bewohnerinitiative Klüberstraße c/o Gesa Irwahn, Klüberstraße 16; 6000 Frankfurt 1; Telefon 0611 / 72 20 31.** Seid so nett und legt 60 Pf. Porto bei.

AUFRUF AN DIE IN DER KERNTECHNIK BESCHÄFTIGTEN

Ahaus
17.9.78

Unfälle in der letzten Zeit in deutschen Kernkraftwerken haben in erschreckendem Maße den verantwortungslosen Umgang der Elektrizitätsunternehmen, Reaktorindustrie, aber auch der Genehmigungsbehörden mit der Sicherheit der Bevölkerung gezeigt. Vermeintlicher ökonomischer Vorteile wegen wurde beispielsweise bei dem Unfall in Brunsbüttel die Notabschaltung des Reaktors verhindert, ließ man Sicherheitseinrichtungen überbrücken und den Reaktor trotz eines Lecks im Primärkreislauf weiterbetreiben, womit zahlreiche Betriebsanweisungen verletzt wurden. Das bewußte Eingehen massiver Sicherheitsrisiken ist kein Einzelfall, sondern führte ebenfalls in einer Reihe anderer Kernreaktoren zu schwerwiegenden Störfällen.

Mögliche Betroffene sind nicht nur die in der Umgebung der Anlagen lebende Bevölkerung, sondern auch die Beschäftigten, die oft genug selber nicht über das Ausmaß der Übertretung von Sicherheitsvorschriften, der Inkaufnahme katastrophaler technischer Gefährdungspotentiale, aber auch ihrer eigenen gesundheitlichen Gefährdung am Arbeitsplatz informiert sind.

Daß die Öffentlichkeit überhaupt von diesen Vorgängen erfährt und sich gegen die Gefährdung ihrer Sicherheit wehren kann, ist nur dem verantwortungsbewußten Handeln Einzelner in der Reaktorindustrie, in Anlagen und Institutionen zu verdanken, die zu den Praktiken der Interessenlobby nicht länger schweigen wollten und Kontakt mit kritischen Wissenschaftlern und Bürgerinitiativen aufnahmen.

Die auf einer wissenschaftlichen Tagung der Bürgerinitiativen in Ahaus versammelten Naturwissenschaftler und Techniker rufen daher die in der Kerntechnik und bei den Behörden Beschäftigten auf, ihr Wissen der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Ahaus, d. 17.9.78

Als Anlaufstellen für vertrauliche Kontakte stehen neben den örtlichen Bürgerinitiativen zur Verfügung:

Bremen: Projekt SAIU, Universität Bremen, 2800 Bremen, Bibliothekstraße, Tel.: 0421-21 83 383

Hamburg: Prozeßgruppe der BUU, Lutterothstr. 33 (Laden), 2000 Hamburg 19, Tel.: 040/ 40 27 82

Bochum: Projektbereich Ökologie Ruhr-Universität Bochum, Postf. 10 21 48, 4630 Bochum.

Noch einmal vor Gericht:
TOD IM ATOMKRAFTWERK

AUGSBURG
25. Oktober

Im November 1975 gab es im Kernkraftwerk Gundremmingen einen Unfall mit zwei Toten (siehe ID 102/104).

Vor dem Augsburger Landgericht läuft ein Prozeß gegen 5 Gundremminger Atomkrafthaifische weitgehend vor leeren Bänken. Dabei geht es hier um nicht mehr und nicht weniger als die erste „fahrlässige Tötung" in einem deutschen AKW. Die beiden toten Schlosser können nicht mehr sprechen; um so eloquenter geben sich die Angeklagten, Verteidiger, ‚Sachverständige' usw. Es ist zu befürchten, daß der Prozeßausgang ähnlich im Sande verläuft wie bei der ersten Verhandlung in Memmingen.

Um dieses bewußte Totschweigen, insbesondere auch in der überregionalen Presse, zumindest im kleinen etwas zu durchbrechen, haben einige angereiste AKW-Gegner aus dem Rhein-Neckar-Raum in Augsburg eine Flugblattaktion gestartet: zwischen Landgericht und „Hotel Post", wo Ettemeyer und Co. täglich das Mittagsmahl runterschlingen, wurden alle erreichbaren Laternenmasten, Bäume, Säulen usw. mit Informationsblättern („Dicke Eier von Ettemeyer"...) vollgeklebt. Dem obersten Atomkraft-Haifisch überreichten wir das erste ‚Atomstopf-Ei mit schwarzer Schleife und Vernebelungsschleier' – die Moritat von den Atomkraft-Haifischen schloß sich an – und die Parole: „Gundremmingen, Brunsbüttel, Philippsburg – erst eins, dann zwei, dann drei – schafft viele Zwentendorfs!"

Moritat von den Atomkraft-Haifischen
vom Gundremminger KKW-Nein-Kabarett:
es wirken mit:

August Weckesser	*Direktor des Kernkraftwerkes Gundremmingen bis Ende 1975, jetzt Zeuge vor Gericht*
Reinhardt Robert	*Friedrich Ettemeyer, Dipl.Ing., einst Technischer Leiter, heute Technischer Geschäftsführer im KKW Gundremmingen*
Werner Rosenbauer	*Schichtführer im KKW Gundremmingen*



die Strophen:

1. Und der Haifisch, der hat Zähne
Und die trägt er im Gesicht
Und August, der hat ein Messer
Doch das Messer sieht man nicht.
2. Ach, es sind des Haifischs Flossen
Rot, wenn dieser Blut vergießt!
WECKie ESSER trägt 'nen Handschuh
Drauf man keine Untat liest.
3. An der Donau blauem Wasser
Fallen plötzlich Leute um!
Es ist weder Pest noch Cholera
Doch es heißt: Der GAU(gust) geht um!
4. An'em Buß- und Bettag-Mittwoch
Lag'n 2 tote Mann im Schacht
Und ein Mann geht in Pension
Der sich in sein Fäustchen lacht.
5. Otto Huber ward gefunden
Mit radioaktiv verbrühter Brust
Und am Klavier spielt WECKie ESSER
Der von allem nichts gewußt.
6. Wo ist Schlosser Ziegelmüller?
Was soll der Sarg aus Zink?
Wer es immer wissen könnte
WECKie ESSER weiß es nicht.
7. Und ETTiE MEYER blieb verschwunden
Und so mancher Ingenieur
Und die Schuld ha'm nur die Schlosser
Führte Leichtsinn zum Malheur?
8. ETTIE MEYER der jetzt schlau ist
Hatte Brechdurchfall – so'n Scheiß!
Schieber 6 und Ventil defekt
2 Mann tot, der Dampf war heiß.
9. Ja, die minderjährgen Witwen
Deren Namen jeder weiß
Verzichten jetzt auf Nebenklag
ETTIE, welches war der Preis?
10. Und die Haie sie verschwinden
Denn das Urteil des Gerichts
Trifft nur Werner ROSENBAUER
Den kleinen Mann der heißen Schicht.
11. Die Ingenieure sind jetzt schlauer
Sie kamen durch das lichte Netz
Sie verheizten Rosenbauer
Und zwar im Namen des Gesetz.
12. Statt 12 Monate Gefängnis
Zahlt er nur 4000 Mark
Und der Haifisch ETTIE MEYER
Sorgte für den Zink am Sarg.
13. ETTIE MEYER, WECKie ESSER
Scheuen jetzt das Sonnenlicht
Denn ein Haifisch bleibt ein Haifisch:
WECKie ESSER vor Gericht!
14. Und so kommt zum guten Ende
Alles unter einen Hut
Ist das nötge Geld vorhanden
Ist das Ende meistens gut.
15. Denn die einen sind im Dunkeln
Und die andern sind im Licht
Und man sieht nur die im Lichte
Die im Dunkeln sieht man nicht.
16. Und die Todesstrahlenmonster
Deren Namen jeder weiß
Hör'n blad auf und wer'n geächtet
2 Tote waren der Preis!

JOACHIM SCHNORR: HAFTBEFEHL AUFGEHOBEN !

BADEN-BADEN
6. November

Am Mittwoch, 15.11., wurde Joachim Schnorr vom Arbeitskreis Strahlenschutz/ Freiburg, dem versuchter Totschlag vorgeworfen wird (siehe ID 251, 246) aus der U-Haft freigelassen. Das Gericht sah nach der Beweisaufnahme (4 Zeugen lieferten 15 Versionen des angeblichen Tathergangs!) keinen dringenden Verdacht auf versuchten Totschlag.

Die Staatsanwaltschaft versuchte in einer Nachtragsanklage zwei weitere Fälle von versuchtem Totschlag ins Verfahren einzubringen, was vom Gericht abgelehnt wurde. Auch ein erneuter Antrag auf Haftbefehl wurde abgelehnt.
Mit der Urteilsverkündung wird am kommenden Dienstag gerechnet.

Radio Verte Fessenheim – verlorene Liebesmüh?
EIN JAHR GRÜNER SENDER IM DREYECKSLAND

FREIBURG
13. November

Aus der Stadtzeitung Freiburg, Zasiusstr. 40, 7800 Freiburg, Tel. 0761 / 70 02 70:

"Täusche ich mich, wenn ich jetzt einige Leser erschrecken sehe? Folgendes schießt ihnen vielleicht durch den Kopf: Richtig, noch nie habe ich Radio Verte Fessenheim gehört! – Einmal hab ichs auch probiert, hab ihn aber nicht reingekriegt ... usw. Ja, ist ja schon gut. Lass jetzt. Es ist – wenn überhaupt – nur ein kleiner Schreck gewesen. Ausgelöst durch so etwas wie eine moralische Verpflichtung. In Worte gegossen: (da wird sich mancher drin wiederfinden): 'Klar Mensch! Ein eigener Sender für die Grenzlandregion. Das ist doch gut! Das ist etwas Fortschrittliches. Was Anti-Monopolistisches (gegen die Rundfunkmonopole in den drei Nationalstaaten am Oberrhein). Was De-

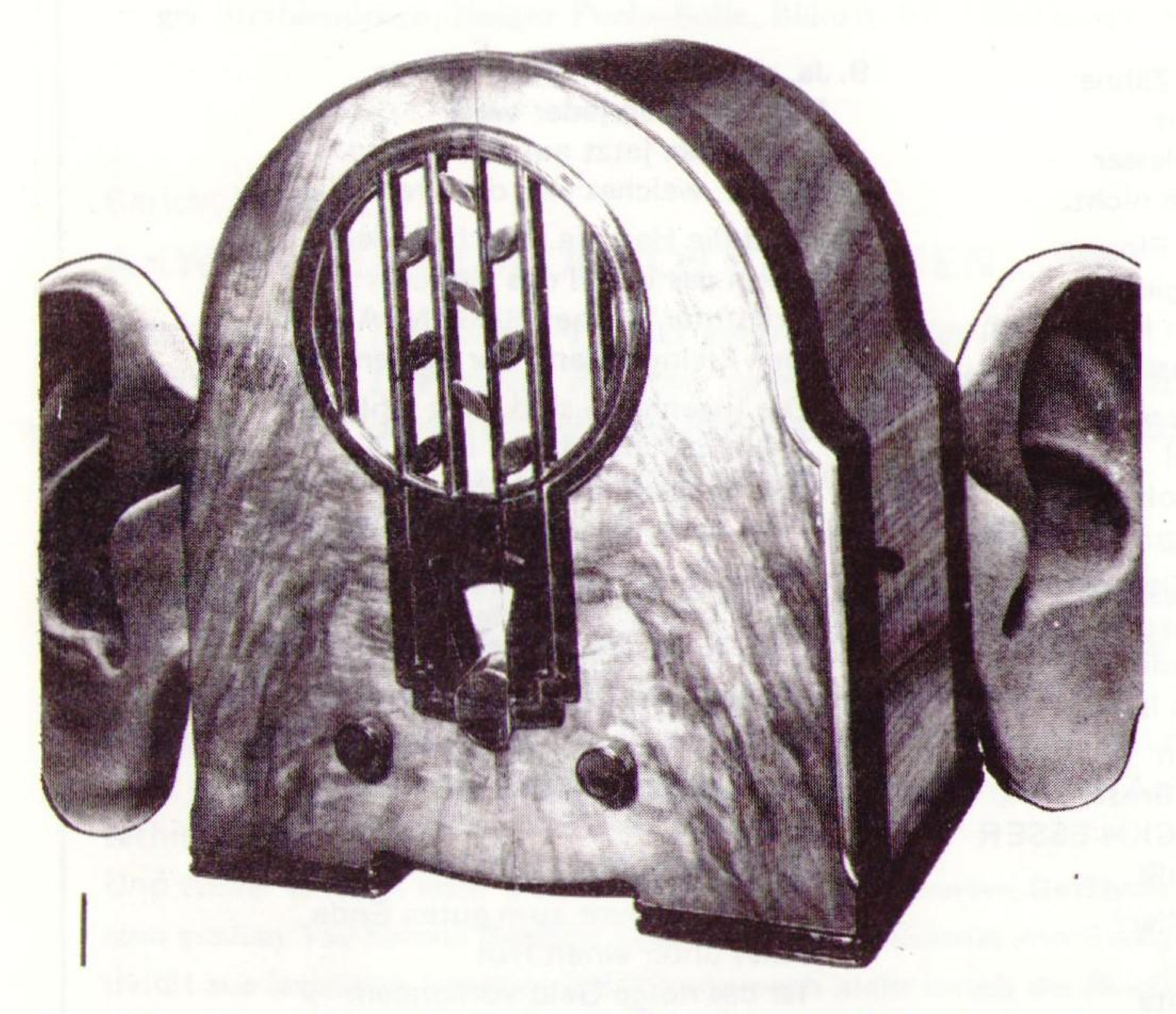
zentrales, etwas gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit. Etwas Regionalistisches ...' bla, bla.

Wie alles anfing ...

Badische Zeitung, 27./28., August im Jahre 1977:
'Irgendwo zwischen Vogesen und SChwarzwald am Oberrhein. Zwei junge Männer schleppen schwere Plastiktüten durch den Wald ... Ein dritter Mann beobachtet unablässig den Himmel durch ein starkes Fernglas. Aber kein Hubschrauber weit und breit zu sehen.
Es ist 18.45 Uhr. In dem mitgebrachten Kofferradio, das auf 101 Megahertz UKW eingestellt ist, rauscht und knackt es. Dann ertönt wilde bretonische Volksmusik, und eine Frauenstimme sagt an: 'Ici radio verte Fessenheim!' Gleich darauf eine Männerstimme auf elsässisch: 'Do isch radio verte Fessene, üsr Sandr gage Adomgraftwärge un d Induschtrialisierig em Rhidaal.' Wieder Musik. Die drei Männer schauen sich an. Sie wissen, daß man ihren 40-Watt-Sender i, Umkreis von 70 Kilometern hört, in Freiburg und am Kaiserstuhl ebenso wie in Colmar, Mühlhausen Marckolsheim, Straßburg und in all den Dörfern, die dazwischen liegen.'

So beschrieb ein ominöser Stephan Walther, ein des Alemannischen nicht mächtiger Journalist seinen Besuch beim Senden.

Wie es weiterging ...



Das ‚Funkhaus' von Radio Verte Fessenheim (RVF) also der Ort, wo die Sendungen der einzelnen 'Antennen' (aktiven Radiogruppen/Lokalstationen) aus dem Dreyeckland zusammengeschnitten werden, etablierte sich im Elsaß. Gesendet wurde in den ersten Monaten von badischer Seite, schließlich nur noch vom Elsaß aus, nachdem die Häscher der vereinigten BP (Bundespost und Bundespolizei) einen Sendetrupp bei Lörrach aufgespürt hatten. Ob die immer noch Recherchen anstellen, weiß so recht keiner. Jedenfalls kams noch nicht zum Prozeß. Seit letztem Jahr im Spätherbst wird Radio Verte Fessenheim mit regelmäßigen Störungen überlagert. Die Telediffusion de France (TDF) hat einen Techniker dafür engagiert.

'...doch die Stimme der Region tönt weiter und sie klingt auch schon gefährlich laut.' So heißt's in einem Radio Verte-Lied, im Liebeslied auf 101 Megahertz von Walter Mossmann. Richtig. Weit über zehn Sendetrupps, verteilt über das ganze Elsaß, sind zur Zeit jeden Freitag ab 19.45 Uhr beim Senden. Pünktlich auf die gleiche Minute stellen alle ihren Kassettenrekorder mit der vorbereiteten Sendung an (jeder hat eine Kopie) und bestrahlen so die Grenzgegend von nördlich Straßburg/Kehl rheinaufwärts bis in den Großraum Basel mit Nachrichten. Wichtige Sachen werden auch in der Zeitung 'Was wir wollen', als erste grenzignorierende oberrheinische Zeitung auf dem Marckolsheimer Bauplatz entstanden, abgedruckt.

Was für Nachrichten?

'Seit der Mastbesetzung im elsässischen Heiteren beim AKW Fessenheim gibt Radio Verte Fessenheim ... der Bevölkerung im Dreyeckland (Baden, Elsaß, Nordschweiz) die Gelegenheit, unzensiert zu Wort zu kommen. Thema der Sendungen sind nicht nur das neue Atomkraftwerk Fessenheim mit seinen vielen Störfällen, sondern auch die vielen kleinen Ereignisse und Konflikte in der Grenzregion, die in den Großen Nachrichten keine Beachtung finden...." (aus der Presserklärung von Radio Verte Fessenheim von Anfang August 1978). Folgende Berichte haben wir u.a. im letzten halben Jahr für Radio Verte zusammen gemacht:

— Zum Volksfest zur vergessenen Badischen Revolution von 1848/49 im Mai in Freiburg;
—Interview mit einer Frau vom hiesigen 'Aktionskreis Leben', einem Zusammenschluß von Atomkraftgegnern in den Gewerkschaften;
— zu den Aktivitäten des Arbeitskreis Strahlenschutz und zur Inhaftierung des Vorsitzenden, Joachim Schnorr;
— zur geschädigten Rheinbrücke bei Gerstheim/Lahr;
— zum Prozeß gegen den Aktivisten des Schweizer Senders 'Radio Aktiv Freies Gösgen'

Wer hört Radio Fessenheim?

Hier im Badischen Raum ist das Interesse am Sender, und damit an Nachrichten von der anderen Rheinseite, rapide zurückgegangen. Ein paar großaufgemachte Berichte in der Badischen Zeitung, in der Lörracher und in der Lahrer Zeitung förderten im letzten Jahr ein großes Interesse daran. In den größten elsässischen Zeitungen wurde eine zeitlang sogar das Programm wöchentlich abgedruckt. Interesse haben an diesem Sender heißt nach wie vor:

— sich bewußt eine Stunde Zeit nehmen zum zuhören (früher freitags oder samstags; z. Zt. nur Freitagabend und Sonntagmorgen 11 Uhr speziell Kultur)
— sich auf unausgebildete Stimmen und verschiedene Sprachen und verschiedene Dialekte konzentrieren (französisch, elsässisch, hochdeutsch, schweizerdeutsch, badisch, schweizeralemannisch)

Um aber die berichteten Ereignisse aus den drei National-Ecken und die Direkt - Interviews 'verarbeiten' zu können, mußt du als Hörer auch den entsprechenden Informations-, Erfahrungs - und Wissenshintergrund haben. Dann brauchst du halt auch noch die Lust, wenn dir irgendeine der Voraussetzungen fehlt, trotzdem am Lautsprecher zu verharren. Natürlich haben nicht die Regionalzeitungen das eigentliche Interesse an Radio Verte geweckt, es kommt aus den politischen Erfahrungen der Grenzlandbewohner. Die Stichworte Marckolsheim, Wyhl, Kaiseraugst, Gerstheim, Fessenheim/Heiteren usw. sollen hier genügen. Wir auf der badischen Seite wissen momentan nicht einmal annähernd, wieviele badische Hörer Radio Verte zur Zeit hat. Obwohl der Sender bis in die Schwarzwaldtäler strahlt und in Freiburg sogar in westwärts gelegenen Erdgeschoßzimmern empfangen werden kann, ist die Hörerreaktion gleich Null. Wir vermuten, es sind nur fürchterlich wenige Menschen im badischen Raum, die ein so ausgeprägt politisches Bewußtsein haben und dieses mit Hilfe von Radio Fessenheim stärken könnten oder wollten.

Was bedeutet Radio Fessenheim im Elsass und in der Schweiz?

Die Elsässer haben vor kurzem in der linken (gewaltfrei und ökologistisch) französischen Zeitung 'Gueule Ouverte' eine Bilanz über ihre Radioarbeit gezogen. Unsere hält mit jener keinen Vergleich aus; denn bei denen drüben ist der Sender wichtig Über den Sinn für die Schweizer wissen wir auch grad nichts. (Berichte sollen folgen).

Wie alles aufhören kann!

Am letzten Freitagabend (20.10.78) habe ich zum ersten Mal aus Verzweiflung das Radio abgestellt. Trotz meiner schön verlängerten Antenne (Kupferdraht) konnte ich Radio Fessenheim nicht mehr vernünftig hören. Im Abstand von wenigen Sekunden kam nach etwa einer Viertelstunde Sendung ein solch lautes, störendes Tönebündel aus dem Lautsprecher, mit Brummtönen ganz tief, mal Schreiähnliches. Und das alles so stark,

daß man die Radio-Verte-Stimme nur noch ganz schwach im Hintergrund hörte. Nach 20 Minuten gab ich entnervt auf. So störend habe ich die verdammten Begleitgeräusche noch nie empfunden. Ich fürchte – hoffentlich täusche ich mich–, den WATT-Krieg im Äther am Oberrhein hat die TDF jetzt wohl gewonnen. Sie können uns die Lust am Sendungen–Selbermachen, an subjektiven, grenzüberschreitenden Informationen fürs Erste nehmen. Auch das können sie zurückdrängen: die Lust, jede Woche ganz praktisch das überall herrrschende Rundfunkmonopol in Frage zu stellen, auch dieses Dreckswort ‚Ausgewogenheit'der Öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu bespucken.
Kann denn das, was in den nassen Septembertagen des Jahres 1974 auf dem besetzten Bauplatz gegen ein Bleichemiewerk in Marckolsheim begann, also das Interesse der Menschen am Oberrhein aneinander und füreinander, kann das von so ein paar Störtönen aus dem Radio zerstört werden? Mit dem Tod von Radio Verte würde wieder eine schöne Sache sterben."

TDF = Telediffusion de France

VERSUCH EINER PROJEKTBESCHREIBUNG

RAVENSBURG
. Oktober

Unsere Korrespndenz mit Leuten, die in selbstverwalteten Betrieben arbeiten, uns ihre Existenz mitteilen und sich manchmal nicht trauen, mehr über sich zu schreiben, hat hin und wieder Resonanz. Den Ravensburgern hatten wir geschrieben und einiges zu ihrem Alltag gefragt. Hier die Antwort:

„ihr habt uns geschrieben, daß ihr mehr als nur eine „bloße" ankündigung im ID lesen wollt, daß wir hier in Ravensburg die „räuberhöhle" eröffnet haben, eine so genannte (was heißt inzwischen nicht alles so) „alternative kneipe".
kurz und gut, einer projektbeschreibung sollte vorausgehen eine standortbestimmung: die„räuberhöhle", ein altes historisches lokal, liegt mitten in der ravensburger altstadt, in der burgstraße 14.
nun wollt ihr wissen, wer von uns essen macht, das büro, die briefe an den id schreibt usw. usw. wir haben uns erst mal gewundert, wie die „großen" in den metropolen auf solche fragen überhaupt kommen. ihr arbeitet insofern (das liegt wohl daran, daß ihr 'ne zeitung, wir 'ne kneipe machen) gänzlich anders, als daß es bei euch sehr wahrscheinlich feste ressorts gibt, die aufgaben also verteilt sind. *(dem ist nicht so und soll auch nicht so sein, die Red.)*
Wir sind als Kollektiv davon ausgegangen, daß es möglich sein muß, nach dem Prinzip „alle machen alles" zu arbeiten. spezialisten gibt es nicht. nach den ersten drei wochen müssen wir sagen, es klappt, so lala wenigstens.
wir müssen zu fünft von dem laden leben, was für uns alle die sache finanziell prickelig macht (pachtkneipe). das nennt sich wohl unternehmerrisiko).daß wir jeden tag die bude voll haben, zeigt uns, daß wir mit unserer mischung aus bar, musikkneipe, veranstaltungskneipe, galerie und tagsüber cafe- und teestube richtig liegen. im nebenzimmer gibt es politik (dfg/vk, gew, motzer - leserkreis, etc.) und in der mitte der kneipe gibt es an zwei pfeilern anschlagbretter und den zeitschriftenstand, an welchem natürlich euer/unser id auch nicht fehlt... (hätten wir für euch nen schöneren schluß finden können?)
margit, marlies, bernd, sabine, eugen und tilo (5 jahre), ravensburg, burgstraße 14, tel.: 0751/32456
P.S. was wir vorher gemacht haben? zum großteil studiert bis zum überdruß, wie man/frau jetzt unschwer sieht!"

DFG/VK = Deutsche Friedensgesellschaft/Verband der Kriegsdienstverweigerer

ES MUSS IM LEBEN MEHR ALS ABRISS GEBEN

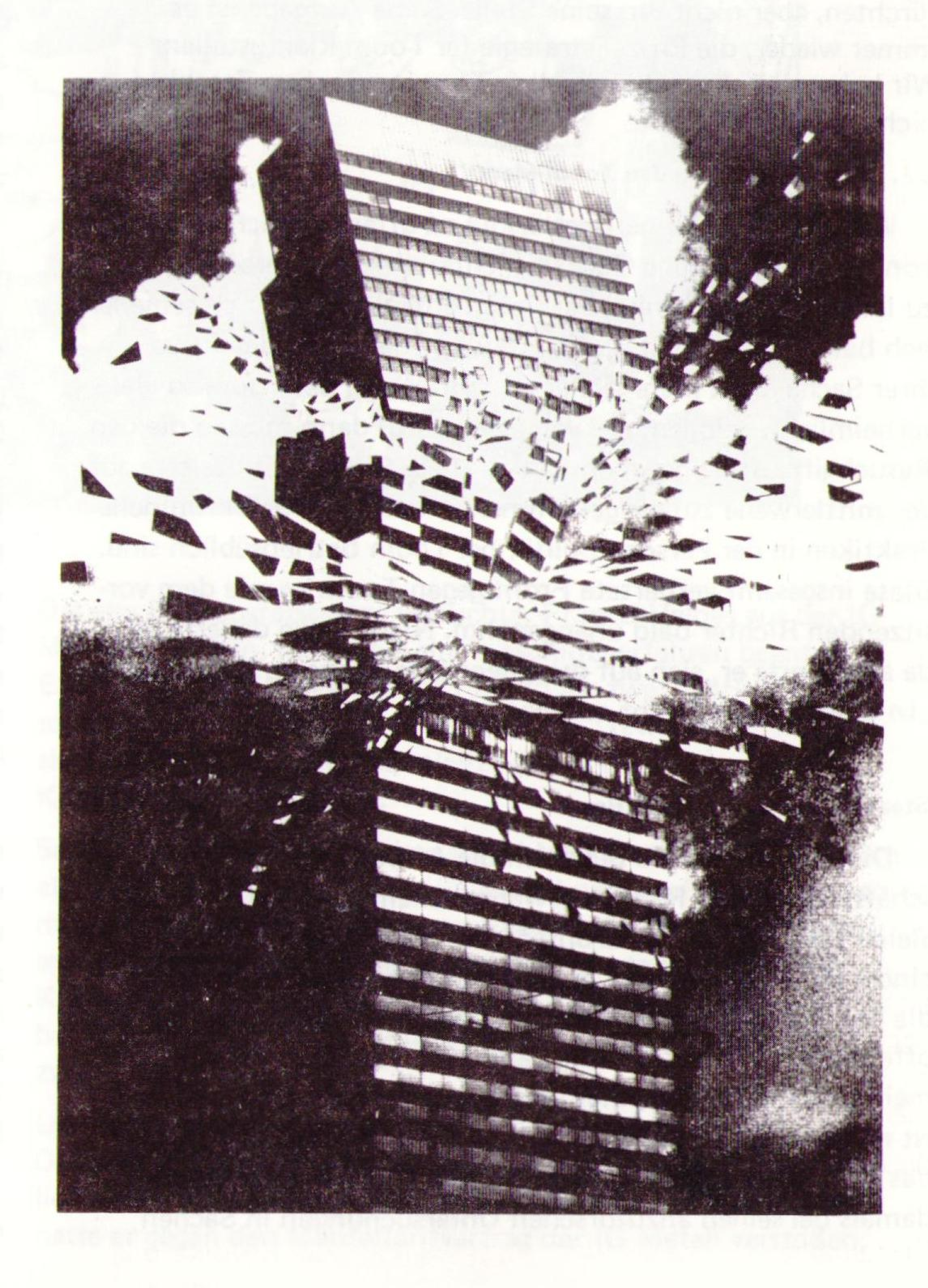
RENDSBURG
13. Nov.

Am 9. November ist in Rendsburg mit dem dem Abriß des Bahnhofhotels begonnen worden. Die Nacht zuvor war es besetzt worden:

In der Nacht vom 8. auf den 9. November 1978 haben wir (Bewegung 'Es muß im Leben mehr als Abriß geben') das Bahnhofshotel besetzt. Wir sind eine Gruppe von Rendsburgern, die nicht einsehen, daß Stadtplanung, 'Stadtsanierung' und willkürlicher Abriß von guterhaltenen Häusern durch Ratsherren und Beutelschneidern über die Köpfe der Rendsburger Bürger hinweg betrieben wird.

...und ewig droht der Baggerzahn

Mit der Besetzung des Bahnhofshotels protestieren wir gegen die anhaltende Stadtzerstörung, die geplanten Abrißvorhaben und unkontrollierte Bauwut der Rendsburger Verantwortlichen. Wir sehen nicht ein, daß der Bürger im Diskussions- und Entscheidungsprozeß um seine unmittelbare Lebenssituation ausgeschlossen werden kann. So besetzten wir gegen 22.00 Uhr das Wahrzeichen Rendsburger Fehlplanung und befanden nach eingehender Besichtigung das Haus gut als mögliche Freizeit- und Bürgerstätte. Nach einer ruhigen Nacht mit Polizeischutz und guten Kontakten zu Teilen der Bevölkerung kreuzte gegen 7.00 Uhr der erste Arbeiter auf, zwei Stunden später gefolgt von seinem 'Chef' (Name bekannt) in Begleitung eines Mannschaftswagens der Polizei. Unter den Augen der Polizei durfte der 'Chef' persönlich die friedlichen Hausbesetzer (die auch keine Gegengewalt anwandten) mit Schlägen, Haarezerren, Fußtritten und Bewerfen mit Flaschen aus dem Haus prügeln. Danach schritten die Rendburger Schupos zur Tat und raunten dem 'Chef' ein freundliches 'nu is aber gut' zu. Doch wir geben nicht auf! Wir werden weiterhin für den Erhalt der bedrohten Gebäude, für eine lebenswerte Umwelt und gegen die wahnwitzigen Pläne der Rendsburger Rathausfürsten kämpfen! Friede den Hütten – Krieg den Palästen!



„DIESER PROZESS GEHT NICHT GEGEN DEN TOOM-MARKT"

FRANKFURT 14. NOVEMBER Wie wir im ID 252 und 253 berichtet haben, geht es in diesem Prozeß um folgende Frage: Haben die Privatdetektive Glatzel und Koch im Auftrag der Toom-Geschäftsführung gehandelt, als sie den unliebsamen Betriebsrat Zaschke zum Besitzer von Rauschgiftampullen und Pistolen machen wollten? Dafür spricht, daß es aufgrund der ‚sauberen Weste' von Walter Zaschke (d. h. keine Vorstrafen) kaum eine andere Möglichkeit für die Toom-Geschäftsführer gab, ihren rebellischen Betriebsrat loszuwerden. Entgegen der Behauptungen der Privatdetektive streiten dies aber die mitangeklagten Geschäftsführer Hübner und Hofmann ab.

Das Gericht ließ sich so auf eine langwierige Beweisführung ein (mittlerweile haben wir den zehnten Verhandlungstag, vorgesehen waren fünf Tage). Beweisführung heißt die Vernehmung von Zeugen, die nach dem Merkmal Toommarkt-Zugehörigkeit: ja oder nein? sortiert werden können.

Probleme der Toom-Zeugen

Zeugen aus dem Umkreis des Toom-Markts können in diesem Prozeß nicht sagen, was Sache ist. Sie haben das Entscheidende je nach Position im Betrieb mehr oder weniger glaubwürdiger vergessen. Das ist verständlich: der (mit Zaschke befreundete) Betriebsrat aus Koblenz, die Sekretärinnen aus der Chefetage, der unsichere Personalchef sind allein schon durch das Kündigungsrecht gezwungen, ihr Erinnerungsvermögen nicht zu überanstrengen. Der Ruf des Unternehmens Toom darf nicht Schaden leiden, denn die Rufschädigung ist schon ein Kündigungsgrund.

Anders ist dies bei dem Mitteilhaber des Leibrand-Konzerns Herrn Schneider, er hat um den Ruf des Unternehmens zu fürchten, aber nicht um seine Stelle. Seine Aufgabe ist es immer wieder, die Prozeßstrategie für Toom klarzustellen: Wir haben mit dieser kriminellen Tour in Sachen Zaschke nichts zu tun.

„. . . es geht nicht um den Toom-Markt"

Weil aber die Erinnerungslücken zu offensichtlich wurden, konnte das sorgfältige Gericht nicht umhin, weitere Zeugen zu laden, um das Dunkel bei Toom aufzuklären. Auch schienen sich bald Staatsanwalt und Verteidiger der Privatdetektive ihrer Sache nicht mehr sicher zu sein: Wenn bei Toom so viel verheimlicht, gelogen und vergessen wird, dann müssen die den Rasuchgiftauftrag gegeben haben. Diese Sicherheit basierte auf der mittlerweile zutage gekommenen Tatsache, daß kriminelle Praktiken in der Personalpolitik bei Toom betriebsüblich sind. Diese insgesamt verhärtete Front gegen Toom wurde dem vorsitzenden Richter bald unangenehm. Nicht lange dauerte es, da appellierte er, sich auf die eigentliche Sache zu beschränken: „In diesem Prozeß geht es nicht um den Toom-Markt."

Staatsanwalt Z. gegen die Bosse

Den Schutz, den so plötzlich die Anwälte der Toom-Geschäftsführer vom Richter gewährt bekamen, nutzten sie sogleich taktisch aus. Sie drohten dem Staatsanwalt Zahl mit einem Befangenheitsantrag, denn sein persönliches Interesse, die Geschäftsführer der Rauschgiftsache zu überführen, sei zu offensichtlich. Staatsanwalt Zahl weiß, wie diese Drohung gemeint ist. Ein Befangenheitsantrag gegen einen Staatsanwalt ist nach der STPO zwar noch nicht möglich, aber faktisch ist das dem Staatsanwalt Zahl schon selber passiert. Er wurde damals bei seinen allzuforschen Untersuchungen in Sachen Unterschlagungen unseres ehemaligen Ministerpräsidenten Osswald von seinem Oberstaatsanwalt zurückgepfiffen.

Strafprozeßordnung

Privatdetektive und Polizisten

Privatdetektive und Polizisten, die in diesem Prozeß als Zeugen vernommen werden, können im Gegensatz zu den Toom-Verpflichteten stummen Zeugen wilde Geschichten erzählen.

Polizisten, die dem Privatdetektiv Glatzel gute Informationsdienste (Kriminalkartei) geleistet haben, wollen sich nun von dem ehemaligen Kollegen Glatzel distanzieren: Glatzels Dienstvergehen und Spinnereien hätten während seiner Dienstzeit bei der Kripo so überhand genommen, daß man ihn in die Psychiatrie einliefern wollte. Ist Detektiv Glatzel bei der Polizei ein versoffener Polizist, so ist er bei seinen Kollegen den Privatdetektiven ein unseriöser Kollege. Unseriös heißt: Glatzel mußte sich die linken Dinge meist ausdenken, er war nicht echt drinne im Geschäft. So dachte Glatzel z. B. daran, die langweilige Arbeit beim FDP-Parteitag dadurch interessanter zu machen, daß er eine Bombe legte und dann selber entdeckte („das wäre gut fürs Geschäft gewesen.") Detektiv Noll weiß da viel Spannendes aus der Unterwelt zu erzählen und ganz nebenbei wird der Kollege Glatzel schwer belastet: „Ja, ja, Frau Glatzel hat mir erzählt, die Sache Zaschke hat Glatzel ganz allein gedreht."

Als am Dienstag Detektiv Noll zum Prozeß erscheint, sieht man ihm an, daß er eine schwere Schlägerei hinter sich hat, er kann kaum laufen, sein Gesicht ist geschwollen und mit frisch genähten Wunden versehen. Privatdetektiv Koch, Mitarbeiter von Glatzel, wollte sicher gehen, daß sich Noll die Verletzungen selber beigebracht hat, eine Art Selbstmordversuch. Aber 24 attestierte Wunden sind für einen Selbstmordversuch reichlich ungewöhnlich. Der verletzte Noll gibt eine andere Version: Er sei nachts von zwei Männern besucht worden, die ihm solange zusetzten, bis er bewußtlos war.

Daß Noll der aufrechte Zeuge ist, der durch massive Gewalt mundtod gemacht werden soll, kann niemand so recht glauben. Gegen ihn spricht vor allem die Angst seiner Verlobten, Frau Glotzmann, vor ihm. Sie war als Zeugin zum Prozeß geladen worden, um die Aussage Nolls zu bestätigen. Frau Glotzmann ist anzusehen, daß sie völlig erschöpft ist, die große Angst, die sie vor dem Gerichtssaal zeigt, muß ihr den Rest geben. Der Verlobte Noll versucht nicht, sie zu beruhigen. Erst als alle Gerichtsmitglieder vor dem Saal erschienen sind, weiß er ihren Zustand zu registrieren: „Hier sehen sie, mich haben sie zusammengeschlagen und meine Verlobte haben sie so bedroht, daß sie nur noch zittert vor lauter Angst." Später hören wir, daß Frau Glotzmann mit dem Rettungswagen in das Krankenhaus eingeliefert wurde.

Die Geschichte, die für den weiteren Prozeßverlauf keine weitere Relevanz hat, (so der Beschluß des Gerichts) macht uns sehr traurig. Wir können nicht umhin: in diesem Prozeß wird schwarz-weiß nach den Regeln von Oben und Unten gespielt. Im Gerichtssaal die obersten Etagen: Richter, Staatsanwälte, Anwälte, Geschäftsführer, die über das Problem verandeln, draußen besoffene Polizisten, sich schlagende Detektive und zuletzt kaputtgemachte Frauen. Es wird weitergehen in diesem Prozeß (unten stehen die Termine).

Verständlich, daß wir wenig Hoffnung haben, daß noch etwas Entscheidendes im Prozeß passiert. Daß es trotzdem gut

ist, mal zu kommen, soll Euch der Brief zweier Kollegen von Walter Zaschke bestätigen:

Karl Geissmeier GmbH &Co. KG
Lebensmittel-Filialvertrieb
Boschstr. 25
Postfach 2020
7900 Ulm/Donau
Telefon 0731/406 337
Betriebsrat

An die HBV-Landesbezirksleitung, Herrn Katzer
Betr.: Firma Leibrand – Zaschke in Frankfurt

Lieber Kollege Katzer!

Du wirst uns möglicherweise nicht kennen und Dich wundern, von uns Post zu erhalten. Noch mehr wundern könntest Du dich, was wir wohl mit obigem Fall zu tun haben.

Wir haben nichts damit zu tun. Uns interessierte aber der Fall und wir haben (die drei Unterzeichner) am 31. Oktober 1978 die Möglichkeit gehabt, an einem Prozeßtage im Gericht in Frankfurt dabei zu sein.

Wie wir dort unter anderem hörten, ist der Kollege Zaschke, wie auch Mitglied der HBV (Gewerkschaft Handel Banken und Versicherungen). Weiter haben wir gehört, daß an den bisherigen Prozeßtagen noch kein Beobachter der HBV anwesend war, wohl aber von der Kripo, Leibrand usw.

Wenn wir die Personen einmal beiseite lassen, so halten wir den Fall für so wichtig, daß ihn die HBV nicht einfach ignorieren kann und soltte. Uns ist bekannt, daß der Kollege Stegmeier für die Betreuung der Firma Leibrand zuständig ist , was aber rein auf den Fall bezogen für Euch unbedeutend ist.

Wir würden uns freuen, wenn wir dazu Eure Meinung hören könnten, warum sich die HBV aus diesem Fall heraushält. Sowas kann nämlich gerade aktiven Betriebsratsmitgliedern in jedem Ort der BRD passieren und hofffentlich kommt es auch heraus!

mit freundlichen Grüßen
Betriebsrat der Firma Karl Geissmeier
Horst Onasch, Dieter Lassen, Reinhold Schmider

Kontaktadresse: Walter Zaschke, Neugasse 42, 6271 Wallrabenstein
Tel: 06126 / 1896

Nächste Prozeßtermine:
Montag, 11. Dezember, 13.00 Uhr (Plädoyer des Staatsanwalts)
Freitag15. Dezember, 9.00 Uhr ,,
Montag, 18. Dezember, 9.00 Uhr (Plädoyers)
Mittwoch, 20. Dezember (Urteilsverkündung)

Landgericht Frankfurt, 13. Strafkammer (den Raum sagt euch der Pförtner)

Sibylle und Ingrid aus der Gruppe der Prozeßbeobachterinnen



EINVERNEHMLICHE ZUSAMMENARBEIT – – FRANCO VALDES GEKÜNDIGT

FRANKFURT 15. November — Franco Valdes ist ein Beispiel für einvernehmliche Zusammenarbeit von einer Unternehmensleitung, dem Betriebsrat und der IG Metall. Franco arbeitete bei den Frankfurter Adlerwerken. Dort kandidierte er für eine oppositionelle Ausländerliste, weil die ausländischen Kollegen sowohl im Betriebsrat als auch bei den Vertrauensleuten völlig unterrepräsentiert waren (47 Prozent der gesamten Belegschaft bei Adler sind Ausländer, unter den IG Metall-Vertrauensleuten sind aber nur fünf Ausländer zu finden). Der Vertrauensleutekörper stellte die Liste der Kandidaten für die Betriebsratswahlen zusammen. Der erste Ausländer fand sich auf Platz 24 wieder. Nun hat aber der gesamte Adler-Betriebsrat nur 23 Sitze. Daraufhin machten Ausländer eine eigene Liste, die bei den Wahlen sechs der 23 Sitze erhielt.

Die alte Betriebsratsspitze versuchte, Franco Valdes aus der IG Metall zu kicken, indem sie ein Ausschlußverfahren beantragte. Ergebnis: Funktionsverbot für Franco für zwei Jahre. Ein Ausschluß- oder Funktionsverbot seitens der Gewerkschaft signalisiert zumindest der Geschäftsleitung, daß die Sterne für eine Kündigung günstig stehen.

Sollte die oppositionelle Liste sowohl der Geschäftsleitung, dem alten Betriebsrat als auch der IG Metall nicht gefallen haben, so müssen auch die Aktivitäten von Franco Valdes ihr Mißfallen erregt haben. Franco forderte und diskutierte im Betrieb die Kontrolle des Akkords am Band, 100 Prozent Lohnausgleich bei Kurzarbeit, und vier Betriebsversammlung im Jahr statt zwei.

Und dann kam das, was seine - fristlose - Kündigung am 11. Oktober auslöste: Der Betriebsrat hatte Ende August mehrheitlich einem Überstundenplan für 14 Wochen zugestimmt. Damit hatte er gegen den Manteltarifvertrag der IG Metall verstoßen,

der nur die Zustimmung für acht Wochen zuläßt. Konsequenz: Die Kollegen wurden verpflichtet, alle zwei Wochen samstags zu arbeiten. Franco Valdes konnte samstags zweimal nicht zur Arbeit kommen, weil seine Frau ein Kind bekam. Am dritten Samstag war er krank. Die Geschäftsleitung legte ihm das als Arbeitsverweigerung aus und kündigte fristlos. Franco habe „überall verkündet, er lehne die Samstagsarbeit generell ab" (siehe Frankfurter Rundschau v. 19.10.78).

Am Freitag, dem 13.10., fanden es dann 100 Kollegen Francos besser, eine halbe Stunde nicht zu arbeiten und sich stattdessen zu überlegen, wie sie mit weiteren Protesten die Wiedereinstellung Francos durchsetzen könnten. Außerdem gab es ein Flugblatt von Kollegen mit der Forderung, ihn wieder einzustellen und alle gewerkschaftlichen und betrieblichen Sanktionen gegen ihn aufzuheben. Dem Flugblatt liegt eine Unterschriftenliste bei. Erstunterzeichner sind über vierzig Gewerkschafter, Betriebsräte, Vertrauensleute. Unter ihnen auch Heinz Brandt und Alexander Schubart. Flugblatt und Liste können bei: **Norbert Nelte, Heidestr. 68, 6000 Frankfurt**, bestellt werden.

Sammelt fleißig Unterschriften, bei Heinz Brandt hat's auch was gebracht!



BESETZER DES DPA - BÜROS IM HUNGERSTREIK

Frankfurt
16. November

Die Aktion der dpa - Bürobesetzer ist in der bürgerlichen Presse ausführlich zerrissen worden. Dabei ging es, wie üblich, nur darum, die Aktion aus der Sicht der Zeitungsschreiber zu diffamieren. Die Gedanken der elf Leute fanden nirgendwo Erwähnung. Im ID haben wir ihre Erklärung zur Aktion veröffentlicht.
Im folgenden dokumentieren wir ihre Hungerstreikerklärung, um eine weitere Auseinandersetzung mit ihrer Politik zu ermöglichen. – Zunächst Informationen über ihre Haftbedingungen von Rechstanwalt Rainer Koch, Sandweg 9, 6 Frankfurt 1, Tel.: 0611 / 49 03 92.

„Sämtliche elf Besetzer der dpa-Redaktion in Frankfurt befinden sich seit dem 7.11.78 im Hungerstreik mit dem Ziel, die Haftbefehle aufzuheben.
Sieben Männer und drei Frauen befinden sich in Ffm.-Preungesheim, getrennt im Frauen- und Männerknast. Rosie Priest ist als einzige nach Mainz verlegt worden. Alle Gefangenen sind streng voneinander und von anderen Gefangenen isoliert.

Am 10.11.78 ist ihnen eröffnet worden, daß ab sofort der Hofgang entzogen wird und daß sämtliche Besuche nur noch mit Trennscheibe stattfinden könnten, da sie im Hungerstreik seien und die „Infektionsgefahr" sonst zu groß sei. Diese Anordnungen stammen von dem Schwalmstädter Anstaltsarzt Dr. Degenhardt, der seinerzeit u.a. bei Andreas Baader den Wasserentzug bei dessen Hunger- und Durststreik verfügt hatte.
Nach neuesten Informationen hat die Bundesanwaltschaft das Verfahren an die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Frankfurt abgegeben, mit einer baldigen Anklageerhebung ist deshalb zu rechnen."

ERKLÄRUNG

„Jede Aktion, jeder Fight bringt neues, unbekanntes, Erfahrung. Heute, morgen, gestern ist gewesen. Aus den Erfahrungen lernen, besser werden, – alles andere zählt nicht."
(Holger Meins)

Wir sind seit dem 7.11.1978 im Hungerstreik. Wir kämpfen damit gegen die Eskalation staatlichen Faschismus', gegen die als Reaktion auf die Offensive der RAF 1977 eingeführte Internierungspraxis, die jeden Widerstand gegen das Counterinsurgency-Programm von Regierung, BKA und Nachrichtendiensten zur faschistischen Formierung Westeuropas ausschalten soll.

Weil sie wissen, daß die Einverleibung sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche in ihren Sicherheitsapparat ohne die Eliminierung der Metropolenguerilla nicht bruchlos durchzusetzen ist,

weil ein Jahr nach den Massakern von Stammheim und Stadelheim klar ist, daß sie mit der Ermordung einzelner gefangener Kämpfer den Widerstand der Gefangenen und die Weiterentwicklung der Guerilla nicht verhindern können,

sind sie dazu übergegangen, die Fighter auf der Straße zu liquidieren – wie Willi Peter Stoll und Michael Knoll,

weil jeder Widerstand, der sich dem Distanzierungspostulat – einer der wesentlichen Methoden der psychologischen Kriegsführung zur Bekämpfung der Guerilla – widersetzt, terrorisiert durch die Hetze der Medien, durch Observation und Bespitzelung, Hausdurchsuchungen, Bullenprovokationen usw.

Unsere Internierung ist in dieser Terrorisierung der antiimperialistischen Bewegung ein Höhepunkt – die Reaktion darauf, daß wir nicht länger nur von Folter und Morden an gefangenen Revolutionären in der BRD sprechen, sondern eine der Institutionen angegriffen haben, die wesentlich die psychologische Kriegsführung transportieren und so die Hinrichtung der Kämpfer vorbereiten und legitimieren.

Wir werden den Hungerstreik so lange fortsetzen, bis die Haftbefehle gegen uns aufgehoben sind. Weiterhin fordern wir die Einhaltung der Zusage vom 7.11. an Karl-Heinz Dellwo, Gefangener aus der RAF in Köln-Ossendorf, für eine vollständige Integrierung in den Normalvollzug und für seine Verlegung in einen anderen Knast, wofür er über sieben Wochen lang in seinem Hunger- und Durststreik gekämpft hat.
Und wir fordern die sofortige Freilassung unseres todkranken Genossen Werner Hoppe in Hamburg
und wir unterstützen die Forderung von Günther Sonnenberg in seinem Hungerstreik und fordern seine sofortige Freilassung, weil er haftunfähig ist.
Unsere Forderungen sind angesichts der forcierten Staatsschutzfolter gegenüber mehr als 100 politischen Gefangenen in der BRD minimal. Sie sind durchzusetzen.

Zur Besetzung von dpa ist noch zu sagen, daß sie ihr Ziel, die Nachrichtensperre zu durchbrechen und so das Mordprojekt gegen die Gefangenen aus der RAF, Karl-Heinz Dellwo und Werner Hoppe, anzugreifen, erreicht hat. Die Aktion war ein Anfang. Ihre Inhalte aufzugreifen, den Angriff draußen weiterzuentwickeln, muß jetzt eure Sache sein, Genossen.
Den antiimperialistischen Kampf offensiv führen – die Politik bewaffnen! Den Kampf der Gefangenen draußen aufgreifen – die Guerilla aufbauen.
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein.

Die Gefangenen aus den Kommandos
Willy Peter Stoll und Michael Knoll

HUNGERSTREIK VON GABRIELE KRÖCHER-TIEDEMANN UND CHRISTIAN MÖLLER

ZÜRICH
14. NOVEMBER

Zwei Mitglieder der ‚Bewegung zweiter Juni', Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller sitzen seit Ende 1977 in der Schweiz im Knast. Gabriele Kröcher-Tiedemann wurde zu 15 Jahren verurteilt – ihr wird ein Mordversuch an einem Grenzbeamten vorgeworfen. Christian Möller wurde als Mittäter verurteilt. Eine Revisionsverhandlung ist inzwischen gescheitert. Die Anwälte der beiden sprechen in einem offenen Brief an Amnesty International von Haftbedingungen, „die nur als Folter bezeichnet werden können".

„Dem in der Schweiz ohnehin eher an vergangene Methoden erinnernden Strafvollzug (in Bern: keine Frischluft, 5 Tage a 20 Min. Hofgang im Gebäude, Einzelhaft, keine Gemeinschaftsveranstaltungen usw.) werden in Bezug auf die beiden Gefangenen neue Dimensionen gegeben. Diese erwecken den dringenden Verdacht, daß eine systematische Zerstörung der Persönlichkeit der beiden Gefangenen angestrebt wird.

So wurden beide in den ersten 6 Monaten einer permanenten Überwachung (Fernsehkamera, Tag- und Nachtbeleuchtung während der ersten Monate) ausgesetzt, waren von jeder Information duch Radio- und Zeitungsverbot ausgeschlossen, durch die Wegnahme von Uhr und Kalender jeglichen Zeitgefühls beraubt und auf einem Spezialflur (toter Trakt) zusätzlich akustisch isoliert.

Die Veränderung dieser Bedingungen haben keine qualitative, d. h. grundlegende Verbesserung bewirkt: Nach wie vor unterliegen die Gefangenen einer absoluten sozialen Isolation, d. h. jeglicher Kontakt untereinander bzw. zu anderen Gefangenen ist untersagt. Als Besucher werden nur Verwandte zugelassen, und zwar hinter der Trennscheibe, was eine unzumutbare Belastung für die Besucher wie für die Gefangenen darstellt. Frau Tiedemann, die Mutter von Gabriele Kröcher, lehnt – wie auch ihre Tochter – seit ihrem ersten Besuch aus diesem Grund jeden weiteren ab. Frau Kröcher und Herr Möller haben bis heute nur je einen Besuch empfangen können, obwohl zahlreiche Besuchsanträge von Freunden und Bekannten gestellt worden sind. Als weitere soziale Isolation sind die Briefeinschränkungen (Beschluß des Kassationshof des Kantons Bern vom 15. 8. 1978) zu verstehen, all jene Briefe, welche inhaltlich über die „Gewaltszene" (so der Beschluß vom 15. 8. 78) berichten, werden nicht durchgelassen. Die Dimension dieser Zensur zeigt sich bespielsweise an der Nichtweiterleitung vom Informationsmaterial von Amnesty International, Sektion BRD, an Christian Möller . . .
Als Korrespondenten werden im übrigen nur Personen zugelassen, die weder vorbestraft sind, noch in einem hängigen Strafverfahren stehen."

Am 7. November traten die beiden Gefangenen in einen Hungerstreik, um gegen die Haftbedingungen zu protestieren. Sie fordern die Aufhebung der Einzelhaft, die Einführung von Gemeinschaftsveranstaltungen, mindestens eine Stunde Bewegung an der frischen Luft und die Abschaffung der Trennscheibe bei Privatbesuchen. Auf weitere Repressalien der Anstaltsleitung wird ein Durststreik angekündigt. Wir zitieren hier aus einer Erklärung, die die beiden bei einer Verhandlung vor dem Kassationsgericht am 6. November verlesen wollten:

„So haben wir denn mit dem Maß, daß hier an uns gelegt wird, genausowenig zu tun, wie mit den juristischen Formeln, mit denen ihr versucht uns beizukommen. Das Maß des bürgerlichen Strafprozesses ist seit eh und je ein Werkzeug im Arsenal der Konterrevolution, in dem hilflosen und lächerlichen Versuch, revolutionären Widerstand mit der Elle des bürgerlichen Gebetbuches zu messen.

Wir sagen: so wie es zwischen euch und uns nur die unerbittliche Feindschaft gibt, so wenig gibt es eine Verbindung zwischen euren Gesetzen und unseren Gesetzmäßigkeiten.
Die Gesetzmäßigkeit, die wir in Anspruch nehmen, ist eine historische, es ist das Recht auf Widerstand und auf Befreiung des Unterdrückten gegenüber seinen Unterdrückern – ein Recht, das er sich selbst nimmt und nehmen muß, will er seine Menschlichkeit nicht aufgeben. Das Ziel der Befreiung von Unterdrückung, Ausbeutung, Imperialismus, Neokolonialismus und Rassismus aber erreicht der Mensch nur kämpfend. Mehr noch: Im Prozeß dieses Kampfes erobert er sich seine Menschlichkeit zurück, und auf dem Weg zur Freiheit erreicht er seine Befreiung, denn:
Menschen, die sich weigern, den Kampf zu beenden, können nicht unterdrückt werden. Sie gewinnen entweder, oder sie sterben anstatt zu verlieren und zu sterben.

Dies sind unsere Gesetzmäßigkeiten, und nur der Illusionist kann sich darüber wundern, daß der Feind, um seine Existenz ringend, alles tut, um uns nach seinen Krisenprogrammen auszurotten."

Kontakt: Anwaltskollektiv, c/o Bernard Rambert, H. Zweifel, Baadener Str. 89, CH-8026 Zürich, Tel.: 00411 / 241 24 33

In einem offenen Brief an das Internationale Rote Kreuz, den Kassationshof in Bern und die Schweizer Sektion von Amnesty International fordern Angehörige von politischen Häftlingen die sofortige Veränderung der Haftbedingungen der beiden Gefangenen. Hier der Text des Briefes:

„Mit größtem Erschrecken haben wir von der lebensbedrohlichen, totalen Isolation der Inhaftierten Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller erfahren.
Untersuchungen von international anerkannten Ärzten (z.B. Prof.Dr. Rasch, Mende, Müller, Schröder und Ärzten von ai) haben ergeben, daß solche Haftbedingungen die physische und psychische Vernichtung der Betroffenen zur Folge haben. Wie die totale Isolation der politischen Gefangenen praktiziert wird, sei hier kurz erwähnt:

Seit 8 Monaten befinden sie sich in totaler Isolation, bis Ende Juni waren die Gefangenen mehr als ein halbes Jahr sensorischer Deprivation unterworfen gewesen: toter Trakt, kein Umschluß, kein Hofgang, keine Besuchsgenehmigung, kein natürliches Licht (Milchglasscheibe), bis Mitte Februar Dauerlicht (fast 2 Monate Lichtfolter), danach von 6.00 bis 23.00 Uhr Kunstlicht, fünf mal wöchentlich Einzelspaziergang von 20 Minuten in einem geschlossenen Raum (keine Frischluft, in den Zellen eine „Klimaanlage") Trennschreibe bei Anwaltsbesuchen, die auf zweimal wöchentlich eine - neuerdings zwei - Stunden beschränkt ist; bis März Entzug von Uhr und Kalender (zeitliche Orientierung), bis vor kurzem weder Anstaltsrundfunk noch Zeitungen. Seit dem 15.August gibt es einen Beschluß des Kassationshofes Bern, der weitere Haftverschärfungen vorsieht.
Aus Sorge um das Leben von Gabriele und Christian fordern wir, die Angehörigen der politischen Gefangenen der BRD:
1. Sofortige Beendigung der vernichtenden Isolationshaft
2. Sofortige Eingliederung in den Normalvollzug
3. Uneingeschränkte Anerkennung der Verteidigerrechte (entsprechend der Europäischen Menschenrechtskonvention)"

Im Namen der Angehörigen der politischen Gefangenen der BRD:
Hilde Pohl, Beate Taufer, Anneliese N. Baader, Adelheit Hinrichsen, Christa Cullen, Uschi Thurm, Inge Schulz, Kurt Schulz, I. Augustin Bas, Gisela Wisniewski, Susanne Wisniewski, Rita Wisniewski, Annelie Becker, Omega Becker, Ruth Becker, Gabriele Becker, Hans-Joachim Becker, Monika Becker, Wolfgang Becker, Bärbel Becker, Herbert Rollnik, Erna Rollnik, Frauke Postel

KARL-HEINZ DELLWO HAT SEINEN HUNGER– UND DURSTSTREIK ABGEBROCHEN

Frankfurt
15. November

Als Verteidiger von Karl-Heinz Dellwo teile ich Folgendes mit:

Das Justizministerium Nordrhein-Westfalen hat mit einer Presseerklärung vom 8.11. 1978 verbreitet, Karl-Heinz Dellwo habe nach 48 Ta-

gen einen Hungerstreik abgebrochen. Diese Meldung ist jedoch äußerst unvollständig.
Noch am Morgen des 7.11.1978 ist meinem Mandanten angedroht worden, nunmehr tägliche Zwangsernährung durchzuführen, wenn er seinen Streik nicht abbreche. Nachdem jedoch die ganzen Brutalitäten, mit denen der Streik des Gefangenen gegen seine unmenschlichen Haftbedingungen gebrochen werden sollte, am Entschluß des Gefangenen gescheitert waren, unter keinen Umständen von seinen Forderungen abzugehen, ist ihm am Abend des 7.11.1978 - genau einen Tag nach der Besetzung des dpa-Büros in Frankfurt, mit der ja gerade auf die Haftbedingungen und den Hunger- und Durststreik von Karl-Heinz Dellwo aufmerksam gemacht werden sollte - von einem Justizbediensteten die Zusicherung überbracht worden, daß er innerhalb der nächsten 4 Wochen in eine Justizvollzugsanstalt für Strafgefangene verbracht und dort mit den anderen Gefangenen gleichgestellt wird.
Weiter wurde die Vereinbarung getroffen, bis zu diesem Zeitpunkt meinen Mandanten unter den gleichen Bedingungen von anderen Untersuchungsgefangenen zu behandeln.
Damit wurden die Forderungen des Gefangenen, die sich in zwei Alternativen bewegt haben, nämlich

– entweder Integration und Gleichstellung mit anderen Gefangenen
– oder Zusammenlegung mit anderen politischen Gefangenen zu einer interaktionsfähigen Gruppe

voll erfüllt. Danach hat Karl-Heinz Dellwo seinen Hunger- und Durststreik abgebrochen. Er hat klargemacht, daß er sofort wieder in den Streik treten wird, wenn die Zusagen nicht wie verabredet eingehalten werden.

Kontakt: Rechtsanwalt Rainer Koch, Sandweg 9, 6000 Frankfurt 1.

Wahlgegenüberstellung im Knast
VERLETZUNGEN AM HALS, AN DEN FÜSSEN UND AN DEN HÄNDEN

Stefan Wisniewski, der wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in der JVA Frankenthal sitzt, wurde unter Anwendung unmittelbarem Zwanges einer Wahlgegenüberstellung unterworfen. Diese Gegenüberstellung war notwendig geworden, um den ,dringenden Tatverdacht' zu untermauern, den die Bundesanwaltschaft am 11. Mai 1978 behauptet hatte. Die Verteidigung Stefan Wisniewskis wurde erst nach Durchführung der Zwangsmaßnahmen informiert. In einer Pressemitteilung von Rechtsanwalt Helmut Funke, Anzengruberstr. 1, 6000 Frankfurt, Tel 0611 / 560 25 61, heißt es:

„Die Durchführung des Beschlusses erfolgte nach der Schilderung meines Mandanten mit massivem Einsatz körperlicher Gewalt, obgleich er während der gesamten Aktion fast ausnahmslos an Füßen und Händen – diese auf dem Rücken – gefesselt und damit wehrlos war. Dies umsomehr, als er zusätzlich noch an den Stuhl, auf den er gesetzt worden war, mit weiteren Handschellen gefesselt war.

In dieser hilflosen Lage erhielt mein Mandant nach seinen Angaben nach der ersten Gegenüberstellung einen Faustschlag auf die Nase, der zu einer blutenden Schürfwunde und zu einer Schwellung führte. Trotzdem wurde im Anschluß eine zweite Gegenüberstellung durchgeführt – eine Vorgehensweise, die neben weiteren Begleitumständen von vornherein erhebliche Zweifel an der Objektivität und Verwertbarkeit des – diesseits



aufgrund verweigerter Akteneinsicht — nicht bekannten Ergebnisses der Gegenüberstellungen hervorrufen muß.

Die Entnahme der Blutprobe verlief derart, daß Herr Wisniewski mit Kopf bzw. Oberkörper an eine Wand gedrückt wurde, gleichzeitig zwei Beamte seine Beine in Spagatstellung auseinanderzogen und ihn hochhoben, so daß das Körpergewicht voll auf den Leisten lastete, und in dieser Haltung der anwesende Arzt dann aus einem der auf den Rücken gefesselten Arme das Blut entnahm. Eine Vorgehensweise, die für sich spricht und die in meinen Augen auch durch die für zulässig erklärte Anwendung unmittelbaren Zwanges nicht gedeckt wird.

Zur Entnahme einer Speichelprobe, bei der entgegen dem Beschluß ein Arzt nicht anwesend war, wurde Herr Wisniewski wieder auf einen Stuhl gefesselt. Bei nach hinten gezogenem Kopf versuchten BKA-Beamte gewaltsam seinen Mund zu öffnen, und zwar durch Anziehen der Knebelkette, Stellen auf die Fußfesseln, Schlagen gegen den Kopf, Drücken hinter die Bakkenknochen am Ohr sowie schließlich Sperren der Luftzufuhr, wo mehrfach ein Handtuch um den Hals gelegt und solange zugezogen wurde, daß mein Mandant glaubte zu ersticken.."

KOMMT HASAN FREI?

FRANKFURT
16.November

Hasan Töreyen - der türkische Arbeiter, von dem die ID-Leser seit Jahren wissen, daß er wegen der Eles-Streikunruhen von 1974/75 (siehe ID 215) im Knast sitzt - ist der ihm zustehende Hafturlaub verweigert worden. Zum ersten Mal mit der Begründung, daß bereits ein Abschiebungsantrag vorläge. Als sich herausstellte, daß das eine Ente war und daß andere Türken aus Hasans Knast Urlaub bekamen, gab es eine neue Begründung: er müsse erst nachweisen, daß seine Frau durch die Jahre, die er im Knast verbringt, auch Depressionen bekommt...

Am 23.November soll darüber entschieden werden, ob Hasan nach Absitzen von zwei Dritteln seiner Haft freigelassen wird.

Auf der Solidaritätsveranstaltung gegen Abschiebung am 27. Mai im Frankfurter Gewerkschaftshaus hat der ID-Bilderdienst Bilder gemacht. Für Hasan und die Rechte aller Zürken tanzte die Volkstanzgruppe des Vereins „Progressive Volkseinheit", sangen kurdische Sänger. Zur Lage Hasans und der türkischen Arbeiter sprachen Leute von der „Initiative gegen Abschiebung" vom Betriebsrat bei Opel in Bochum, von der „Progressiven Volkseinheit", Hasans Anwältin Ulrike Hill und seine Frau Leyla Töreyen.

Kontakt über ID, Stichwort Betrieb ; und über das Anwaltsbüro Brunn/Hill/Koch/Krutzki, Sandweg 9 6000 Frankfurt

Telefon 0611 / 49 03 92

(Die Firma Eles war eine Strumpffabrik im Taunus, die Red.)

SCHWAGER VON JÖRG LANG IN TÜBINGEN VERHAFTET

TÜBINGEN
13. November

Von Angehörigen und Freunden von Werner Ivens:

Werner Ivens wurde am 18.10.78 in der Wohnung seiner Ehefrau Sylvia Dauda—Ivens auf Grund eines Haftbefehls der Staatsschutzkammer Stuttgart verhaftet und am nächsten Tag in die JVA Stammheim in Untersuchungshaft eingeliefert. Werner Ivens wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, sein chemisch-technisches Wissen der RAF zur Verfügung gestellt zu haben. Die jetzige Verhaftung wird mit Fluchtgefahr begründet, da sein Schwager Jörg Lang sich dem Prozess gegen ihn durch Flucht entzogen hat.

Schon seit 1975 wurde ein Ermittlungsverfahren in dieser Sache gegen Werner Ivens eingeleitet. Es folgten danach Hausdurchsuchungen und er wurde zweimal festgenommen, jeweils zu Zeitpunkten, in denen er größeren Belastungen ausgesetzt war. Die jetzige Verhaftung geschah zu einem Zeitpunkt, als seine Frau gerade ihr erstes Kind erwartete! Drei Tage nach Werner Ivens' Verhaftungkam das Kind zur Welt.

Da alle bisherigen Versuche zur Aufhebung der Untersuchungshaft keinen Erfolg hatten, halten wir eine eingehende Information der Öffentlichkeit für angebracht.

Was wird Werner Ivens vorgeworfen?

Er soll einen Plan zur Herstellung eines Nitrierkessels entworfen und geliefert haben, auf dessen Grundlage Dirk Hoff, der angebliche Techniker der RAF, einen solchen hergestellt haben soll und der später in Frankfurt sichergestellt worden sei. Außerdem soll er ein elektronisches Zeitverzögerungsgerät zum Zünden von Sprengsätzen konstruiert und mindestens 10 Handgranatenzünder beschafft haben.
Bei diesen Vorwürfen stützt sich die Staatsanwaltschaft auf Aussagen von Gerhard Müller undeiner Tübinger Wohnungsinhaberin. Nach Müller soll im März/April 1972 in einer Tübinger Wohnung ein Treffen stattgefunden haben, bei dem neben Baader, Ensslin und Müller auch ein junger Tübinger Chemiker dabeigewesen sein soll. Müller hat nach seiner Aussage den "Tübinger Chemiker" nur kurz gesehen. Dieser soll angeblich durch Jörg Lang eingeführt worden sein.
Bei diesem Gespräch soll der Tübinger Chemiker zugesagt haben, Pläne für die oben erwähnten Gegenstände zu liefern. Die Tübinger Wohnungsinhaberin bestätigte, daß ein Treffen zu diesem Zeitpunkt stattgefunden haben soll.

3 1/2 Jahre später, im November 1975, stellten die Ermittlungsbehörden einen Zusammenhang zwischen Werner Ivens und dem "Tübinger Chemiker" her. Am 21.11.75 wurde Werner Ivens verhört, anschließend fand eine Durchsuchung seines Zimmers und der Werkstatt seines Vater statt, wobei keinerlei Beweismaterial gefunden wurde. Auf Antrag der Generalbundesanwaltschaft wurde Werner Ivens am 2.6.76 erneut festgenommen und zu einer Gegenüberstellung ohne Verteidiger nach Karlsruhe gebracht. Dies fand 2 Tage vor seiner Diplomprüfung statt.
Gleichzeitig wurden wieder sein Zimmer und die Werkstatt seines Vaters durchsucht, wobei Fachzeitschriften beschlagnahmt wurden, die Werner für seine Prüfung benötigte. Auch diese Durchsuchung erbrachte keinerlei Belastungsmaterial.
Bei der Gegenüberstellung, vier Jahre nach dem ehemaligen Treffen in Tübingen, will Gerhard Müller mit absoluter Sicherheit Werner Ivens als den "jungen Tübinger Chemiker" identifiziert haben.
Die Tübinger Vermieterin will ebenfalls in Werner Ivens den "Chemiker" erkannt haben. Die Zeugin kann sich allerdings nur sehr unbestimmt erinnern, so beschreibt sie den besagten

Chemiker als groß und kräftig, was auf Werner nicht zutrifft.

Diese Vorwürfe gegen Werner Ivens sind unserer Ansicht nacl unbegründet und nicht aufrecht zu halten, unabhängig davon, daß Werner Ivens selbst alle Vorwürfe entschieden zurückweist. Nach 6 Jahren lassen sich nun sehr schwer die Aussagen der "Augenzeugen" entkräften. Es ist unmöglich für Werner ein lückenloses Alibi zu besorgen, das ihn in den Monaten März/ April 1972 entlastet.

1.) Die Vorwürfe stehen in Widerspruch zu Werner Ivens politischen Aktivitäten und Stellungnahmen aus den Jahren seit 1970. 1972 war er im Rahmen seiner Fachschaftsarbeit als Chemiestudent organisiert im Zentralen Aktionsrat der Fachschaften (ZAF). Der ZAF hat sich schwerpunktmäßig mit den sozialen Belangen der Studenten beschäftigt und in diesem Zusammenhang eine besonders ablehnende Haltung gegenüber der RAF eingenommen. Dies ist durch diverse Veröffentlichungen des ZAF und Kenner der damaligen politischen Vorgänge an der Uni Tübingen zu belegen.

Im Verlauf seiner weiteren politischen Arbeit hat Werner Ivens gezeigt, daß er ein grundsätzlich anderes politisches Verständnis hat als die RAF. 1973/1974 arbeitete er in der sozialistischen Fraktion Naturwissenschaften mit, war Mitglied im Fachschaftsrat Chemie und gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Liste der Fachschaften. Ab Dezember 1974 war Werner Vorstandsmitglied im Studentenwerk e.V. und kandidierte im Dez. 76 für die Liste "Studenten organisiert selbst" für das Studentenparlament.
Obwohl er bereits seit Nov. 75 von den gegen ihn gerichteten Vorwürfen wußte, arbeitete er mit vollem Engagement an der Einrichtung eines inzwischen gut eingeführten Ladengeschäfts, zugleich arbeitete er zielstrebig auf sein Diplom hin, welches er kurz vor seiner Verhaftung erfolgreich abgeschlossen hat. Seine Diplomarbeit führte er im Rahmen eines Forschungsprojektes am chem. Institut durch. Sein Vertragsverhältnis verlängerte er jetzt, um seine Doktorarbeit machen zu können.

2.) Auch die zentrale Zeugenaussage von Gerhard Müller, auf die sich die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklageschrift im wesentlichen stützt, ist fragwürdig. Die Wahrscheinlichkeit, daß sich ein Zeuge an eine einzige kurze Begegnung mit dem besagten Chemiker, die schon vier Jahre zurückliegt, mit einer solchen Präzision erinnern kann, ist sehr gering.
Die Glaubwürdigkeit des Zeugen Müller wurde schon in anderen Verfahren von höchstrichterlicher Seite angezweifelt. Dazu ein Zitat aus dem Spiegel Nr. 24/77, Seite 104:
Vorsitzender Richter Stiefenhöfer: "Seine Angaben müssen mit größter Vorsicht behandelt werden, auch habe Müller so Stiefenhöfer gelegentlich die bewußte Unwahrheit gesagt".
Die Tübinger Wohnungsinhaberin spielt auf Grund ihrer unklaren Aussagen eine unbedeutende Rolle in der Anklageschrift.

3.) Die Tatsache, daß seit 3 Jahren Werner Ivens verdächtig ist, jener Tübinger Chemiker zu sein und seit dieser Zeit keine weiteren Verdachtsmomente hinzugekommen sind, die Ermittlungsbehörden erst zum jetzigen Zeitpunkt das eigentliche Verfahren einleiten, läßt keinen anderen Schluß zu, als daß diese selbst nicht von der Beteiligung Werner Ivens überzeugt sind.

Es ist kein Geheimnis, daß Werner Ivens' Schwester die Ehefrau von Rechtsanwalt Jörg Lang ist, der bis 1974 Wahlverteidiger in einem der RAF–Prozesse war. Vor Beginn eines Verfahrens gegen Rechtsanwalt Lang wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (RAF) hatte sich dieser dem Prozeß im September 74 entzogen und ist seither auf jedem Fahndungsplakat abgebildet. Es drängt sich der Eindruck auf, daß in der ganzen Angelegenheit durch massiven Druck auf die Familienangehörigen versucht wird, an Informationen über Rechtsanwalt Lang heranzukommen.
Wie ist es sonst zu verstehen, daß die Ermittlungsbehörden ihre Kenntnisse über besondere Belastungsituationen des Werner Ivens immer wieder ausnutzten, indem sie ihn einmal vor seiner mündlichen Prüfung und jetzt kurz vor der Geburt seines ersten Kindes festnehmen.
In der Begründung für den Haftbefehl wird die Verbindung zu Rechtsanwalt Lang hergestellt. Die Tatsache, daß Rechtsanwalt Lang verschwunden ist, nachdem ihm seine Anklage bekannt war, veranlaßte das Gericht, Werner Ivens zu verhaften, bevor ihm seine Anklageschrift bekannt wurde, da er sich wie sein Schwager dem Verfahren entziehen könne. Beim Vorgehen der Staatsanwaltschaft drängt sich deshalb der Verdacht der Sippenhaft auf.

Auf Grund der Unbegründetheit der Vorwürfe gegen Werner Ivens und der von ihm inzwischen eingegangenen sehr engen Beziehungen und Verpflichtungen hier in Tübingen, die eine Fluchtgefahr ausschließen, fordern wir die sofortige Haftentlassung von Werner Ivens.

Angehörige und Freunde von Werner Ivens

Kontakt kann über den politischen Buchladen, 7400 Tübingen Nauklerstr. 20, hergestellt werden.

HAUSDURCHSUCHUNG UND ANKLAGE GEGEN GEFANGENENGRUPPE

SCHWEINFURT 8.November

Die Gefangenengruppe Schweinfurt hat/te Schwierigkeiten; welcher Art diese Schwierigkeiten sind, steht im folgenden Text:

„Am 23.10.1978 war in der Wohnung der Gefangenengruppe Schweinfurt Durchsuchung. Beschlagnahmt wurden hierbei:
- 32 Briefumschläge mit Adressen von Buchläden und alternativen Verlagen;
- 12 DIN A 4 Blätter, die Teil der von uns in Planung gesetzten neuen Gefangenenzeitung sind;
- 3 DIN A 6 Blätter mit Kontaktadressen von Gefangenengruppen, Gefangenen, Rechtsanwälten usw.

Dafür wurde der Gefangenengruppe ein provisorisches Sicherstellungsverzeichnis erstellt. Aber es wurden noch etliche Briefe von Gefangenen an uns, uns an Gefangenen beschlagnahmt, ohne daß wir hier überhaupt informiert wurden!

Die „Grünen" waren mit ca. 60 bis 80 Mann angerückt, die zum Teil kugelsichere Westen und Maschinenpistolen trugen. Dabei wurde der gesamte Stadtteil Zürch von diesem Kordon umstellt, das Haus, in dem die Gefangenengruppe wohnt, umzingelt, von den Schützen umlagert und anvisiert und die Wohnung der Gefangenengruppe von etwa 25 mit Maschinenpistolen gewappneten „Grünen" gestürmt. Zugleich wurde die Wohnung darunter und im Parterre eine sechsköpfige Familie von den „Freunden und Helfern" beehrt. Sie besetzten alle Zimmer in der Parterre-Wohnung, durchwühlten alle Schränke und schlugen mit ihnren Maschinenpistolen in die Betten.
Begründung: Wie mir Kriminalhauptkommissar Warmuth versicherte, soll „ein Hinweis aus der Bevölkerung" bei den „Grünen" eingegangen sein, daß wir eine ,suspekte Person', genauer: einen ,Terroristen' in unserer Wohnung versteckt hielten.

Dies alles ist aber tatsächlich der Versuch: die Gefangenengruppe Schweinfurt zu verunglimpfen, sie vor den Augen unseres Bekanntenkreises zu diffamieren, zu kriminalisieren. Dasselbe passierte der Gefangenengruppe Nürnberg, die von den einschlägigen Gazetten als „kriminelle Vereinigung" und ähnliches verunglimpft wurde. Deshalb sind solche Terroraktionen gezielte Rundterrorschläge der Justiz und ihrer Organe gegen alle linken Gruppen, insbesondere gegen die Gefangenenbewegung. Wie ja auch die Verhaftung des Frankfurter Gefangenenrates zeigt. Darum rufen wir auf, uns, die Gefangenengruppen, stärker als bislang zu unterstützen und darum, mit uns gegen diese Terroranschläge der Justiz und ihrer Organisationen vorzugehen. Freiheit für alle Gefangenen!!
Im Namen der Gefangenengruppe Schweinfurt und der F.A.R.M. (Freie Assoziation Revolutionärer Menschen)

Kontaktadresse:
Gefangenengruppe Schweinfurt, 872 Schweinfurt, Am Unteren Wall 10; c/o Klaus Zehelein, Birke Hegmann

ANHANG:
Kurz nach dem Fertigstellen dieser Schrift erreichte mich vom Staatsanwalt beim Landgericht Schweinfurt diese Anklageschrift:

„Zehelein Klaus, geb. am 10.06.57 in Schweinfurt, led. freischaffender Künstler, wohnhaft Am Unteren Wall 10, 872 Schweinfurt; deutscher Staatsangehöriger.

Die Staatsanwaltschaft legt dem Angeklagten aufgrund der durchgeführten Ermittlungen folgenden Sachverhalt zur Last:

Am Sonntag, dem 30.07.78 gegen 21.30 Uhr beschimpfte der Angeklagte im Straßenverkaufsraum der Gaststätte ‚Wienerwald', Brückenstraße in Schweinfurt den Polizeibeamten Joachim Prause mit der Bezeichnung „Bulle". Als Polizeimeister den Angeklagten daraufhin aufforderte, derartige Äußerungen zu unterlassen, fuhr dieser die Aufforderung ignorierend fort: „Gefangene in Stammheim könnt ihr erschießen. Anarchist müßte man sein und eine Granate auf euch werfen, daß Arme und Beine nur so wegfetzen. Ein Arm da, ein Bein da, verstehst?"

Abschließend fügte der Angeklagte nochmals „Bullenschwein" an. Der Polizeibeamte fühlte sich durch diese Äusserung in seiner Ehre verletzt und hat am 11.8.78 form- und fristgerecht Strafantrag gegen den Angeklagten gestellt. Sein Dienstvorgesetzter hat ebenfalls Strafantrag gestellt. Der Angeklagte wird daher beschuldigt,
einen rechtswidrigen Angriff auf die Ehre eines anderen durch Kundgabe der Mißachtung geführt zu haben,
strafbar als ein Vergehen der Beleidigung gemäß den Paragraphen 185, 194, Abs. 1 Abs. 3, 77 a StGB."

Diese Anklage ist aber nur aufgrund dieser erlogenen Geschichte wahr!
Tatsache ist: daß ich mit fünf Menschen zusammen, die das auch vor Gericht bezeugen können, den Straßenverkaufsraum der Gaststätte ‚Wienerwald' betreten habe, um Hähnchen einzukaufen. Nachdem wir uns aber entschlossen hatten, die Hähnchen andernorts einzukaufen — wie hatten Bedenken bei dem Geschäft ‚Wienerwald (es sollen hier Ratten oder sonstige urige Viecher zu Steaks weiterverarbeitet und den Gästen vorgesetzt worden sein) verließen wir gemeinsam den Straßenverkauf. Ohne den Polizeimeister Prause oder einen sonstigen Polizeibeamten überhaupt gesehen zu haben! Geschweige, daß ich ihn überhaupt beschimpfte - den ich nicht sah...
Nach Verlassen dieser Gaststätte und dem Betreten-Wollen einer weiteren Gaststätte wurde ich verhaftet, sistiert und mit den erfundenen Geschehnissen belastet.

Tatsache ist, daß ich ca. eine Woche vor dieser Verhaftung nach dem Besuch eines Lokales bei Verlassen desselben von einer parkenden Polizeistreife angerufen wurde, mich der eine Polizist am Schlawittchen packte und mich mit Namen ansprach: „Zehelein, wenn Sie nicht aufhören, Gefangenenarbeit mit diesen Leuten zu machen, werden wir sie umlegen!" Ich kannte diesen Polizisten nicht. Diese Begebenheit berichtete ich meinem Bewährungshelfer, der sich mir anbot, mit mir auf die Polizeiwache zu gehen, um Strafanzeige gegen diesen — mir unbekannten — Polizisten zu stellen.

Tangiert werden diese beiden Begebenheiten auch noch dadurch, daß unsere Nachbarschaft so informiert wurde, daß die Gefangenengruppe Schweinfurt sich zusammensetzt aus Leuten, die den Anarcho-Syndikalismus wollen, die ihn „lediglich" verbal verteidigen. Und Gefangenenarbeit ist unser Engagement. Philosophisch-praktische Anarchisten. Kein Deut, daß wir Gewalt gegen die Verkörperung des Staates rechtfertigen; und auch nicht ein Deut, daß wir sie nicht rechtfertigten! Insofern ist die Behauptung des Polizeimeisters purer Unsinn und soll wohl „lediglich" darauf abgezielt sein, einzelne Mitglieder der Gefangenengruppe zu kriminalisieren und zu inhaftieren.
Aber — das ist ja die Freiheit, die sie meinen.
Im Namen der Gefangenengruppe Klaus Zehelein

Was kann das sein?

50 BEAMTE STÜRMEN EIN HAUS UND DURCHWÜHLEN ES

TROISDORF 6. November *Wie bereits im ID 254 kurz berichtet, stürmten am 2. November 50 deutsche Staatsdiener im Morgengrauen das Haus einer Troisdorfer Selbsthilfegruppe. Vom Generalbundesanwalt wurde der Vorwand geliefert: eine der Frauen aus dem Haus hat vor zwei Jahren einmal einen inzwischen wegen Terrorismusverdacht verurteilten Menschen gesehn und immer noch keine Distanzierung bei der zuständigen Polizeibehörde abgeliefert. Wir veröffentlichen hier ein Flugblatt, das die Gruppe nach der Durchsuchungs- und Verhaftungsaktion verteilt hat.*

Terroristen in Troisdorf?

"Am Donnerstag, dem 2.11., stürmten frühmorgens 50 schwerbewaffnete Polizisten auf Anweisung des Generalbundesanwalts Rebmann gleichzeitig das stadteigene Obdachlosenasyl in der Ölbergstraße und zwei Wohnungen in Spich.



Begründet wurde die Aktion mit einem Hausdurchsuchungsbefehl gegen eine 21-jährige Arbeiterin, die im Obdachlosenasyl ein Zimmer bewohnt. Anstatt nur ihr Zimmer zu durchsuchen, wurden andere Zimmer und zwei Wohnungen, mit denen die Frau nichts zu tun hat, gestürmt. Im Laufe der

Aktion, bei der ohne Vorwarnung Türen eingetreten worden sind (eine ältere Hausbewohnerin vor den Trümmern ihrer Tür: "Sie hätten doch klopfen können!"), wurden die Zimmer und Wohnungen durchwühlt, die Bewohner zum Teil nackt wurden durchsucht, und die hochschwangere Arbeiterin sowie, ohne Grund, eine weitere 19-jährige ebenfalls schwangere Frau, ein 22-jähriger Mann und ein 17-jähriger Jugendlicher vorübergehend festgenommen.

Eine der Frauen war bei der Durchsuchung nackt und als sie versuchte, sich mit einer Decke zu bekleiden, wurde sie ihr weggerissen. Auf der Wache wurden die 4 nach einer erkennungsdienstlichen Behandlung freigelassen. Besonderes Interesse erweckten unter anderem Schulhefte, Aktenordner mit abgelaufenen Rechnungen, Versicherungspolicen, Arbeitsmaterialien der angehenden Poststrassenprozesse und ein Buch: "Leitende Männer der Wirtschaft" vom Hoppestädt-Verlag Darmstadt, das überall im öffentlichen Handel erhältlich ist. (Ein Journalist des Rhein-Sieg Anzeigers zu seinem Kollegen vom Generalanzeiger: "Eh das hast Du doch auch im Bücherschrank stehen!").

Der Hausdurchsuchungsbefehl basiert auf handschriftliche Aufzeichnungen aus dem oben erwähnten beschlagnahmten Buch der schwangeren Arbeiterin.

Wer wir sind und was wir machen!

Wir waren jugendliche Obdachlose, die sich in der "Initiative Wohnungsnot" organisiert haben, um sich aus ihrer Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit selbst zu helfen. Gerade hier in Troisdorf gab es viele junge Menschen, die ohne Arbeit und Wohnung sich irgendwie am Rande der Existenz durchschlugen und denen keiner geholfen hat. Wir griffen deshalb zur Selbsthilfe und erreichten, daß wir von der Stadt Zimmer im Obdachlosenasyl zur Verfügung gestellt bekamen.

Da wir arbeitslos und ohne Einkommen waren, haben wir einen Schnelldienst gegründet.

Durch diesen Schnelldienst haben wir für 7 Leute Arbeitsplätze geschaffen und sind zur Zeit dabei eine Werkstatt aufzubauen. Wir haben es geschafft, mehr als 20 Leute von der Straße runterzuholen, die mittlerweile eine eigene Wohnung und zum Teil eine Lehr- oder Schulausbildung begonnen haben. Das Alles haben wir ohne jegliche Unterstützung erarbeitet.

Das alles sollen nun terroristische Aktivitäten sein!

Durch diese Polizeiaktion wird unsere Arbeit von jetzt an stark behindert, und nicht nur wir sind betroffen. Wir, die dieses Flugblatt gemacht haben, die Initiative Wohnungsnot, der Troisdorfer Schnelldienst, die Prozeßgruppe, die sich gebildet hat um die Kriminalisierung von Jugendlichen in Troisdorf zu verhindern und unrechtmäßige Übergriffe der Polizei aufzudecken, und die Schülerinitiative Sankt Augustin fühlen uns diffamiert und terrorisiert! Als erste Gegenmaßnahme wurde von uns Strafanzeige gegen die Polizei gestellt.

Durch solche Aktionen, die immer häufiger in der Bundesrepublik passieren, und durch die viele Leute eingeschüchtert werden, wird versucht, jede kritische Eigeninitiative zu lähmen und zu kriminalisieren!

Helfen Sie uns, damit wir nicht als Terroristen abgestempelt werden! Diskutieren Sie mit uns oder besuchen Sie uns mal in der Ölbergstraße! Unterstützen Sie uns bei unserer Öffentlichkeitsarbeit (z.B. durch kritische Leserbriefe, Spenden, Diskussionen, Richtigstellungen in der Presse etc...)

Wo Unrecht zu Recht wird – wird Widerstand zur Pflicht!

Herausgeber: Initiative Wohnungsnot, Troisdorfer Schnelldienst, Prozeßgruppe/ Ermittlungsausschuß Straßenbesetzerprozesse, Schülerinitiative St. Augustin.

v.i.S.d.Pg: Hans-Werner Flach, Ölbergstr. 10, 5210 Troisdorf

STRASSENBESETZERPROZESSE

TROISDORF
25. OKTOBER

Wie im ID 247/254 berichtet, wirds in Troisdorf einen Prozeß gegen fünf Jugendliche wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Nötigung und Landesfriedensbruch geben. Der Anlaß war ein herrliches Bierstraßenfest am 6. 7. 77 in der Troisdorfer Poststraße gewesen, der mit schlagfertiger Knüppelhand beendet wurde. Das Fest und die Jugendlichen wurden von der Presse und der Polizei übel kriminalisiert. Der Besuch mit entsicherten Maschinengewehren nahm seit der Zeit zu und auch die Genossen, die mit kaputtem Nasenbein und lädiertem Körper manchmal aus der Polizeistation herauskamen. Aber wir haben es geschafft ein großes Stück vorwärts zu kommen: anstatt blind und unüberlegt irgendwelche isolierten Aktionen zu starten, gibts jetzt den Ermittlungsausschuß, der hoffentlich weiter viel Erfolg haben wird.

Unser Ziel ist zunächst mal FREISPRUCH FÜR ALLE ANGEKLAGTEN. Als erstes haben wir direkt mal erfahren, was Solidarität ist und heißt. Außer dem ID haben uns zahlreiche Alternativzeitungen geholfen, indem sie über uns berichtet haben (De Schnüss, Bonner Volksblatt). Das erfreulichste ist jedoch die tatkräftige Unterstützung der JUSOS Unterbezirk Rhein-Sieg, DFG/VK Rhein-Sieg, einiger GEWler und Einzelpersonen, Troisdorfer Spontis und der Schülerinitiative Sankt Augustin, die sich alle mit uns solidarisiert haben!!! Die Spenden sind reichlich geflossen und wir danken allen Freunden im Voraus, die es noch machen werden. Wegen der breiten Unterstützung, die uns zuteil wird, berichtet die örtliche Presse jetzt endlich ohne Polemik über die Straßenbesetzung. Der Rhein-Sieg-Anzeiger unterstützt unsere Öffentlichkeitsarbeit sogar durch regelmäßige Erwähnung in ihrem Blatt. Um unsere Finanzen aufzubessern haben wir an jedem Flohmarkt in der Gegend Stände mit Trödel und politischer Literatur gemacht. Im Sankt Augustiner Flohmarkt wurden wir direkt angeschnauzt vom Ordnungsamt innerhalb einer halben Stunde zu verschwinden, da ein Flohmarkt ein Flohmarkt sei und nichts mit Politik zu tun hätte. Wir sind geblieben und nach einer halben Stunde kam der Augustiner Stadtdirektor persönlich an unseren linken Stand. Das wurde für ihn ziemlich peinlich, weil wir verlangt haben, daß er jede einzelne Sache beanstanden sollte. Als erstes fiel ihm die neue Tageszeitung „Die Neue" in die Finger, die er aber schnell weglegte, weil ein Berater ihm hörbar ins Ohr flüsterte, er könne das weglegen, weil es keine Parteizeitung sei. Dann hat er die Bonner Stadtzeitung DE SCHNUSS in der Hand. Vorsorglich fragte er, ob es eine SPD-Zeitung wäre. Wir logen und sagten ja. Er war natürlich recht frustriert, denn usnere Dritte Welt-Literatur war auch nicht extremistisch genug. Dann aber entdeckte er das Transparent der SCHÜLERINITIATIVE vor dem Tisch, worauf geschrieben war: DASS DU DICH WEHREN MUSST, WENN DU NICHT UNTERGEHEN WILLST, DAS WIRST DU DOCH WOHL EINSEHEN. B. Brecht. Das wollte er weghaben. Wir wiesen aber darauf hin, daß in der öffentlichen Bücherei der Stadt Sankt Augustin die Bronze-Büste des Nazis Albert Speer unter dem Deckmantel der wertfreien Kunst ausgestellt

wird. Wir meinten, daß unser Brecht-Transparent genauso wertfreie Kunst wäre wie die Büste. Schließlich ging er mit seinem Gefolge weg. Unsere Info-Stellwand durfte jedoch nicht stehenbleiben. Das machte auch nichts mehr, denn wir waren plötzlich im Interesse des ganzen Flohmarktes und unser Stand war regelrecht übervölkert. Die Presse war auch da und berichtete sehr positiv über unsere Aktion und sehr negativ über die Stadt, die hier zweierlei Maß angewendet hat.

Auf dem Bonner Flohmarkt kamen gleich die Bullen. Die nahmen von einer Frau die Personalien fest. Anschließend wurde der Stand und die Info-Stellwand, die wir ohne die Mithilfe des Klever Hofs/SSK nicht hätten verwirklichen können, fleißig vom Ordnungsamt fotografiert. Sonst passierte nichts mehr.

Über die Prozeßtermine wissen wir leider immer noch nicht bescheid. Es wäre natürlich sehr gut, wenn die Justiz die Prozeßtermine genau zum Zeitpunkt der zweiten Sitzungsperiode des III. Russell-Tribunals in Köln festlegen würde. Dann könnten wir direkt eine Großveranstaltung machen. Das wäre fein.

Dieser Poststraßenprozeß steht nicht alleine da. Gerade die Straßenbesetzung hat weitere Folgeprozesse und Anzeigen produziert. Von den fünf Angeklagten haben 2 Prozesse zu erwarten z. B. eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch wegen Verteilung von Flugblättern auf Schulgelände.

Ein weiterer beschäftigt sich mit Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung gegen Vollzugsbeamte. Dahinter verbirgt sich folgendes. Ein paar Monate nach der Poststraßengeschichte hielten zwei Pullizisten zwei Genossen nachts an. Beide türmten, ob der schlechten Erfahrungen. Einer wurde geschnappt, zur Wache geschleppt und dort mal richtig vermöbelt. Mit Nasenbeinbruch landete er im Krankenhaus. Am 13. Oktober hatte er seine Verhandlung. Da die Polizei in Troisdorf einen sehr schlechten Ruf hat, ist der Prozeß für uns wunderbar verlaufen: Das Verfahren wurde eingestellt und jetzt ermittelt man – ENDLICH! – gegen die lieben Freunde und Helfer.

Ein weiterer Angeklagter sitzt im Bonner Knast in U-Haft wegen Betäubungsgesetz. Schreibt ihm doch mal. Er wird sich bestimmt darauf freuen. Gerade im Knast ist der Kontakt nach draußen wichtig. Ihr wißt ja, wie beschissen die Situation für normale Gefangene aussieht. Seine Adresse: Horst G. Isenheim Wilhelmstr. 19/JVA, 5300 Bonn 1. Übrigens:auch Isi wurde mal mit Kalkar-Plakaten nachts geschnappt und kam mit Nasenbeinbruch nach Hause.

So, das wärs fürs erste. Weitere Meldungen werden folgen:
GEGEN REPRESSION – GEMEINSAME AKTION
Ermittlungsausschuß für die Troisdorfer Straßenbesetzerprozesse. Pit Schnitzler, Siegburgerstr. 12, 5205 St. Augustin 3

Spendenkonto: KSK Siegburg Kontonr. 002118933 Straßenbesetzerprozesse.

SCHIKANEN BEIM BESUCH BEI ASTRID PROLL

FRANKFURT
16. NOVEMBER

In der Rundschau hat es schon gestanden: Dorothea Ridder aus Berlin war am Sonntag den 12. 11. bei der Einreise nach England festgenommen worden. Obwohl sie bereits eine Erlaubnis für den Besuch bei Astrid Proll vorweisen konnte, verweigerte man ihr die Einreise. Nachdem sie drei Tage lang verhört worden war, ließ man sie schließlich frei, auch der geplante Besuch bei Astrid Proll konnte stattfinden. Dafür erschien am selben Tag in der „Times" ein Artikel unter der Überschrift „Astrid Proll von Terroristen besucht", in dem die seriöse Zeitung die seriöse Information eines Beamten der speziellen Londoner Anti-Terror-Polizei weitergibt, nach der die „überführten früheren RAF-Mitglieder Thorwald Herzog und seine Schwester Marianne" einen Besuch bei Astrid Proll gemacht haben. Die beiden Besucher waren Thorwald Proll, Astrids Bruder, der seit Jahren als Buchhändler arbeitet, und Marianne Herzog, die seit Anfang der 70er Jahre in mehreren Fabriken gearbeitet hat; beide haben inzwischen mehrere Bücher veröffentlicht.
Schlechte Zeiten für unerwünschte Gäste.

3-TAGE-FEST IM JUZ UND WENIGER ERFREULICHES

GEISENHEIM
16. NOVEMBER

Aus dem Geisenheimer Jugendzentrum (siehe auch ID 252):

Nachdem es uns kurz vor der Hessenwahl gelungen ist, den Magistrat der Stadt von der Schließung des JUZ abzubringen, hatten wir ein größeres Fest geplant, einmal, um neue Leute ins JUZ zu kriegen, zu informieren, was bei uns so läuft, und nicht zuletzt, um mal etwas Leben in der Gegend zu entfachen, womit es hier etwas schwach aussieht (außer bei uns!). Mittlerweile haben wir durch einen Antrag der SPD-Fraktion einen Ölofen bekommen, d. h. jetzt auch ins JUZ ohne Nierenentzündung! Ursprünglich war eine Segnung von 10.000 im Gespräch, die aber aufgrund einiger Razzien in JUZ-Nähe, bei denen die Zivilen mit Trips und Marihuana fündig wurden, wieder ins Stocken geraten ist.

Und so läufts ab vom 24. bis 26. 11.:
Freitag: Eintritt ab 13.00 Uhr, Kosten 2.– DM
Ausstellung selbstgemachter Sachen (wenn da mal was draus wird!)
Flohmarkt
20.00 Uhr Black A 99 (Rock aus Bielefeld)
Sonntag, 25. Eintritt ab 13.00 Uhr, Kosten 2.– DM
Folk und Blues von Rheingauer Musikern (Gitarren mitbringen)
17.00 Uhr Jam Session mit Leuten von Nimbos
19.30 Uhr Jazz Ensemble Schneidhain
Sonntag 26. – kein Gottesdienst
Filme,Theater, Infos

Um vielleicht mal vom bloßen Aufzählen von Repressionen und Drohungen seitens der Unordnungshüter, Stadtväter etc. wegzukommen, will ich mal die Innenansicht bei uns 'n bißchen darstellen, was allerdings nur meine Sicht, und die derer, mit denen ich geredet hab, sein kann: Momentan ist das formelle Weiterbestehen als Institution zumindest von außen nicht gefährdet, es bestehen aber große Probleme mit der Organisation (Thekendienst, Schlüsseldienst etc.), Zerstörungen, Klauen etc., um ein paar Sachen herauszugreifen. Bisher ist es nicht gelungen, die Polarisierung zwischen Mackern, die es nicht sein wollen, und Desinteressierten,Laschen, die es vielleicht auch nicht bleiben wollen, in Richtung eigenes JUZ-Bewußtsein = Eigenverantwortlichkeit aufzulösen. Z. B. werden bei uns wöchentlich ca. zwei Scheiben eingeschlagen, immer noch Geld, Bier geklaut etc. Daraus entwickelt sich ein gegenseitiges Mißtrauen, Abchecken, das nicht nach außen dringt, das jeder für sich behält und sich aufstaut, was wiederum dazu führt, daß ich mich mit dem, der z. B. die Scheibe eingeschlagen hat, nur noch über formelle Dinge unterhalten kann/will. Obwohl ich andrerseits vielleicht weiß, daß der Typ keine Wohnung hat, infolgedessen darauf angewiesen ist, die Scheibe einzuschlagen, bevor er draußen friert. Aber das Gefühl von

Aggression und eigener Unfähigkeit hat noch eine andere Seite: eigentlich unnötige Arbeiten (Scheiben einsetzen, Schlösser montieren = finanzielle Verluste) nehmen Zeit und Geld in Anspruch, sodaß oft keine Zeit mehr bleibt, um sich mal auf 'ner anderen Ebene mit dem vermuteten „Saboteur" beispielsweise auseinanderzusetzen, d. h. mal Schlafstellen zu organisieren, dem Sozialamt Dampf zu machen oder ähnliches. Der außenpolitische Aspekt ist der, gegenüber der Öffentlichkeit/Magistrat unsere Unfähigkeit zu demonstrieren, und uns so wieder politisch zu schwächen. Gäb's die ganze Scheiße nicht, könnten wir vielleicht irgendwann Nachtschlaferlaubnis im Juz durchsetzen. —Mit anderen Konflikten ist die Sache ähnlich gelagert mit der selben Kettenreaktion. Fürs erste mal genug.

Kontakt: Michael Stork, Winkelerstr. 130, 6222 Geisenheim

... TEILE ICH IHNEN MIT, DASS ICH DIE ABLEISTUNG MEINES ERSATZDIENSTES VERWEIGERE

DORTMUND
1. November

Norbert Heitkamp, ein Dortmunder Ersatzdienstleistender, schickte folgenden Brief an den Bundesbeauftragten für den Zivildienst:

Hiermit teile ich mit, daß ich die weitere Ableistung meines Ersatzdienstes verweigere. Ich begründe diesen Schritt mit meiner Überzeugung (meinem Gewissen!? ?) als Kriegsdienstverweigerer. Meiner Überzeugung entsprechend — ich lehne militärisch organisierte Gewaltandwendung als Mittel politischer Auseinandersetzung ab, bin gegen jeden Zwangsdienst und erstrebe eine friedliche Gesellschaft — kann ich meine Arbeitskraft nicht weiter einer militärähnlichen Organisation, wie sie der Ersatzdienst ist, zur Verfügung stellen. Eine friedliche Gesellschaft ist meiner Meinung nach nicht per Zwangsdienst zu erreichen, sondern nurdurch lebenslange, freiwillige, konfliktaufdeckende und konfliktbeseitigende Friedensarbeit. Der Ersatzdienst ist weder ein Dienst von Freiwilligen noch ist eine konfliktorientierte Arbeit in ihm möglich. Das Gegenteil ist der Fall:

- Durch den Ersatzdienst (wie überhaupt in den meisten Einrichtungen bundesrepublikanischer Sozialarbeit) werden soziale Mißstände durch billige Arbeitskräfte verschleiert. So werden z.B. in der Körperbehinderten Schule in Dortmund-Aplerbeck (aber nicht nur da!!) Planstellen für Erzieher/innen gestrichen und neue — natürlich viel billigere — Ersatzdienststellen eingerichtet.
- Ersatzdienstleistende unterstehen dem Befehl-Gehorsam-Prinzip und haben kein gesetzlich verankertes Mitbestimmungs-, Demonstrations- und Streikrecht, wo doch diese Rechte Grundlagen jeder konfliktaufdeckenden und konfliktbeseitigenden Friedensarbeit sind.
- Als Ersatzdienstleistender werde ich lt. § 79 Zivildienstgesetz im „Verteidigungsfall" zu einem unbefristeten Ersatzdienst einberufen. D.h., ich leiste für einen kriegführenden Staat Dienste: ich versorge und beruhige Leute im Hinterland und setze Männer für den Einsatz an der Front und Frauen für die Rüstungsindustrie frei, unterstütze also auf diese Weise — sehr direkt — Krieg als Mittel politischer Auseinandersetzung.

Ich verstehe meine Zwangsdienstverweigerung auch als (nachträgliche) Auflehnung gegen das fadenscheinige Spiel mit dem sogenannten Gewissen. Vor einigen Jahren habe ich dieses Spiel, genannt „Gewissensprüfung" oder „Verfahren zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer", noch mitgespielt und den Titel „Staatlich geprüfter Gewissensträger" erworben. Ich gebe diesen Titel hiermit zurück — wie auch meinen Wehrpaß — und bleibe vor mir (und vielen anderen) trotzdem Kriegsdienstverweigerer aus Überzeugung oder Gewissensgründen.

Ich verweigere die restliche Ableistung meines Ersatzdienstes, weil mein Handeln als Ersatzdienstleistender nicht mehr mit meiner Überzeugung als Kriegsdienstverweigerer übereinstimmt. Ich bin davon überzeugt, daß nur durch lebenslanges, freiwilliges, konfliktaufdeckendes und konfliktbeseitigendes Handeln eine friedliche Gesellschaft erreicht werden kann. Ein solches Handeln ist im zwangsverordneten Ersatzdienst nicht möglich.

Mit überzeugten Grüßen gez. Norbert Heitkamp

P.S.: Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich keiner Dienstantrittsaufforderung Folge leisten werde.

Für die Verweigerung hat ihm die ‚Deutsche Friedensgesellschaft vereinigter Kriegsdienstgegner' (DFG-VK) in Essen Unterstützung zugesagt. Außerdem haben sich zehn Zivildienstleistende im Diakonischen Werk in Dortmund mit der Verweigerung von Norbert Heitkamp solidarisiert.



BETR.: EXKOMMUNIKATION AUS DEM ARBEITER(?) SAMARITER BUND BREMEN.

BREMEN
2.11.

An Hans Iven und seine Jünger.

„Lieber Hans, liebes Bundesamt für Zivildienst!
Ich muß jetzt mal kräftig über meine Dienststelle schimpfen. Der Herr Rolf von uns hat mich nämlich rausgeschmissen, obwohl doch gar nichts passiert ist. Der Herr Rolf wollte nämlich wieder mal ein paar Leuten einen Tag Urlaub abziehen aus irgend welchen dummen Gründen. Ich hab ihm dann gesagt, daß er das besser nicht tun soll. Dieser Mensch hat sich darum aber gar nicht geschert, und deshalb hab ich ihm das noch einmal gesagt. Der hat aber noch immer nicht darauf reagiert, und ich hab's ihm noch mal gesagt. Durch sein störrisches und provokatives Auftreten in unserer Dienststelle hat er natürlich den ganzen (uns am Herzen liegenden) Arbeitsfrieden gestört.
Da in diesem freiheitlichsten Land des freien Westens selbst Politiker höchsten oder letzten Ranges (ganz wie sie wünschen) von Sauställen nur so daherreden, hab ich mir gedacht, ich könnte zu einem SCHEISSLADEN ruhig einmal SCHEISS–LADEN sagen. Das hat aber dem Herrn Rolf überhaupt nicht gefallen, und er hat mich gleich für zwei Wochen beurlaubt (juhu, jubel), daß ich mir eine andere Stelle suchen kann. Dann hat er aber gemerkt, daß er mir das gar nicht von meinem Erholungsurlaub abziehen kann. Das hat ihn dann wohl geärgert und er hat es dann wieder geändert. Ich wurde dann zur Wache Ost versetzt, und da ich mich beim Wagenwaschen sehr bewährt hatte (Ich wurde unter Androhung disziplinarischer Verfolgung genötigt, R.'s privates Auto zu waschen) sollte ich jetzt Wagen waschen. Da habe ich es dann doch vorgezogen diesem "SCHEISSLADEN" den Rücken zu kehren, und mir eine neue Stelle gesucht. Hans mach Dampf!!!

Viele Grüsse aus der Scheisse"

AUFRUF ZU EINER TAGESZEITUNG WÄHREND DES RUSSELL–TRIBUNALS

MARBURG Uns stinkt's.

15. November In der 1. Januarwoche findet die 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals in Köln-Mülheim statt und über eine ÜBERREGIONALE RUSSELL-TAGESZEITUNG (in der Art des Tages-ID's während der 1. Sitzungsperiode) ist noch keine übergreifende Diskussion geführt worden. Mit der Begründung, daß es jetzt nur noch 6, 5, 4, 3, ... Wochen seien, wird wohl demnächst irgendein 'Projekt' von Sachzwang, von zeitlichem Druck reden und alleine an einer Russell-Tageszeitung basteln.

Wir wollen keine Einzelgänge!

Für uns scheint es insgesamt vier Ansprech- und Diskussionspartner für die ÜBERREGIONALE RUSSELL-TAGESZEITUNG zu geben:

– die KÖLNER ZEITUNGSLEUTE, also 'Kölner Volksblatt', 'Stadtrevue Köln' etc. als Experten vor Ort,
– 'DIE TAGESZEITUNG' (mit ihrer Kölner Initiative) als Projekt mit dem Anspruch, eine überregionale Tageszeitung im Laufe des Jahres 1979 auf die Beine stellen zu wollen,
– die RUSSELL-INITIATIVEN (Inklusive die Berliner Redaktion der Russell-Zeitung 'Gegenpol') als aktiver Teil der Russell-Bewegung,
– der ID als Experte und Insider durch den Tages-ID in Frankfurt-Harheim.

Wir schlagen vor, daß sich diese vier 'Partner' Ende November/Anfang Dezember in Frankfurt zusammensetzen, um über das Projekt, Zusammenarbeit, Vertrieb, Konzept etc. zu sprechen.

Dieser Termin bietet sich dadurch an, daß gerade um diese Zeit die dritte Nullnummer der 'Tageszeitung' in Frankfurt fertiggestellt wird.

Mitglieder der Russell-Initiative Marburg, c/o Buchladen Roter Stern, Am Grün 28, 3550 Marburg, Tel.: 06421 / 24787

Wir sind für das Treffen und die Zeitung. Die 'taz'-Gruppe Frankfurt ebenfalls, so auch das Kölner Volksblatt, das sich zusammen mit anderen Volksblättern bereits für regionale Sonder-Berichterstattung entschlossen hatte. Demnach wird auf jeden Fall am Samstag, dem 6. Januar, ein Blatt erscheinen mit aktueller Prozeßberichterstattung, getragen und vertrieben von ca. 12 Stadt- und Volksblättern in Nordrhein-Westfalen, wer's außerhalb beziehen möchte, bestelle voraus beim **Kölner Volksblatt, Palmstr. 17, 5000 Köln 1.**

Absprachen für Tageszeitungs-Termin mit: Russell-Initiative Marburg, ID Frankfurt, die tageszeitung/Gruppe Frankfurt (Telefon: 0611/77 89 41), Kölner Volksblatt (Telefon: 0211/21 36 85).

ID

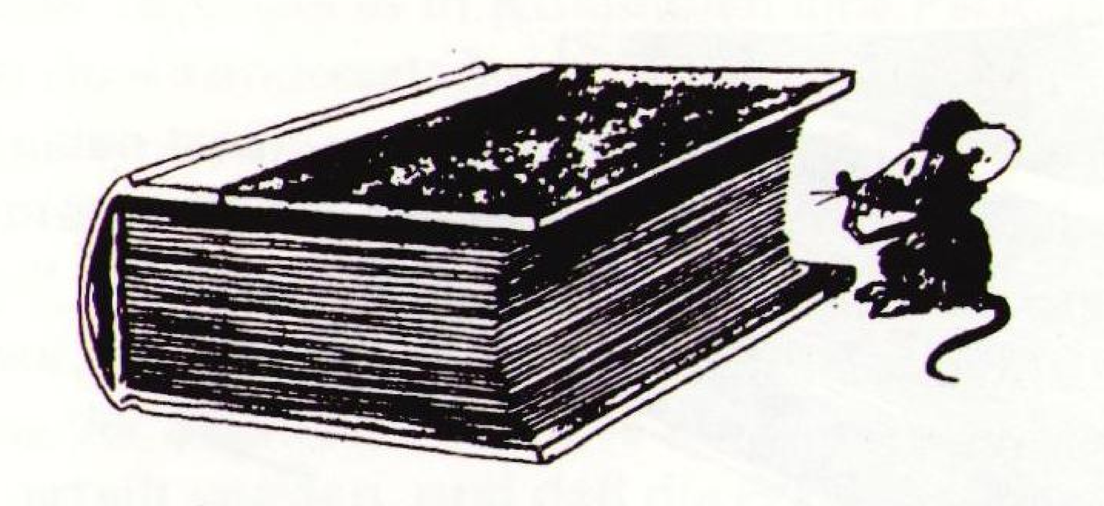
BIBLIOTHEK UNTERBLIEBENER BÜCHER

ID BIBLIOGRAPHIE

Rotbuch verlag, 1 Berlin, Potsdamer Str. 98

*Die Herren des Morgengrauens. Peter O. Chotjewitz. Romanfragment, 12.oo. Aufgrund dieses Buches platzte die Zusammenarbeit der Autorenedition mit der Bertelsmann Buchtabenfabrik. Ein sch laues Buch, über das rechtsstaatlich unaussprechbare, darüber wie man es ausspricht ohne es auszusprechen und über die fließenden Grenzen von Repression und Repressionsparanoia.

*Ökotopia. Ernest Callenbach. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999. 12.00 Das grüne Rotbuch über die erdachten Möglichkeiten einer unabhängigen ökologischen Gesellschaft, angesiedelt in den 'ehemaligen' Weststaaten der USA.



*Ein ganz gewöhnlicher Mordprozeß. Das politische Umfeld des Prozesses gegen Roland Otto, Karl Heinz Roth und Werner Sauber..hrsg. von deren Anwälten. 9.oo

*Nationalismus und Marxismus. Tom Nairn/Eric Hobsbawn/Régis Debray/Michael Löwy. Anstoß zu einer notwendigen Debatte. 8.00. Über Befreiungsbewegungen, denen nationale und regionalistische Ziele näherliegen als sozialistische und ihre Beziehung zum Marxismus.

* 3. Internationales Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte Band 2. Das Schlußgutachten der Jury zu den Berufsverboten. 7.00

*Die Weete. Peter Schneider. Erzählungen 8.00

Verlag Klaus Wagenbach, Bamberger Str. 6, 1 Berlin 30

*Die heitere Freiheit und Gleichheit. Robert Wolfgang Schnell. Vier Geschichten von der festen Bindung. 9.80. Aufregend und skurrill,

* Tintenfisch 14. Jahrbuch: Deutsche Literatur 1978. Hrsg. Michael Krüger. 9.8o. Ist und bleibt die aktuellste Anthologie über das Lesenswerte in der deutschen Literatur.

Trikont Verlag, Kistlerstr. 1, 8 München 90

*Living heißt leben Theater. Imke Buchholz/Judith Malina. Von einer die auszog das Leben zu lernen. 12.00. Das Living Theatre von einer die mitzog um Living und Theatre mitzuerleben und was ihr dort alles widerfuhr

*"Mein Blut komme über euch"-Moro oder die Staatsräson. Eine Dokumentation. Gino Doni. 14.00

Trikont Plattenproduktion und Vertrieb, Kistlerstr. 1, 8 München 80

*Hansi Heldmann's Razzia. 18.00. Lieder die für sich selbst und gegen das System sprechen. Die Stimme klingt auf die Dauer etwas eintönig, aber was der Hansi singt, sind sehr sehr konkret erfahrene und geschilderte Ereignisse aus der proletarischen Rocker-Knast-Subkultur. Auf bayrisch erzählte und gesungene Geschichten, denen mananmerkt, daß sie authentisch sind.

*Saitensprung. Ich wollt, daß er am Kragen hing. 18.00. Sicherlich nicht die schlechteste, aber auch nicht die beste der volkstümlich spielenden Gruppen. Ist mir etwas zubrav und 'tümlich', auch da, wo neue und nicht schlechte Texte gespielt werden.

*Teller Bunte Knete. Stadtmensch. 18.00. Ist so ungefähr das Übelste, was ich an Alternativ Schnulzen je gehört habe. Happy-swingy-soft-Musik im wischi-waschi sound. Text und Musik von einer bodenlosen Peinlichkeit. Teller Bunte Knete läßt die Schlagersonne scheinen und verwurstet gleich ein paar lauwarme Spontisprüche mit. Würg! Schlimm, ich könnte mich echt aufregen und dann noch dieser Hintergrunzchor! Einfallslose Träume, unzulängliche Gefühle, nebulöses Gejammer, kraftloses Geflatter nach einer schwammigen Hoffnung. Leute, das ist echt der Untergang der abendländisch-spontaneistischen Kultur, innig und liebenswert, mit der heiteres Schmissigkeit einer CVJM Kaffefahrt in den schönen Odenwald. Und wenn halb Berlin zahnmal drauf abfährt, dann sollte halb Berlin eben mal die Bremsen überprüfen. Ich verkneife mir eine Zitatensammlung, nur soviel:

'geh mal raus in den Park
das ist wirklich stark
da kannst du so sein wie du bist' (!) (?)

Teller Bunte Knete sind auf dem Weg von Ton Steine Scherben zu Roy Black ganz kurz vor dem Ziel !

Kirjuhel. Les Questions. 18.00 Ein klangvoller Sänger aus der regionalen Bewegung der Bretonen.

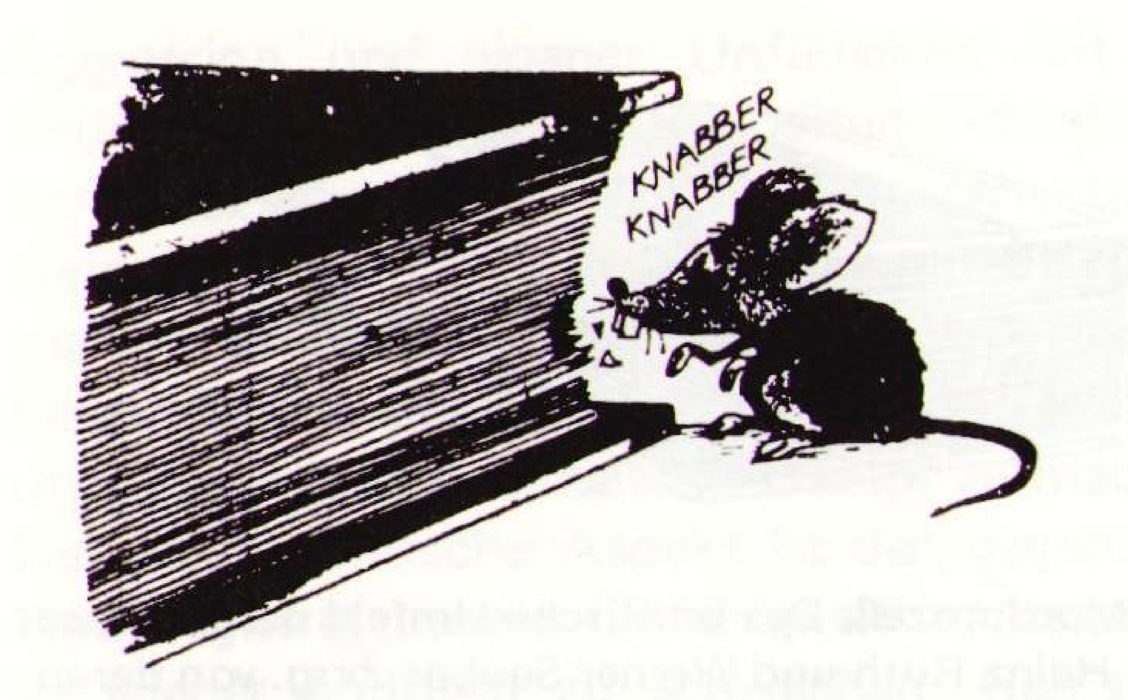
*Marti. Occitania! Ein auch in Deutschland bekannter Sänger aus Okzitanien. 19.50

*Plastic People of the Universe. Mit Buch 29.00. Die bekannteste der subversiven Rockgruppen im tschechischen Untergrund. Wurde verfolgt und verboten. Ihre Musik klingt wild und rauh, als ob Frank Zappa mit Rübezahl eine Session macht. Ein dickes und informatives Buch mit vielen Fotos gibt einen Eindruck von Freak-Leben in Osteuropa.

*Leadbelly. Midnight special und Shout on, jeweils 19.50. Originalmitschnitte von einem Ahnherren der Popmusik. Aufgenommen 1948, wo man noch den Rythmus der amerikanischen underdogs vor der großen Kommerzialisierung raushört. Janis Joplin wurde nach eigenen Angaben von ihm angeturnt.

Wroblewsky. Liedermacher. 1950. Die DDR Liedermacher Helga und Clement Wroblewsky auf einer Tournee durch die Schweiz.

Amerindios. Tu grito es mi canto. Dein Schrei ist mein Lied. 19.50. Eine chilenische Muikgruppe des Widerstandes.



Zytglogge Verlag, Eigerweg 20, CH-3073 Gümlingen, Schweiz

Von diesem Verlag halte ich das Plattenprogramm für äußerst empfehlenswert. Wer nur etwas Mut hat, sich in die Schweizer Sprache hineinzuhören, wird bei diesen Platten seine helle Freude haben.

*Hoity Toity. Eine der spannendsten Gruppen, die sich an vergangene musikalische Traditionen wagen. Sie holen sich ihr Material zwischen Mittelalter und Renaissance und - was das gute ist - spielen die Musik original mit alten Instrumenten ohne modernenPopgeschmack. Drehleier und Krummhorn geben einen befremdlichen Klang, der gerde deswegen sehr abenteuerlich - authentisch ist.

*Saitesprung. Von Buure, Rebelle, Froue, Gselle und andere Lüt. Nicht zu verwechseln mit der deutschen Gruppe Saitensprung, s.o.). Lieder aus der Geschichte Schweizer Volkserhebungen, mit durchdachten Instrumentalsätzen.

*Pan. Eusi Musig. Altertümelnd, mit Elektrobaß, was sowohl die ganz guten neuen Texte, als die musikalischen Vorlagen verunstaltet.

*Martin Heiniger. Es schysst mi a. Ein leicht verständliches Motto. Die Lieder sind bissig und einfallsreich, im Stil des künstlerischen Liedermachers; vielleicht zwischen Degenhardt, K. Wecker und A. Heller anzusiedeln, wenn auch manchmal etwas zu seriös-sozialistisch.

*Adrian Naef. Moderne Schweizer Balladen, poetisch und antiautoritär. Etwas zum Zuhören in ruhigen Stunden. Das Lied vom 'Migrokassemeitli' könnte von einer Figur im 'Jonas' Film stammen - oder umgekehrt?

Karin Kramer Verlag, Morusstr.28, 1 Berlin 44

*Ein amerikanisches Gebet. Jim Morrison. Zweisprachiges vom Doors-Poet.

*Eine Biographie. Chumy Chumez. Eine Comic Collage im Großformat. Ein Traumleben, aufgezeichnet erstmals in Spanien, 1973

* Die Geschichte Spaniens. Über die sozialen und politischen Hintergründe des Spanischen Bürgerkrieges. Gerald Brenan. Übersetzung von 'The Spanish Labyrinth' in England 1950 erschienen.

*Unter dem Pflaster liegr der Strand . Die Ausgabe Nr. 5 der bekannten Schriftenreihe ist erschienen.

Verlag 2000 - SB Publikationen - 605 Offenbach 4, Postfach 591

*"Der Freiheit eine Gasse" Dokumentation zur Zensur im Theater. ZUsammengestellt und herausgegebn von berufenem Mund, nämlich von der Initiative für die Freiheit der Theaterarbeit (ifta) 9.00

*Informationsdienst Arbeitsfeld Schule. Nr.33. Schwerpunktthema Schulreform 6.00

*Informationsdienst Sozialarbeit Nr.20. Schwerpunkthema: Sozialarbeiterausbildung, Studiengang Diplompädagoge. 7.00

Informationsdienst Sozialarbeit Nr21. Schwerpunktthema Familienfürsorge. 5.00

*Reihe: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 3. Sozialistische Linke nach dem Krieg. (1945-6)) 10.00

*Informationsdienst Gesundheitswesen. Schwerpunktthema: Medizinerausbildung.. 4.00

*Informationsdienst Arbeitsfeld Schule. Nr.34. Schwerpunktthema: Alternative Pädagogik. 4,00

*Zwischenlösung: Arbeitskollektive. M.Neske/G.v. Juterzenka. Selbsthilfeinitiativen und Jugendarbeitslosigkeit. 6.00

*Reihe Betrieb und Gewerkschaften,Ein Betrieb macht dicht...Werkschließung in Kalletal. 6.00

Informationsdienst Gesundheitswesen. Nr.12: Gruppenpraxis. 7.00

*Reihe Roter Pauker, Heft 15 Medienpraxis; Öffentlichkeit für Schüler und Lehrlinge. R.Maspfuhl/J.Paech (Hrsg) 7.00

Öko - Info + Buchversand. C.Loranz,H.Ladener, Philosophenweg 8, 35 Kassel

Informiert und Dokumentiert über alles. was mit Anti-Kernkraft und Ökologischen Alternativen zu tum hat. Neu erschieen ist eine Versand-Buchliste.

IF Verleih, Filminitiative Hamburg, Grossheidestr. 27,2 Hamburg 60

Besteht seit 1977 und liefert nun seinen ersten Katalog für 6.00

I. Stibor, Verlag und Vertrieb, Große Spillingsgasse 39/41, 6Frankfurt60

*Rudolf Bahro. Broschüre, hrsg, vom Asta der Uni Oldenburg 2.00

*Der §282 in Österreich. Eine Broschüre - in Österreich beschlagnahmt-dokumentiert die österreichische Verfolgung des Buback Nachrufs 3.00

Arbeitskreis Politische Oekologie (BUU Hamburg), Lutterothstr. 33 2 Hamburg 19

*Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen. 4.00 Diskussionsstand und Erfahrungen der Hamburger Anti AKW Bewegung.



STUDENTEN BESETZEN BÜROGEBÄUDE

Kassel
16. November

Studierende des Fachbereichs Architektur/ Stadt-und Landschaftsplanung haben am 14. November ein leerstehendes Bürogebäude besetzt. Sie protestierten damit gegen die geplante Teilung ihres Fachbereichs in Architektur einerseits und Stadt- und Landschaftsplanung andrerseits, sowie gegen den drohenden Abriß dieses Gebäudes , welches Teil eines noch ziemlich gut erhaltenen Fabrikgeländes ist. Die Räume werden nun von studentischen Projektgruppen genutzt, die damit ihre unmittelbare Raumnot beseitigen wollen und durch die unbürokratische Selbsthilfemaßnahme dokumentieren wollen, welche alternativen Möglichkeiten ein integrierter und einheitlicher Studiengang Architektur/ Stadt- und Landschaftsplanung für die Gesamthochschule Kassel leisten könnte: statt Abriß und Neubau von Betonklötzen, sinnvolle Nutzung historisch gewachsener Bausubstanz mit einer Öffnung zum Stadtteil hin.

Kontakt: AStA der Gesamthochschule Kassel, Wilhelmshöher Allee 73, 3500 Kassel, Tel.: 22 057

DER LONDONER BÜRGERMEISTER ENTSCHIED, ALLE HAUSBESETZER ZU RÄUMEN

LONDON
7. November

Aus „Community action in Europe" — Network info brd, c/o Schupo, Frankfurter Str. 10, 6100 Darmstadt:

Ein Brief unserer Freunde aus London:

... 650 Polizisten mit Schildern, Bulldozern, Spitzhacken, Beilen und anderen schweren Waffen trieben 160 Männer, Frauen und Kinder in der größten „Räumungsaktion", die bisher in England stattfand, aus ihren Häusern. 14 Menschen wurden festgenommen und nach dem „Criminal Tres pass"-Gesetz angeklagt, wegen Widerstand gegen die brutale Polizeiattacke.

Diese para-militärische Bürgerkriegsübung war eigentlich unnötig, da einen Tag zuvor die Bürgermeister entschieden, ALLE Hausbesetzer zu räumen.
Eine „Huntley Street Defence Campaign" wurde gestartet, die Besetzer, Penner, Gewerkschafter und Selbsthilfe-Gruppen umfaßt, um gegen derartige Polizeistaatmethoden wie die Huntley-Street-Räumung zu kämpfen.
Der Gebrauch des „Criminal Tres pass"-Gesetzes und die Festnahme der Hausbesetzer ist ein Versuch der Machthaber, das organisierte Besetzertum und damit „direkte Aktion" überhaupt zu stoppen.

Diese Attacken ereignen sich in letzter Zeit überall in Europa, z.B. wurden in Mullvaden/Stockholm auch 160 Menschen mit Polizei aus ihren Häusern vertrieben, in der BRD wurde nicht

lange zugeschaut, sondern eingegriffen. Es ist bitter notwendig, daß wir unsere internationalen Kontakte nutzen und verbessern, um die Widerstandsbewegungen zu vereinigen.

Wir rufen auf zu einem INTERNATIONALEN AKTIONS-TAG, **dem 4. Dezember 1978**, wenn die 14 Festgenommenen der Huntley Street vor das Gericht gestellt werden (Bow Street Magistrates Court, London).

Alle Menschen sind gebeten, in ihrer Stadt und in ihrem Land etwas zur Solidarität zu tun.

Liebe und Solidarität,
The Huntley Defence Campaign

c/o CAMDEN LAW CENT., 146 Kentise Town Road, London NWI, Groß Britannien

KOLUMBIEN: „FIRMES": EINE NEUE POLITISCHE BEWEGUNG

FRANKFURT 30. Oktober — Mitte April 1978, 6 Wochen vor den kolumbianischen Präsidentschaftswahlen, schlug die von dem Schriftsteller Gabriel Garcia Marquez mit herausgegebene Wochenzeitschrift „Alternativa" ein Plebiszit mittels Unterschriften („firmas") vor, um die Linke aufzufordern, sich auf einen einzigen Präsidentschaftskandidaten zu einigen. Der unmittelbare Zweck dieser Initative, die Aufstellung eines Einheitskandidaten, wurde zwar nicht erreicht,; es entstand aber eine Bewegung, die in 6 Wochen 420 000 Unterschriften sammeln konnte und die sich mittlerweile zu einer wichtigen Kraft im politischen Leben Kolumbiens entwickelt hat.

Diese Bewegung nennt sich jetzt „Firmes" („firmas", d.h.: Unterschriften — umgewandelt in „firmes" was zugleich : „du sollst unterschreiben" und „die Festen, die Beständigen" heißt.)

Bis jetzt sind 40 Komitees in der Bewegung organisiert. Wichtige Teile der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft haben sich bereits für „Firmes" erklärt, so der wichtigste Gewerkschaftszusammenschluß der Provinz Santander (UTRASAN), bedeutende Gewerkschaftssektoren der die Hauptstadt einschließenden Provinz Cundinamarca (FETRACUN), die nationale Gewerkschaft der Handelsmarine (UNIMAR), Teile der Arbeiterschaft , die am Rande der großen Gewerkschaftszentralen stehen, sowie Teile der Lehrergewerkschaft. Ebenso ist ein entscheidender Sektor der Bauernorganisation ANUC zu „Firmes" gestoßen; die wichtigste Indio-Organisation CRIC gehört der neuen Bewegung vollständig an.

Die angesichts des hohen Urbanisierungsgrades Kolumbiens bedeutenden Mittelschichten stehen zu großen Teilen auf der Seite der Bewegung, wie auch weite Teile der Intellektuellen.

Ebenso haben sich im Rahmen von „Firmes" eine große Zahl politisch erfahrener Kader aktiviert, die sich aus verschiedenen Organisationen der Linken wegen deren sektiererischer Politik zurückgezogen hatten. Es scheint der Bewegung „Firmes" gelungen zu sein, die Isolation der Linken zu sprengen, die bisher zwischen ihren theoretischen Prinzipien und den Wünschen der Bevölkerung keine Brücke zu schlagen verstand.

Sie macht sich dabei die Erfahrungen der Parlamentswahlen 78 zunutze, die eine wichtige Tatsache hatten deutlich werden lassen: in Kolumbien existieren mehr Anhänger der Linken, als alle, die sich bei den Wahlen für die existierenden Linksparteien aussprechen (die Linken zusammen hatten nur 200 000 Stimmen erhalten).

„Firmes", in relevanten Teilen der Bevölkerung verankert, präsentiert sich klar im Namen der Linken als sozialistische Bewegung, das traditionelle Zweiparteienregime Liberale—Konservative in Frage zu stellen.

Zwischen 1946 und 1958 gab es in Kolumbien eine Periode der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der beiden traditionellen Parteien, mit mehr als 200 000 Todesopfern, die mit dem Pakt der sogenannten „Frente Nacional" (Nationale Front) beendet wurde.

Dieser Pakt sah vor, daß di e parlamentarische Repräsentation und die Besetzung der Staatsbürokratie je zur Hälfte auf die beiden Parteien verteilt wurden, und daß die Präsidentschaft von 58-74 alternierend jeweils auf einen Liberalen bzw. Konservativen fiel. Dieser Pakt und seine Durchführung implizierten, daß die liberale Partei ihre alten Programmpunkte fallen ließ und sich zunehmend von den sozialen Sektoren entfernte, die sie in den Jahren vorher gewonnen hatte.

Das wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahre, das sich in einer sprunghaften Entwicklung der kapitalistische betriebenen Landwirtschaft und im Ansteigen der Exporte zeigte (deren Wert stieg auf 5 Milliarden Dollar, wovon fast die Hälfte auf illegale Exporte , darunter Marihuana und andere Drogen entfällt.)., wurde von einer galoppierenden Inflation begleitet, von einer wachsenden Verelendung der großen Mehrheit der Bevölkerung und von einer zunehmenden Repression, um die unerträgliche Situation aufrechtzuerhalten.

Die Liberale Partei verlor vollends ihre Glaubwürdigkeit bei den Massen. (60% Stimmenthaltung bei Wahlen 1978)

Kolumbien ist ein besonderer Fall im lateinamerikanischen Kontext. Im Unterschied zu den anderen Ländern mit Militärregierungen besitzt es noch eine zivile Regierung, gibt es trotz Repression die Elemente einer liberalen Verfassung.

Die Bewegung „Firmes" fordert die Verwirklichung und Ausdehnung dieser demokratischen Freiheiten und strebt einen demokratischen Sozialismus an. Sie selbst ist demokratisch organisiert: Aufbau von unten nach oben über Basiskomitees, regionale Komitees, verschiedene Kommissionen bis zum politischen "Consejo Politico Nacional". Sie unterstützt die Kämpfe der Arbeiter und Bauern und steht hinter den Fabrik- und Landbesetzungen und den Forderungen zur Landreform der Bauern- und Indio-Organisationen. „Firmes" dient der Koordinierung, Organisation und Vereinheitlichung der Kämpfe, die von den jeweiligen Organisationen, die autonom bleiben, geführt werden.

„Firmes" schließt sich keiner internationalen Strömung an, erklärt sich aber solidarisch mit antiimperialistischen Bewegungen, die ihre eigenen Organisationsformen suchen (z.B. mit den Sandinistas in Nicaragua).

"Firmes" ist eine anti-oligarchische und anti-imperialistische Bewegung. Sie kämpft gegen die wirtschaftliche, militärische und kulturelle Vorherrschaft der USA und für die Selbstbestimmung des kolumbianischen Volkes. „Firmes" arbeitet mit progessiven Teilen des Klerus zusammen. Ohne sich über die Armee Illusionen zu machen, verteidigt „Firmes" die Haltung von einigen demokratischen Offizieren.

„Firmes" hat eine programmatische Erklärung verabschiedet, aber bisher bewußt darauf verzichtet, ein endgültiges und detailliertes Programm zu erarbeiten. Damit soll mit einer im Lande üblichen Praxis gebrochen werden, daß nämlich Gruppen ohne politische Stärke von dogmatischer Denkweise geprägte Programme in die Welt setzen, die sie niemals durchführen können, und die deshalb mehr als Element der Spaltung der Linken dienen als zu ihrer Vereinheitlichung beitragen.

Zu diesem Zeitpunkt will die Bewegung „Firmes" ihre Positionen und die Kämpfe des kolumbianischen Volkes allen demokratischen und revolutionären Parteien der Welt bekanntmachen, um auf der Basis strikter Unabhängigkeit Solidarität herzustellen. Gegenwärtig ist das „Comité Nacional Coordinador" mit Sitz in Bogotá die zentrale Instanz der Bewegung.

Kontaktadresse: Enrique Santos Calderon, Apartado Aereo 25496, Bogotá, Kolumbien

DIE ID-AUSLANDSGRUPPE SUCHT MITARBEITER + -INNEN !!!

Wie dem werten ID-Leser sicher schon aufgefallen ist, ist das mit den Auslandsberichten im ID so eine Sache. Mal sprudelt der Nachrichtenfluß nur so, mal ist er nur ein schmales Rinnsal und in den Sommermonaten versiegt er manchmal ganz und gar.

Neben einigen weiteren Gründen, die mit der gesamten Konzeption des ID zusammenhängen, gibt es dafür auch einige einfache technische Ursachen. Die Auslandsgruppe besteht nur aus relativ wenigen Leuten (4-8), die zudem noch durch Arbeitszwänge und Engagement in anderen Projekten belastet sind. Das führt dazu, daß wir oft schon Schwierigkeiten haben, die gesamten, im ID zusammenlaufenden Nachrichtenquellen aus dem Ausland auszuwerten; daß nur unkontinuierlich berichtet wird, die Schwerpunkte irgendwie willkürlich gesetzt sind und wichtige Bereiche ganz ausgeklammert werden müssen.

Schon im Rahmen des ID ist dies sehr unbefriedigend und soll verändert werden. Dazu kommt noch,daß sich die Mehrheit der Gruppe entschlossen hat, auch für die 'Tageszeitung' zu arbeiten und an deren Auslandsberichterstattung mitzuwirken. Es ist klar, daß es dafür noch notwendiger ist, unsere etwas vorsintflutliche Arbeitsweise zu ändern, um aktueller, gründlicher und umfassender zu informieren.
Als erstes suchen wir dafür noch Leute, die bei uns mitarbeiten wollen! Ganz besonders freuen wir uns auch über Leute, die einige Erfahrungen über Teile dieser Welt haben, die bis jetzt weiße Flecken im ID-Auslandsteil waren.

Es soll sich aber niemand von der Tageszeitungsperspektive abschrecken lassen, vorerst geht es auch erst mal um Veränderung/Verbesserung des ID-Auslandsteils und wir suchen auch Leute, die z.B. nur eine der vom ID abonnierten ausländischen Zeitungen, Nachrichtenmagazine oder Broschüren regelmäßig durchsieht und auswertet.

Wer sich dafür interessiert: unser fester, wöchentlicher Termin ist bis auf weiteres:

Montag, 11.oo Uhr in den Räumen des Hauses ID

BRIEF VON JENS SCHEER ZU SEINEN PROZESSEN

BREMEN
2.November

Im ID 252 haben wir die Prozesstermine des Brokdorfprozesses gegen Jens Scheer und Ulrich Lenze bekanntgegeben. Der Beginn des Prozesses ist nach mehrmaliger Verlegung nun auf den **8.Mai 1979** festgelegt worden. Jens Scheer schreibt dazu:

„Hierfür hat sicher eine Rolle gespielt, daß sich eine breite Protestbewegung abzuzeichnen begann, wozu viele von Euch beigetragen haben.
Allerdings ist schon für den Januar 1979 ein weitere r Prozeß gegen mich vor dem Landgericht Bremen geplant, in dem ich des Aufrufs zum schweren Landfriedensbruch angeklagt bin. Hierbei wird mir vorgeworfen, auf Veranstaltungen von Bürgerinitiativen nach einem Fachvortrag über die Gefährlichkeit von Atomkraftwerken zur Demonstration Brokdorf III am 19.2.77 aufgefordert zu haben. Dabei wird von der Staatsanwaltschaft schon die Losung „Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!" als Aufforderung zu Gewalttat und Landfriedensbruch gewertet.

Schon dieser Prozeß muß genutzt werden, um den mörderischen Charakter des Atomprogramms, die Unterdrückung der Bewegung dagegen und die Bespitzelungsmethoden der Polizei anzuprangern und den Protest dagegen in weitere Kreise zu tragen.

Darüber hinaus muß die mir bekundete Solidarität, für die ich allen danke, unbedingt ebenso den anderen angeklagten und verurteilten AKW-Gegnern gelten. Allein im Zusammenhang mit der Demonstration in Grohnde wurden Demonstranten zu Gefängnisstrafen von 9 - 12 Monaten, meist ohne Bewährung, verurteilt, andere Verfahren laufen noch. Schwere Geldstrafen wurden auch im Zusammenhang mit anderen Demonstrationen verhängt. Hinzu kommen die verschiedenen Schadensersatzforderungen, die durch ihre Höhe von 6000 bis 160 000 DM den einzelnen in seiner Existenz vernichten sollen.

Was not tut, ist meiner Meinung nach eine allgemeine Amnestie für alle AKW-Verfahren, ähnlich, wie sie für 'Demonstrationsdelikte' während der Studentenbewegung der sechziger Jahre errungen wurde, wie auch für die Platzbesetzer von Wyhl!

Dies muß eine Forderung breitester Kreise werden; in diesem Sinne halte ich den Vorschlag des Delegiertenrates der Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen für diskutierenswert, im Frühjahr nächsten Jahres eine bundesweite Demonstration für die Amnestieforderung in Bonn oder einem anderen geeigneten Ort durchzuführen.
Ich bitte Euch, diesen Gedanken aufzunehmen und zu verbreiten. Mit solidarischen Grüßen Jens Scheer"

Neues von der Westtangente

KLAGE, BAUBEGINN UND AKTIONEN DAGEGEN

WESTBERLIN
13. November

Von der Bürgerinitiative Westtangente (BIW) Berlin:

Als im April 1978 drei weitere Bebauungspläne für die Westtangente festgesetzt wurden, war klar, daß es dort mit Bauarbeiten losgehen konnte. Die ersten Schritte unternahm der Senat schon im März — 43 Pappeln wurden am Sachsendamm gefällt, einen Tag vor Beginn des sommerlichen Baumfällverbots und gegen den Protest von Mitgliedern der BIW, die am Bauplatz versuchten, das Fällen zu verhindern.
Im Juli 1978 reichte die BIW eine Normenkontrollklage gegen einen Bebauungsplan der Westtangente in Schöneberg beim Oberverwaltungsgericht ein. Hauptpunkte der Klage sind: Fehlen einer Abwägung, ob es auch ohne Westtangente ginge, Zerstörung von Grün— und Erholungsflächen und von Kinderspielplätzen, steigende Lärm— und Abgasbelästigung. Die BIW legte drei Gutachten vor: zur Verkehrsplanung, zum Lärm und zur Spielplatzsituation.

Obwohl diese Klage läuft, fingen Ende September am Tempelhofer Weg neben der Fritz-Haber—Schule Bauarbeiten für die Westtangente an (nach einem seit langer Zeit rechtsgültigen Bebauungsplan). Dort werden 14 m tiefe Spundwände eingerammt, die den Sportplatz der Schule gegen die Autobahn (sie soll in Tieflage verlaufen) abstützen sollen. Vier! Bauarbeiter arbeiten daran jeden Tag zwölf Stunden — die Autobahn schafft Arbeitsplätze, oder?

Uns war klar, daß wir was gegen die Bauarbeiten tun mußten. Wir entschlossen uns zu mehreren Aktionen in der 2./3. Oktoberwoche. In einem Offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister und drei Senatoren forderten wir die sofortige Einstellung der Bauarbeiten bis die Klage entschieden ist. Eine Antwort haben wir bis jetzt noch nicht bekommen. In einer kurzen Pressemitteilung äußerte ein Senatsdirektor lediglich, selbst wenn die Autobahn nicht gebaut werden dürfe, hätten die Schüler wenigstens einen verschönerten Schulhof — wir fragen uns, wie eine Spundwand die quer durch den Sportplatz geht, ihn verschönern soll.
Später verlautete dann, wir seien auf dem Holzweg, dort würde nicht die Autobahn gebaut, sondern aus Bezirksmitteln ein Sportplatz errichtet, unter Berücksichtigung der Autobahnpläne.

Da wir trotzdem meinten, daß da an der Autobahn gebaut wurde, riefen wir am Dienstag, 17.10. per Telefonkette andere Aktionsgruppen auf, am nächsten Tag um 17 Uhr zu einer zweistündigen Unterbrechung der Bauarbeiten auf den Bauplatz zu kommen. Es kamen etwa 200 Leute, viele die uns seit langem unterstützen, viele aus anderen Gruppen. (Dafür, daß die Telefonkette schon ein 3/4 Jahr alt ist und etwa die Hälfte der Leute inzwischen umgezogen war, ein ganz guter Erfolg).

Wir trafen die Bauarbeiter gerade in einer Pause an. Nach einer erklärenden Rede konnten wir, indem wir uns um den Pressluftkompressor scharten, verhindern, daß er wieder in Betrieb gesetzt wurde. Nach einer halben Stunde, in der nicht gearbeitet wurde, traf die Polizei ein — ein Streifenwagen auf dem Platz, drei Mannschaftswagen um die Ecke. Nach einem Gespräch zwischen der Polizei, den Bauarbeitern und dann unseren Vertretern, einigte man sich: die Bauarbeiter arbeiteten nicht mehr weiter, wir und die Polizei verließen den Platz. Für einen eventuellen Lohnausfall der Bauarbeiter sammelten die Aktionsteilnehmer eine entsprechende Summe.

Klar, keine großartige Aktion, aber immerhin ein Anfang. Diese einstündige Bauplatzbesetzung sollte Symbol sein für unsere Widerstandsbereitschaft. Für uns war die Aktion auch ein Testfall für vielleicht größere Aktionen. Wir hatten uns sehr viel Gedanken um Organisatorisches gemacht, Leute bestimmt, die mit den Bauarbeitern redeten, welche, die sich um die Polizei kümmerten, Flugblattverteiler (ein Flugblatt für die Teilnehmer, eines für die Polizisten) und Leute, die im Notfall schnelle Entscheidungen treffen sollten.

Am nächsten Morgen ging eine fünfköpfige Delegation (und ein Kind) der BIW zum Bausenat um einen Brief zu übergeben, in dem wir erneut den Baustopp forderten. Hatten die 200 am Abend zuvor den Bauplatz ungehindert betreten können, so waren die Herren am Donnerstag gewarnt. Als unser Trüppchen kam, wurden die Türen verrammelt: Sie hätten Hausverbot, erklärte der Sicherheitsbeamte des Hauses, man erwarte eine Besetzung. Nach einiger Zeit wurde die Lächerlichkeit der Situation der Senatsbewachern auch klar, der Pressesprecher bat uns hinein. Da Harry Ristock für die BIW nicht zu sprechen war, übergaben wir den Brief an Herrn Limann, den Leiter der Tiefbauabteilung, der meinte, wir sollten uns nicht aufregen, die Autobahn würde erst in einem Jahr gebaut und die Klage würden wir sowieso verlieren.

Wir wissen nicht, was als nächstes an der Westtangente passieren wird, denkbar sind Ausschachtarbeiten am Sachsendamm, Abriss der Langenscheidtbrücke, aber auch Arbeiten an anderen Abschnitten. Diesem "schleichenden Baubeginn" ist sehr schwer zu begegnen. Die Klage ist nur ein Schritt, wir müssen auch andere Aktionen machen, denn die Entscheidung des Gerichts sagt noch nichts über eine politische Umentscheidung, die wir erreichen wollen.

Wir brauchen Eure Unterstützung, es gibt viel Arbeit für alle, Leute, die nicht so viel machen können und Leute, die aktiver sein wollen.
Hängt Klageplakate in Eure Fenster und an andere Stellen.
Meldet Euch als Verteiler für Plakate und Flugblätter in allen Stadtteilen.
Werdet aktive Mitglieder, kommt in unsere Arbeitsgruppen, macht Infostände oder Veranstaltungen zur Westtangente.
Tragt Euch in die Telefonkette ein.
Die Klageschrift der BIW und die drei Gutachten hat die BIW als Buch veröffentlicht, "Klagebuch", 272 Seiten 8,70 DM im Buchhandel oder bei der BIW.

Mehr Information im Büro der BIW, Cheruskerstr. 10, 1 - 62
Mo — Fr 17.00 — 19.00 Uhr. Oder donnerstags parallel zum wöchentlichen Treff um 19.00 Uhr im Büro.



*Dieses Bild ist eine Postkarte der **Bürgerinitiative Westtangente**, die auch noch andere Solidaritätspostkarten herausgegeben hat, die bei der obengenannten Kontaktadresse bestellt werden können.*

Postvertriebsstück ID NR. 256 Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

3842 W 3

ROTE FAHNE
ZENTRALORGAN
KAMEKESTR. 19

D-5000 KOELN 1

Achtung liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT – Diese Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehaltes. Wird diese Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender sofort zurückzusenden.

Inhaltsverzeichniss: